Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags. 1919-1930

1926

29 (22.3.1926)

Visual Library

Amtliche Berichte
über die
Verhandlungen des Badischen Landtags.

29. Sitzung.

Montag, den 22. März 1926, nachmittags ½4 Uhr.

Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingänge. Sodann

Fortsetzung der Beratung der Tagesordnung der 28. Sitzung.

Am Regierungstisch: Minister des Innern und des Kultus und Unterrichts **Remmele**, Ministerialdirektor Dr. **Schmitt**, Ministerialrat Dr. **Huber**, die Oberregierungsräte **Füß**, **Künkel**, **Nerz**, Dr. **Thoma**, Regierungsrat Dr. **Denz**.

Inhaltsverzeichnis:

Siehe Schluß der Amtl. Niederschrift Sp. 1451/52.

Präsident Dr. **Baumgartner** eröffnet die Sitzung um ¾4 Uhr und gibt folgende

Eingänge

bekannt:

I. **Verhinderungsanzeigen:**

liegen vor seitens der Abg. Großhans, Martin und Frau Rigel wegen Erkrankung.

In der Fortsetzung

der Beratung der 28. Sitzung

erhalten das Wort

Zugleich zur Begründung der Anträge der kommunistischen Gruppe

Abg. **Bock** (Komm. P.):

Mit der Lehrerbildungsvorlage wird die Frage aufgeworfen — und von ihr auch gleich beantwortet —, ob der künftige Geist der Volksschullehrer und damit der Geist der badischen Volksschule auf der Wissenschaft oder ob er auf dem Dogma aufgebaut sein soll. Die Vorlage antwortet auf diese Frage: Die Bildung ist nicht eine Frage der Wissenschaft — die Bildung ist identisch mit dem Dogma, identisch mit der Konfession. Die Vorlage gibt die wissenschaftliche Ausbildung der Volksschullehrer preis, indem sie die Hochschulausbildung der Lehrer selber preis gibt.

Nun könnte man ja einwenden, daß „Hochschule" nicht etwa notwendigerweise gleichbedeutend sei mit „Wissenschaft" und daß deshalb auch jenseits der Universitäten eine wissenschaftliche Ausbildung der Volksschullehrer denkbar sei. Die deutschen Universitäten sind ja wohl dem Namen nach Stätten der Wissenschaft; in sehr vielen Zweigen aber sind sie es tatsächlich nur dem Namen nach. Wenn heute vormittag der Herr Kollege D. Mayer-Karlsruhe hier davon sprach, daß es sehr viele Berufe gäbe, die isoliert seien, und wenn er dabei unter anderem auf die Fachwissenschaftler hingewiesen hat, so stimmt das zwar nicht in dem Sinne, wie er es darstellen wollte. Es stimmt aber insofern, als in bezug auf ihre Forschungsmethode die deutsche Universität von heute noch im vorigen Jahrhundert drin steckt, insofern als sie nach Methoden der Zunft arbeitet und als bei ihr eine Kollektivarbeit überhaupt nicht existiert. Jedes größere industrielle Unternehmen, das aus Profitgründen sich mit wissenschaftlichen Dingen (seien es nun Fragen der Chemie oder sonst irgend eines Forschungszweiges) abgibt, wird in bezug auf die Forschung die engste und innigste Kollektivarbeit aufweisen, während die sogenannte Wissenschaft bei den deutschen Universitäten nur die Isolierung kennt. Sie verfolgt ja damit auch eine bestimmte Absicht: Solche isolierte Forschungsarbeit ist nicht etwa das Ideal des deutschen Gelehrten deshalb, weil nach seiner Meinung nur sie die Resultate bringen kann, sondern gerade umgekehrt: Die Kollektivarbeit würde in der Wissenschaft Resultate erzielen; nun haben Resultate aber immer umstürzenden Charakter, Wissenschaft und Revolution sind immer identisch, sie bedingen sich sozusagen gegenseitig. Nun ist aber die deutsche Universität der Revolution überhaupt durchaus nicht hold — und darum auch nicht der Revolution auf dem Gebiete der Wissenschaft.

Es hätte also etwas für sich, wenn man sagte, daß eine wissenschaftliche Ausbildung der Lehrer auch dann denkbar

Bibl

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

wäre, wenn sie nicht an den deutschen Universitäten, sondern an irgend welchen sonstigen Unterrichts- oder Lehranstalten stattfände (Auf Zuruf): Es hätte etwas für sich, daß man das sagen könnte. Aber es ist eben doch festzustellen, daß alles das, was heute in der bürgerlichen Gesellschaft unter dem Namen „Wissenschaft" zusammengetragen worden ist, in erster Linie seine Städte und seinen Platz auf den Universitäten gefunden hat. Ganz unbekümmert darum, ob man der Auffassung ist, daß sie stecken geblieben ist, daß sie nicht fortschreite, hat dasjenige, was bisher die bürgerliche Kultur an Wissen aufgebracht hat, eben nun einmal in den deutschen Universitäten seine Stätte gefunden.

Und wenn man nun von einer Bildung spricht, die „weit möglichst" gehen soll, von einer Bildung der Volksschullehrer, so kann sie ausreichend natürlich nur dann sein, wenn sie nach Durchlaufen aller vorangehenden Schulstätten ihren Abschluß findet an der Universität. Nur dann kann man mit Recht behaupten, daß das, was in der Hochschule seinen Niederschlag fand, aus unserer modernen raschlebenden Zeit mit all ihren Erscheinungen, der Psychologie, der Pädagogie und der sonstigen wissenschaftlichen Dinge, daß auch dem Volksschullehrer von diesen Dingen das Maß der Kenntnis geworden sei, das überhaupt zurzeit erreichbar ist, wenn ihm die Hochschule offen steht.

Man könnte aus einem weiteren Grunde voraussetzen, daß die Bildung eines modernen Volksschullehrers auch aus einem anderen Grunde sich nicht jenseits der Hochschulen abspielen könnte. Man könnte dies voraussetzen aus dem Grunde, weil die Volksschule selber das größte Institut ist, über das die moderne bürgerliche Gesellschaft verfügt, eine Einrichtung von einer geradezu ungeheuerlichen Bedeutung, weil darin mehr wie neun Zehntel des Volkes ihre Bildung empfangen. Und wenn man nicht ganz auf den Standpunkt etwa des Herrn Haas sieht, der zufrieden ist, wenn ihm die Volksschule Qualitätsarbeiter liefert — ich begreife, daß in seinen Kreisen damit die Frage gelöst ist —. Aus diesem Grunde verträgt es sich bei ihm auch sehr gut, daß Bildung Hand in Hand geht mit der Religion. Sie schätzen das außerordentlich, sie haben ja das gründlich empfohlen. Von dem Standpunkt kann man sich ja auch zufrieden geben mit einer solchartigen Bildung. Wenn man aber der Ansicht ist, daß die Frage der Volksbildung eine Kulturfrage ist, und daß aus dem Geist der Volksschullehrer bei den Volksschulbesuchern nachher sich wieder kristallisiert der Geist des deutschen Volkes, dann könnte man der Auffassung sein, daß es letzten Endes belanglos ist, ob und wie sich die Söhne des besitzenden Bürgertums Spezialausbildung auf der Universität holen. Dann kann man sagen: Es ist belanglos. Das ist eine Frage, die sie mit ihrem Geldsack auszumachen hätten.

Es kann aber nicht belanglos sein, was in der Frage des gesamten deutschen Volkes, in der Frage der Kultur geschieht. Es könnte daher eine Selbstverständlichkeit sein, daß man sagen müßte: Wenn ausschlaggebend ist für das geistige, kulturelle, technische und wirtschaftliche Sein, für die Gesamtheit des deutschen Volkes, was es an Bildung aus den Volksschulen mit ins Leben trägt, dann muß die Bildung der Volksschule die allerbeste, die allerhöchst erreichbare sein. Von diesem Grundsatz aus kann wiederum die Ausbildung der Lehrer nur die Hochschulausbildung sein. Etwas anderes ist nicht denkbar. Herr Minister Remmele hat sich nicht sehr zufrieden darüber ausgelassen, daß man ihn einen Reaktionär schalt. Ich weiß nicht, warum ihn das kränkt. Auf dem politischen Gebiet hat es ihn doch nie gekränkt, wenn man gesagt hat, daß er zum Büttel des Bürgertums geworden sei, daß er reaktionär geworden sei, worüber ihm doch im Landtag namens aller bürgerlichen Parteien der Dank ausgesprochen wurde. Und wenn man ihn nun auf kulturpolitischem Gebiet einen Reaktionär geheißen hat, so sollte es nicht sehr kränkend sein, hier auf dem kulturpolitischen Gebiet nicht kränkender, als wenn man ihn auf politischem Gebiet Recktionär schilt. Es ist letzten Endes nur etwas, was miteinander zusammen hängt. Entweder verkörpert man eine Weltanschauung der neuen Zeit, dann ist man revolutionär-fortschrittlich, oder man ist reaktionär und dann ist man es gleicherweise auf allen Gebieten. Herr Minister Remmele hat ausdrücklich erklärt, daß er darauf verzichtet habe, in der Vorlage Weltanschauungsfragen zum Ausdruck zu bringen. Wenn ich darauf verzichte in irgend etwas, das verwirklicht werden soll, Weltanschauungsfragen zum Ausdruck zu bringen, dann verzichte ich damit von vornherein auf den Fortschritt und dann liefere ich, was die neue Zeit bringen sollte, aus an die alte Zeit. Und hier würde das bedeuten: Wenn ich darauf verzichte, die Weltanschauung, die ich angeblich verkörpere, in etwas, an dem ich schaffe, zum Ausdruck zu bringen, dann würde ich — in diesem Falle in der Vorlage — die Dinge ausliefern an die Konfession. Konfession ist gleichbedeutend mit Kirche, Kirche ist nicht immer gleichbedeutend mit Fortschritt (Heiterkeit).

Man hat hier so den Anschein zu erwecken gesucht, als ob Konfession etwas zu tun habe mit Religion. Konfession und Religion sind außerordentlich verschiedene Sachen. Ich kann mir vorstellen, daß jemand, der Religion verkörpert, trotz alledem noch sehr fortschrittlich sein kann; daß eine Bildung, die etwas mit Religion zu tun hat, nicht notwendigerweise mit Reaktion zu tun hat. Die Sozialdemokraten standen früher auf dem Standpunkt: Religion sei Privatsache. Wir anerkennen den Standpunkt nicht, aber er kann als richtig gelten, wenn man den Begriff der Religion auffaßt, von dem naiven Köhlerglauben angefangen bis zum Anthroposophentum, dann wird es sich ergeben, daß jede religiöse Einstellung des Einzelnen abhängt von seiner privaten Bildung, die er besitzt. Dann ist allerdings Religion eine rein persönliche Sache, eine reine Privatsache. Es gibt einige klassische Beispiele, wo der Begriff Religion identisch ist mit Wissenschaft. Goethe stellt die Frage so: „Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, hat auch Religion", und Schiller faßt das in dem Satz zusammen: „Welche Religion ich bekenne? Keine von allen, die Du mir nennst! Und warum nicht? Aus Religion!" Wenn man diese Differenzierung der Religion anerkennt, ergibt sich daraus, daß Religion gewiß nicht das geringste zu tun hat mit Konfession, auch nicht das geringste zu tun hat mit der Kirche. Wenn man aber hier von der Religion spricht, meint man die Konfession, und wenn man hier von der Konfession spricht, meint man die Kirche.

Es wäre denkbar, daß man die Lehrerbildung hätte ausbauen können, ohne abzustellen auf Konfession und Kirche. Dann hätte sie fortschrittlichen Charakter haben können und es würde diesen sogen. religiösen Interessen nicht einmal im geringsten Abbruch getan haben, weil die Kirchen durch ihre Vertreter für die Verbindung mit religiösen Eltern und die Kinder religiös unterrichtet werden können, wo die Eltern dies verlangen. Dagegen muß nicht notwendig die Ausbildung der Lehrer oder der Unterricht in der Schule das geringste mit Religion zu tun haben, es sei denn, daß man beabsichtigt nicht religiöse Einflüsse dort wahrzunehmen, sondern konfessionelle, kirchliche, rückschrittliche, konservative. Und das ist hier der springende Punkt.

Es hat hier der Redner des Zentrums ja auch dargelegt, und zwar mit inniger Behaglichkeit, daß ihn die Vorlage des-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

wegen erfreue, weil sie die Möglichkeit gebe — nicht, daß die Religion gewahrt werde, sondern, weil sie die Möglichkeit biete, daß der Unterricht vollzogen werde im Sinne der konfessionellen Weltanschauung! Das ist natürlich etwas ganz anderes als die Wahrung der Belange der Religion. Wenn nun das erkannt wird, daß die Vorlage das enthält, daß sie ermöglicht, im Geist einer konfessionellen Weltanschauung zu erziehen, und wenn man dabei gleichzeitig noch spricht von einem Fortschritt, von einer Entwicklungsmöglichkeit, dann ist das objektiv etwas, was den Tatsachen nicht entspricht.

Wenn hier der Minister Remmele die Frage aufgeworfen hat: „Was ist Reaktion"?, so kann man, ohne daß man pompös klingende Ausführungen machen will, schon antworten: Die Tatsache, daß man darauf verzichtet, einer Weltanschauung Ausdruck zu geben, und damit den Fortschritt verhindert, ist schon die verkörperte Reaktion. Man verzichtet auf die wissenschaftliche Erziehung der Volksschullehrer und damit auf die Wissenschaft als Unterlage für den Geist der Volksschule, und liefert faktisch zuerst die Lehrer und dann die Volksschule der Konfession, der Kirche aus.

Es ist ja auch etwas Eigenartiges, daß man im Haushaltsausschuß nicht recht begreifen konnte, daß es Tatsache sein sollte, daß der Herr Minister Remmele diese Vorlage in ihrer ganzen Fassung ausgearbeitet habe aus — wie soll ich sagen? — eigener Auffassung über die Dinge, die mit der Lehrerbildung zusammenhängen. Man hat ja mehr oder weniger die Auffassung gehabt, daß dort einige freundliche Winke des Herrn Dr. Schofer und seiner Getreuen in Erscheinung getreten seien. Das hat der Herr Minister ebenso scharf abgelehnt wie Herr Dr. Schofer, und man mußte sich schließlich damit abfinden, daß die Erklärung des Herrn Dr. Schofer, die sehr scharf und sehr deutlich war, auch wohl den Tatsachen entspricht; denn die Erklärung hieß, „daß der Herr Minister Remmele aus eigenem logischen Denken heraus auf den Standpunkt des Zentrums gelangt sei" (Hört, hört! bei den Kommunisten).

Wenn man aus eigenem Denken heraus auf den Standpunkt des Zentrums gelangt, dann wird man damit tatsächlich zum Ausdruck gebracht haben, daß man eine eigene Weltanschauung, die der des Zentrums entgegensteht, nicht mehr verkörpert, und daß man dann auch nicht mehr notwendig hat, zu verhindern, daß diese Weltanschauungsfrage etwa in die Vorlage hineingetragen wird. Was nicht mehr da ist, kann man natürlich auch nicht hineintun.

Es ist aber gleichwohl eine Tatsache, daß das, was der sozialdemokratischen Fraktion hier fehlt, nämlich noch eine eigene Weltanschauung, in der sozialdemokratischen Arbeiterschaft noch vorhanden ist. Denn die Rebellion, die in der sozialdemokratischen Partei gegen die Einstellung der sozialdemokratischen Fraktion durchbrach, war sehr umfangreich, war sehr lebhaft und war obendrein auch sehr begreiflich (Abg. Schreck: Sehr wahr!). Man kann sagen, es ist gewissermaßen so etwas wie ein tragischer Niedergang, der die Sozialdemokratie erfaßt hat. Einmal die Hoffnung von Millionen nicht nur unterdrückter, sondern auch zukunftsgläubiger Menschen, einmal der Schrecken des Bürgertums und jetzt sinkt sie Stufe um Stufe und gibt ihre Ideale preis. Aus dem Schrecken des Bürgertums ist geworden die Hoffnung des Bürgertums. Gegenüber dem Zusammenbruch aller wirtschaftlichen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft, dem Verschwinden aller bürgerlichen Ideale, ist für das Bürgertum nun die Sozialdemokratie der einzige Pfeiler geblieben, auf dem sich die Existenz der bürgerlichen Gesellschaft noch gewissermaßen fundamentieren und halten kann. Aber die Tatsache, daß die sozialdemokratischen Massen noch in der alten Ideologie stehen, noch die Auffassung haben, daß es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, den Fortschritt gegen das Bürgertum, den Fortschritt gegen die Reaktion zum Ausdruck zu bringen, — ich sage, die Auffassung die in der Rebellion zum Ausdruck gekommen ist, hat, wie Sie aus der Praxis sehen, durchaus keine Wirkung mehr gehabt.

Es hat hier der Herr Kollege Maier-Heidelberg am letzten Freitag erklärt, daß sie darauf verzichtet hätten, diesen Stimmen Gehör zu geben, und es hat hier der Herr Minister Remmele erklärt, es gebe Gesetze der politischen Dynamik, was, in grobes Deutsch übersetzt, etwa heißen würde: „Der Knüppel liegt beim Hund" (Heiterkeit). Deshalb wird die sozialdemokratische Arbeiterschaft, wie auch jener Teil der bürgerlichen Intelligenz, der bislang auf die Sozialdemokratie gesehen hat als auf etwas, das noch den Ruf eines Kulturträgers verkörperte, sich damit abfinden, daß diese Zeiten gewesen sind, daß die alte Burschenherrlichkeit vorüber ist, und daß das Bürgertum, wo es Reaktion verkörpern will, ganz bequem auf die Sozialdemokratie zurückgreifen kann, und sich nicht mehr in eigene Unkosten und Unbequemlichkeiten stürzen muß. Aber wenn man schon so konsequent ist, daß man erklärt: „Der Knüppel liegt beim Hund, wir finden uns mit der Handlangerrolle ab, die wir uns selber aufgeladen haben." dann, meine ich, sollte man etwas offener sein und sollte erklären: tatsächlich handelt es sich bei diesem Gesetz nicht mehr um etwas, was mit Fortschritt, mit Wissenschaft etwas zu tun hat; aber wir verzichten auf diese Verbrämung der Dinge.

Die bürgerliche Gesellschaft wünscht die Lösung der Dinge so, und kann sie nicht anders wünschen, weil es für sie außerordentlich gefährlich ist, den breiten Volksmassen auf den Weg einer verbesserten Volksschule Bildungsmöglichkeiten in vermehrtem Maßstabe zu geben, weil die eine außerordentlich unangenehme Auswirkung haben, nämlich die Auswirkung der vermehrten Unzufriedenheit mit dem, was die bürgerliche Gesellschaft an Existenz und Kultur bieten kann, und auch die Auswirkung haben werden, daß letzten Endes nur die breiten Massen des Volkes in bezug auf ihre politischen Ansprüche und ihren politischen Kampf unter einer erhöhten Bildung natürlich auch eine erhöhte Führung besitzen würden und geschlossener und organisierter den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft und zum Sturz der bürgerlichen Gesellschaft durchführen würden. Ich meine, so etwas sollte man dann ruhig offen zugeben, man sollte erklären, wir haben uns einmal auf Gedeih und Verderb mit der Kirche verbunden, wir sind nicht mehr in der Lage, uns ein eigenes Wollen leisten zu können, und wir verzichten deshalb auch darauf, die Dinge zu verbrämen.

Aber die Offenheit haben wir nicht zu verzeichnen, sondern es wird nun der Versuch gemacht, nachzuweisen, daß wirklich die Vorlage mit Recht als etwas Fortschrittliches bezeichnet werden könne. Der Herr Kollege Hofheinz hat heute hier bereits die Frage aufgeworfen, wenn die Haltung der badischen Sozialdemokratie eine „fortschrittliche" sei, weshalb dann die Reichspartei der Sozialdemokratie im Reichstag einen Gesetzentwurf einbringe, der das Gegenteil der badischen Vorlage ist. Man könnte auch noch auf eine andere Art nachweisen, daß die Haltung der badischen Sozialdemokratie von diesem Jahre wirklich alles andere wie Fortschritt ist, daß sie erzreaktionär ist, daß sie wirklich nur der Handlanger für die katholische Kirche ist. Man könnte es auch nachweisen — und da gebe ich zu, Herr Dr. Schofer, ich lerne immer etwas. Ich habe im vorigen Jahre eine große Dummheit gemacht.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

indem ich mich da so intensiv dagegen gewehrt habe, als Sie verlangt haben, man solle schon bei der Behandlung der vorigjährigen Lehrerbildungsvorlage einen schriftlichen Bericht machen. Damals habe ich gemeint, das sei eine Verschleppungsmethode und habe mich dagegen gewehrt; heute wäre ich heilfroh, wir hätten diesen schriftlichen Bericht und könnten zu den wenigen Stimmen der Sozialdemokratie bei der Vorlage im diesjährigen Landtag in der Frage der Lehrerbildung zitieren. Es wäre, wie man so sagt, ein Schauspiel für Götter. Man könnte dann die Behauptung, die jetzige Vorlage sei ein Fortschritt, durch ein Dutzend anderer Behauptungen aus dem Vorjahre widerlegen. Denn im Gegensatz zu diesem Jahre, wo die Sozialdemokratie in 6 Tagen, glaube ich dreimal je einen Redner 5 Minuten reden ließ, hat sie im vorigen Jahre im Ausschuß erheblich mehr Lungenkraft angewandt und viele größere Reden gehalten. Man kann natürlich niemals jemand besser widerlegen, als mit seinen eigenen Reden. Damit aber, daß ich mich damit auf die Seite derer gestellt habe, die auf einen schriftlichen Bericht verzichtet haben, habe ich mir die Möglichkeit genommen, die Zitate aus den letztjährigen Reden der Sozialdemokratie zur Lehrerbildung zu bringen, die vielleicht jetzt viel besser wären, als diejenigen antiken, die man bisher von Dr. Frank und anderen gebracht hat (Abg. Marum: Sie hätten sich nur an den Herrn Dr. Glockner wenden müssen, der hat alles aufgeschrieben! — Abg. Dr. Glockner: das kann noch nachgeholt werden!). Ja so ausführlich wird er es doch nicht gehabt haben, und vor allen Dingen nicht so, wie will ich sagen (Abg. Dr. Glockner: Nicht so authentisch festgestellt!). Nicht so authentisch, und auch nicht so drastisch und volkstümlich (Heiterkeit). Gerade, wenn ich an den Herrn Kollegen Maier denke, der im vorigen Jahre so allerhand nach drüben, nach der Zentrumsseite, gesagt hat, das fast kommunistisch klang, das wäre natürlich etwas gewesen, was diesmal dem Herrn Kollegen Maier die Sprache verschlagen hätte. Man kann übrigens, weil ich gerade von dem Herrn Kollegen Maier rede, auch bemerken, daß ja eine bestimmte Tatsache noch dagegen spricht, daß er selber auch der Überzeugung ist, daß in diesem Gesetz etwas von Fortschritt vorhanden ist. Er hat zwar gestern mir gesagt, er „hätte gewünscht, daß etwas mehr Vervollkommnung in die Lehrerbildung hineingebracht worden wäre." Wenn er das gewünscht hätte, hätte er eigentlich die Möglichkeit gehabt, das zum Ausdrucke zu bringen, sofern es noch erlaubt gewesen wäre d. h. der Knüppel nicht beim Hund gelegen hätte. Weil er aber die Möglichkeit nicht hatte, dies durch Worte zum Ausdrucke zu bringen, hat er es doch auf eine andere Weise zum Ausdruck gebracht. Ich habe in der Mannheimer Volksstimme gelesen, und darf es deshalb hier wiederholen, ohne daß man behaupten kann, ich hätte entgegen der Geschäftsordnung aus dem Haushaltsausschuß geplaudert. Er hat sich bei der Abstimmung über die Vorlage dann zum Schluß das Vergnügen gemacht, daß er sagte, als jemand beim Zentrum aus der Reihe tanzte, dann kann auch ich aus der Reihe tanzen und brauche auch aus meinem Herzen keine Mördergrube zu machen und kann auch gegen das verfluchte Gesetz stimmen (Auf Zwischenruf des Abg. Dr. Glockner). In diesem Falle ist die Enthaltung dasselbe, daß man nicht dafür ist, sonst stimmt man dafür. Er wollte damit jedenfalls zum Ausdrucke bringen, daß er auf keinen Fall dafür ist.

Also es würde erwünscht sein, daß man jedenfalls nicht behauptet, daß es sich bei dieser Vorlage um „einen Fortschritt" handelt, sondern ruhig sagt, insbesondere die katholische Kirche hat bestimmte Wünsche gehabt, und wir haben uns wohl oder übel gezwungen gesehen, daß wir diese Wünsche erfüllen mußten, sonst hätten wir die Kosten dafür politisch bezahlen müssen, wobei ich überzeugt bin, daß die Kosten trotzdem bezahlt werden müssen, und daß man bei der ersten besten Gelegenheit den geschichtlichen Tritt auf alle Fälle bekommen wird.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich etwas auf die Vorlage eingehe und dabei wenigstens auch ein klein wenig, Herr Hofheinz, Gelegenheit nehme, Ihre „grundsätzliche" Einstellung zu dieser Materie ein wenig doch mit zu beleuchten. In dem Abänderungsantrag, den Sie gestellt haben, haben Sie mit Recht verlangt, daß in § 44 im Abs. 1 der dort vorgesehene Lehrgang an den Lehrerbildungsanstalten in Verbindung gebracht werde mit einer zweijährigen Hochschulbildung und auch mit einem entsprechend angepaßten pädagogischen Institut; aber Sie haben eigenartiger Weise nicht etwas verlangt, daß auch das wenigstens festgehalten wird, was nach meiner Meinung in der ganzen Vorlage das einzig fortschrittliche ist, nämlich, daß die Unentgeltlichkeit des Unterrichts beigehalten wird. Ich weiß, Sie sind kein Freund der Unentgeltlichkeit; aber dann müssen Sie sich damit abfinden, daß man Sie beschuldigt, daß Sie der Auffassung praktisch sind, daß die Bildung ein Privilegium der besitzenden Klassen ist (Abg. Hofheinz: Wir haben Stipendien in reichstem Maße gehabt und wer nichts braucht, dem gehört nichts!). Ich will darauf hinweisen, was Ihnen nicht unbekannt ist, daß zurzeit die Universitäten d. h. die Studierenden sich nicht rekrutieren aus den untersten Volksschichten, sondern aus den mittleren bürgerlichen Schichten, die man früher als wohlhabend kannte. Wenn aber der wirtschaftliche und damit auch der finanzielle Zusammenbruch der bürgerlichen Schichten so stark geworden ist, daß eine große Anzahl der Studierenden das Studium nur unter bitterster Armut und unter den größten Entbehrungen durchführen kann trotz der Stipendien und trotz der darüber hinausgehenden Wohlfahrtseinrichtungen, wenn das bereits der Fall ist bei Studierenden, die aus dem Bürgertum stammen, und wenn man will — und das wollen Sie angeblich — daß die Volksschullehrer sich auch zu einem weitgehenden Teil aus dem Volke rekrutieren sollen, dann weiß man von vornherein, das, was dem Bürgertum hier nicht mehr möglich ist, seinen Söhnen das Studium zu ermöglichen, daß das dann den Schichten unserer breiten Volksmassen überhaupt nicht möglich ist, wenn nicht an Stelle der Stipendien die grundsätzliche Unentgeltlichkeit tritt.

Soweit Sie nun auf die Unentgeltlichkeit verzichten, und nur Stipendien verlangen, kommen Sie ja auch noch mit weiteren Bremsen und erklären, Stipendien nur bei entsprechendem Fleiß, Fähigkeit und anderen Dingen. Also von Grundsätzlichkeit ist hier nicht im geringsten die Rede; denn Sie haben nur einen Grund, der Sie verhindert für die Unentgeltlichkeit einzutreten. Sie erklären nämlich: Entweder — oder. Entweder für alle Wissenschaft die Unentgeltlichkeit — oder — sagen Sie — für keine, ungefähr so: alles oder nichts. In diesem Falle kommt auf das Volk auch wieder das Nichts, denn das „Alles" kriegt es auf keinen Fall, um ein Wort von Ihnen selber zu variieren. Es ist ganz ausgeschlossen, daß, wenn man jetzt nicht an einer Stelle den Anfang macht, man dazu kommen wird, daß in der deutschen Republik die Bildung grundsätzlich von der untersten Schulstufe bis zu der letzten Entwickelungsmöglichkeit unentgeltlich wird, und es ist ausgeschlossen, daß man dieses Wort, das bis heute nur eine Phrase blieb, „Freie Bahn dem Tüchtigen" verwirklichen kann, wenn nicht die Möglichkeit geschaffen wird, unbeschadet der Einkünfte der Eltern jedem fähigen Menschen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

aus dem Volke alle Bildungswege durch Unentgeltlichkeit zu öffnen. Wir haben diesen einen Teil in der Vorlage anerkannt, der die Unentgeltlichkeit des Lehrgangs garantiert. Wir wissen dabei, daß das manchem durchaus nicht gefällt, weil es darauf hinauskomme, als wäre nunmehr der Volksschullehrerberuf ein Privileg der Besitzlosen. Ich glaube, Herr Haas, Ihre Fraktion war das gewesen, die das entdeckte. Ich müßte mich sehr irren, soweit ich aus dem Haushaltsausschuß mich erinnere, waren Sie das, der da sagte: wir wünschen nicht, daß der Volksschullehrer ein Beruf der Volksmassen wird! Nun, da sind wir uns klar, da sind die Wege noch weit, weil man von der Volksschule nicht gleich in der Lehrerbildungsanstalt landet und die Zwischenstufen, die erreicht werden müssen, in der Regel für Kinder aus dem Volke, aus dem einfachen Grunde nicht erreichbar sind, weil am Schlusse der Volksschule in der Regel die Fabrik zu kommen pflegt und nur in sehr seltenen Fällen die Möglichkeit den Eltern gegeben ist — und bei Stipendien niemals, statt der Fabrik noch eine Bildungsstufe einzuschalten und den Volksschullehrerberuf zu erreichen!

Es ist anzuerkennen, daß die Unentgeltlichkeit des Lehrgangs gesichert wird, aber die Lösung, wie sie hier ist, ist eine Halbheit. Einen Sinn hätte sie nur und ein Fortschritt würde es nur dann sein, wenn in Deutschland und damit in Baden der Gesamtunterricht restlos unentgeltlich wäre, wie er nach meiner Überzeugung auch ohne weiteres sein muß. Jedenfalls ist das ein Programmpunkt der kommunistischen Partei, daß Wissen und Bildung unabhängig sein müssen von dem Besitze und jedem Menschen die Möglichkeit gegeben sein muß, unbeschadet der wirtschaftlichen Situation seiner Eltern, die Ausbildung und den Unterhalt vom Staate zu erlangen, ganz abgesehen davon, daß ja der Staat, die Gesamtheit der Gesellschaft, der Nutznießer dieser Einrichtung ist (Zuruf des Abg. Schreck: Das steht auch in der Reichsverfassung!). Davon rede ich nicht. Das ist Papier und da steht sehr viel drin, aber von all dem, was drin steht, ist ja in der Praxis nicht das geringste zu finden. Würde das wahr sein, was in der Reichsverfassung steht, so würden neun Zehntel der Verhandlungen des Badischen Landtags vollständig überflüssig sein und auch die Vorlage der Lehrerbildung würde nicht existieren, denn nach dem Recht, das verfassungsmäßig dem Reich gegeben ist, würde die Frage bereits gelöst sein und zwar besser gelöst sein, als sie im Badischen Landtag gelöst wird. Sie wäre gelöst nach dem klaren Sinn der Verfassung auf Grund der Hochschulbildung. Wir müssen uns abfinden damit, daß die Reichsverfassung für das Deutsche Reich keine andere Bedeutung hat als eine rein bibliothekarische und rein dekorative. Von Zeit zu Zeit holt man etwas heraus und zitiert da, wie herrlich weit es hätte gebracht werden können und wir es irgend wann vermutlich bringen werden.

Wir sind aber der Meinung — und deshalb haben wir den Antrag wieder eingebracht — und haben verlangt, daß die Unentgeltlichkeit, die für den Unterricht vorgesehen ist, sich auch erstrecken soll auf die Heime, die den Lehrerbildungsanstalten angegliedert sein sollen. Die Regierungsvorlage will erstens nur diese Heime errichten, soweit dafür ein Bedürfnis vorhanden ist, und von der Unentgeltlichkeit sagt sie überhaupt nichts. Ich halte es durchaus für denkbar, daß es begüterte Studierende geben wird, die für ein Heim kein Bedürfnis haben werden, aber im Hinblick auf die soziale Lage der heutigen Universitätsstudierenden ist wohl für die Studierenden, die den Volksschullehrerberuf ergreifen wollen, anzunehmen, daß ein übergroßer Teil nicht nur ein Bedürfnis empfinden wird nach Heimen, sondern überhaupt nur dann sich diesem Beruf zuwenden kann, wenn die Heime von vornherein vorgesehen sind. Wenn man die Grundsätzlichkeit für die unentgeltlichen Heime ausspricht, verhindert man durchaus nicht, daß einige Wenige die Möglichkeit behalten, sich im Privatlogie auf eigene Kosten unterzubringen. Es ist aber etwas Selbstverständliches, daß, wenn der Unterricht unentgeltlich ist, die unentgeltlichen Heime hier anzugliedern. In dieser Beziehung ist die Forderung der Demokraten alles andere als grundsätzlich, indem sie nur Stipendien verlangen, verhindern sie es, daß die Volksmassen in weitem Maße in die Lage kommen, den Beruf eines Volksschullehrers zu ergreifen.

Einen weiteren Antrag, den wir zum zweiten Absatz gestellt haben, der hat auch etwas zu tun mit den demokratischen Grundsätzen. Die Demokraten verlangen mit Recht, daß das Bildungsmonopol dem Staate zu verbleiben hat. Letzten Endes handle es sich ja bei der Volksschule um die Schule des Staates, und wenn der Staat hiezu die Lehrer ausbildet, bilde er sie aus für die Volksschule des Staates und muß sich vorbehalten, daß er den Ausbildungsweg vollständig vorschreibt, kontrolliert und überwacht und wenn nun in dem Absatz 2 des § 44 vorgesehen ist, daß man zu der Prüfung für den Schuldienst auch Bewerber zulassen kann, die auf einem anderen Weg als dem hier in den staatlichen Lehranstalten vorgesehenen, ihre Vorbildung sich erworben haben, wenn man diese Zulassung ausspricht, bricht man damit das Monopol zugunsten von privaten Bildungsanstalten und in erster Linie zugunsten von Anstalten mit konfessionellen Interessen. Wenn hier nun die Demokraten verlangt haben, daß dieser Teil im zweiten Absatz des § 44 zu streichen ist, entspricht das ihrer Einstellung, die sie in dieser Frage überhaupt vertreten. Aber es ist so etwas wie Angst vor der eigenen Courage, daß man diesen Grundsatz gleich über den Haufen wirft und vorsieht, daß man eventuell, wenn auch nur ausnahmsweise, trotzdem auch solche Bewerber zulassen kann, die auf einem anderen Weg ihre Ausbildung erreicht haben. Wenn man das ausnahmsweise tut, wird die Ausnahme immer geregelt sein von dem Bedürfnis nach solchen Ausnahmen, dem Bedürfnis des Staates eine entsprechende Anzahl der benötigten Lehrer voll zu machen, und aus der Ausnahme wird die Regel werden. (Zuruf). Man darf nicht kommen und sagen, streicht das, was wir grundsätzlich fordern, wenn Ihr die Streichung ablehnt, lassen wir auch noch mit uns reden. In diesem Falle würden die Vertreter des Grundsatzes „alles oder nichts" in die Gefahr kommen, daß man nichts bekommt und nichts behält als den Grundsatz.

Es könnte so gehen, wie der Sozialdemokratie, die im vorigen Jahre mit vollen Segeln für den Fortschritt eintrat und jetzt mit gebrochenen Masten die ganze Geschichte dem Zentrum überlassen hat. Sie hatte auch einmal Grundsätze, aber ich sage, entweder hält man sie oder man hat sie nicht mehr!

Zu diesem Absatz 2 des § 44 haben wir noch eine Änderung, und zwar eine kleine Änderung, beantragt. Während es hier in dem Absatz 2 der Vorlage heißt, daß für den öffentlichen Schuldienst als Schulgehilfen oder Schulgehilfinnen bestimmte Studierende in Betracht kommen, haben wir gefunden, daß zwei Punkte dieser Bestimmung sich nicht gut werden halten lassen.

Zunächst einmal heißt es in der Vorlage:

> „Am Schlusse des zweijährigen Lehrganges findet eine Prüfung statt, deren Bestehen zur Verwendung im öffentlichen Schuldienst als Schulgehilfe(in) befähigt."

Wir begreifen nicht, weshalb man hier von „Schulgehilfen" oder „Schulgehilfinnen" spricht; es handelt sich doch um Per-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

sonen, die eine Ausbildung erhalten haben, aus der sie als Schullehrer hervorgegangen sind. Wir haben überhaupt so das Gefühl, daß der Ausdruck „Gehilfe" etwas Abschätziges, etwas Abstufendes enthält und daß er durchaus nicht mit demjenigen identisch ist, was der „Schullehrer" verkörpern soll. Wir wissen nicht, aus welchen Gründen man auf dieses Wort „Gehilfe" abstellt, und wir lehnen es ab.

Aber noch viel wesentlicher ist die andere Beanstandung an diesem Absatz. Es heißt darin, daß eine Prüfung stattfindet,

„deren Bestehen zur Verwendung im öffentlichen Schuldienst als Schulgehilfe(in) befähigt."

Uns aber scheint, daß eine Prüfung, die man bestanden hat, nicht nur „befähigt", sondern, daß sie berechtigt — und darin liegt nach meiner Meinung etwas sehr wesentliches. Es wäre für mich deshalb sehr erwünscht, zu hören, weshalb sich denn nach dieser Bestimmung aus dem Bestehen der Prüfung wohl die Befähigung, nicht aber ohne weiteres auch die Berechtigung ergibt. Wir jedenfalls stellen uns auf den Standpunkt, daß das Bestehen der Prüfung die Berechtigung zur Verwendung im öffentlichen Schuldienst ergeben soll.

Bei dem Absatz 3 des § 44 haben wir es wieder einmal etwas mit der „Grundsätzlichkeit" unserer Demokraten zu tun, und zwar verlangen sie dort, daß „grundsätzlich" die Lehrerausbildung simultan stattfinden solle. In diesem Falle darf man nicht vergessen, daß „simultan" durchaus nicht heißen soll „antireligiös", sondern daß für die Demokraten ein wesentlicher Bestandteil, wenigstens für die Volksschullehrerbildung, die Religion ist. Wenn ich die Frage wissenschaftlich zu untersuchen hätte, dann müßte ich fragen: wieso? dann müßte ich darauf zurückkommen: Was hat Religion zu tun mit Wissenschaft, mit Bildung, mit Ausbildung? Aber wir verstehen uns ja sehr gut: Letzten Endes sind ja hier nicht Hochschullehrer gemeint, sondern Volksschullehrer, Lehrer „für das Volk": Für das Volk aber ist die Religion nicht ohne Bedeutung. Sie ist ein Artikel, der sich ganz gut rentiert. Vom bürgerlichen Standpunkt der Demokratie — der heutigen Demokraten! — ist Religion sehr erwünscht. Ich kenne allerdings geschichtlich auch noch Demokraten, die über Religion außerordentlich respektlos redeten. Ich kann mich auch der jungen liberalen Bourgeoisie erinnern, die alles andere als kirchlich eingestellt war: die behauptete, daß Freiheit und Forschung einerseits, Religion andererseits die gröbsten Gegensätze seien, daß erst dann die Dunkelheit verschwinden, daß erst dann Licht, Freiheit und Zukunft für das deutsche Volk anbrechen werde, wenn die Religion beseitigt wäre. Heute ist das anders geworden. Die Bourgeoisie von damals ist alt, sie ist recht gebrechlich und schwach geworden; mit der Kirche hat sie längst ihren Frieden geschlossen. Sie hat sich längst mit ihr dahin geeinigt, daß dem Profit die Kirche nicht mehr im Wege steht, sondern daß umgekehrt der Profit nicht nur keinen Schaden erleide, sondern im Gegenteil: je mehr Religion im Volke sei, desto mehr Zufriedenheit, demzufolge mehr Profit, dann auch weniger Umsturzgelüste usw. Nun nennt man das Ding nicht mehr so, man spricht nicht von Sicherung des Profits; man redet von den „Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft"; gemeint aber ist ganz das gleiche.

Dennoch ergibt sich ein Widerspruch, und dieser Widerspruch ergibt sich insofern, als man die Frage aufwerfen muß, weshalb simultane Ausbildung — die ja konfessionelle Ausbildung der einen oder der anderen Richtung ist — weshalb also religiöse Ausbildung statt der konfessionslosen? Denn, wenn konfessionslos ausgebildet würde, dann würde das heißen, daß man in den Lehrerbildungsanstalten sich darauf beschränkt, Kenntnisse und Wissenschaften zu übermitteln, daß man also faktisch nur „ausbilden" und daß man damit den Lehrer befähigen würde, innerhalb der Volksschule wiederum im Sinne des Geistes der Wissenschaft Kenntnisse und Können weiter zu verbreiten.

Ich habe schon einmal betont; es ist dadurch nicht im geringsten das Recht angetastet, auf das die Kirche so sehr pocht, daß sie, soweit die Eltern religiös eingestellt sind, ihrerseits durchaus die Maßnahmen treffen kann, bei der Erziehung der Kinder außerhalb der Schule wieder die Religion einzuschalten. Aber die Religion ist aber nun einmal nicht etwas, das notwendigerweise etwas mit dem Unterricht in der Volksschule oder mit der Ausbildung der Volksschullehrer zu tun hätte. Darum muß ich schon sagen: Es ist auch hier der Standpunkt der Demokraten — wonach die Lehrerausbildung „grundsätzlich" eine simultane sein soll — alles andere als irgend etwas, das mit der Grundsätzlichkeit zu tun hätte. Es ist eine glatte Verbeugung vor der Kirche, die da besagt: „Euer ist die Religion, Ihr wollt sie auf allen Gebieten! Wir sind Euch durchaus nicht im Wege; wir wünschen nur, daß in den Volksschullehrerausbildungsanstalten alle Kirchen gleichberechtigt sich nebeneinander betätigen. Uns ist nur erwünscht, daß die eine oder andere Kirche keinen Vorsprung oder eine Übermacht gewinnt; aber gegen die Religion an sich sind wir nicht!" (Zur demokratischen Fraktion gewendet): Das ist das, was Sie sagen; und wenn ich von der Sozialdemokratie behaupte, daß ihre ganze Vorlage sich als Handlangerdienst gegenüber der Kirche erweise, so muß ich von den Demokraten und ihrer Forderung der Simultanität das gleiche sagen.

Sie könnten nun vielleicht erwidern: Ja warum hat denn dann der Herr Abg. Bock im Haushaltsausschuß nicht nur dafür gestimmt, sondern sie sogar mitbeantragt? Dieser Einwand wäre ja nicht einmal so unberechtigt! Im Haushaltsausschuß kam es darauf an, den Versuch zu machen, gegen den überwiegend konfessionell betonten Charakter der Lehrerbildung wenigstens dasjenige, was heute in Baden Tatsache ist, auch zu erhalten — und aus diesem Grunde sprangen wir dem Antrage bei, also um einen Damm gegen die Forderung der Konfessionalität zu bilden. Es hat ja dann auch die Abstimmung über das ganze Gesetz im Haushaltsausschuß (mit 10 gegen 6 Stimmen bei 4 Enthaltungen) faktisch nur eine Stimme Mehrheit ergeben; theoretisch war es also denkbar, daß man für die Simultanität eine Mehrheit bekommen konnte, womit die ausgesprochene Konfessionalität abgewehrt gewesen wäre. Ich habe aber auch damals gleich betont, daß wir nicht darauf verzichten werden, im Plenum des Landtags grundsätzlich die Konfessionslosigkeit zu fordern. Ich halte für jeden, der den Begriff der „Bildung" mit „Wissenschaft" gedeckt wissen will, eine solche Forderung für selbstverständlich, weil die Forderung der Konfessionslosigkeit (ich möchte fast sagen: „leider") im heutigen Staat die Rechte der Kirche nicht im geringsten beschränkt, sondern es kann ohne weiteres der Unterricht in der Religion weiter neben der Schule erteilt werden. Dies sehe ich nicht für einen Vorteil an und zwar deshalb nicht, weil ich im Gegensatz zu dem Herrn Minister Remmele noch eine Weltanschauung zu vergeben habe, in der die Religion nicht als positiver Faktor vorhanden ist; das Moralische, was sie verkörpern soll, finde ich in ihr nicht — und bei der Geschichte der Kirche etwas Ethisches noch viel weniger.

Es hat zwar gestern der Redner des Zentrums erklärt, man könne doch der Kirche — damit wollte er natürlich sagen: derjenigen Organisation, die die Religion kirchlich verkörpert — nicht absprechen, daß sie im Laufe der Jahrhunderte an

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Bildung und Wissenschaft außerordentlich viel in die Welt hinein getragen habe. Nun, das ist Anschauungssache! Ich möchte daran erinnern, daß schon vor dem Bestehen der Kirche Wissenschaft und Bildung bei den Heiden auch gar nicht so sehr schwach vertreten waren, und ich glaube: Man hat sogar aus jener vorkirchlichen Zeit, aus jener klassischen Bildung und dem klassischen Wissen außerordentlich viel herübergeholt. Man kann also nicht etwa sagen, daß die Kirche Bildung und Wissenschaft erst selber produziert und dann in die Welt eingeführt habe. Ich sehe also, wie gesagt, einen Faktor dieser Art durchaus nicht in der Religion. Ich würde deshalb auch grundsätzlich einen Schritt weiter gehen und sagen: Nicht nur die Erziehung soll konfessionslos sein, sondern neben der konfessionslosen Erziehung soll auch die Ausschaltung der Religion überhaupt erfolgen — auch schon deshalb, weil die Religion nur eine Passivität verkörpert und eine aktive Entwicklung des Menschen nicht gibt, weil sie nach meinem Empfinden in keiner Weise die Persönlichkeit entwickelt.

So fordern wir also auch jetzt anstelle der angeblich so grundsätzlichen Simultanität an den Lehrerbildungsanstalten den konfessionslosen Unterricht.

Zum § 45, also zur Frage dieser Quetsche, die sich hier Vorkurs nennt, möchte ich mich nicht weiter aussprechen; ich gehe nicht etwa deshalb davon ab, weil ich nicht Fachmann bin, sondern weil ich glaube, daß das Thema hier schon genügend sachlich dargelegt worden ist. Ich habe dagegen noch etwas anderes zu sagen. Es heißt hier in der Vorlage:

> „Zum Eintritt in eine Lehrerbildungsanstalt kann zugelassen werden, wer das Reifezeugnis einer höheren Schule (Vollanstalt) erworben hat" usw.

Uns ist nicht recht begreiflich, warum da jemand zugelassen „werden kann", warum er nicht zugelassen wird. Daß man einen zulassen kann, gibt die Möglichkeit, daß man ihn auch ablehnen kann und es erscheint mir durchaus nicht gerecht, abzulehnen aus politischen oder sonstigen Gründen jemanden, der die Vorbedingungen erfüllt hat, in diesem Falle, wenn das Reifezeugnis einer höheren Schule vorliegt. Es soll ausgeschlossen sein, daß politische oder sonstige Gründe ermöglichten, einen Menschen, der die Voraussetzungen erfüllt, davon abhalten zu können, daß er den Beruf auch wirklich ergreifen kann. Deshalb fordern wir, daß statt des „kann" das Recht besteht und daß die Fassung daher anders lautet.

Etwas ähnliches ist, was wir in § 46 beantragen. Dort ist vorgesehen, daß die Lehrer nach den Anordnungen der obersten Schulbehörde verwendet werden „können". Auch hier ist es eine „Kann"-Vorschrift. Wenn ich nun den ganzen Bildungsgang und den ganzen Berufsgang durchgemacht habe und ich bin gewillt, den Lehrerberuf auszuüben, so bin ich damit nach dieser Bestimmung doch noch nicht ohne weiteres berechtigt, verlangen zu können, daß ich als Lehrer beschäftigt werde, denn dieser § 46 setzt voraus, daß man verwendet werden „kann", aber nicht verwendet werden muß. Hier sind wir der Auffassung, daß die Verwendung, wenn jemand den Berufsgang durchgemacht hat, ohne weiteres gegeben werden muß. Deshalb fordern wir, daß die Fassung lautet: „Die Schullehrer und Schullehrerinnen werden nach Anhörung der obersten Schulbehörde verwendet", und dann weiterfolgend in der vorgeschlagenen Fassung.

Wir haben auch noch einen letzten Antrag eingebracht, der sich auf § 47 bezieht. Dort heißt es: Die weitere Regelung der Lehrerausbildung obliegt dem Unterrichtsministerium. Im allgemeinen kann man sich mit der Ausführung von Gesetzen durch die Regierung ohne weiteres abfinden, weil die Regelung ja in der Regel nur technische Dinge zu umfassen pflegt. In diesem Falle ist aber die Vorlage, die Lehrerbildungsfrage betr. eine außerordentlich knapp und kurz gefaßte und außerdem der Geist ein so außerordentlich fragwürdiger, daß wir schon ein Interesse haben, über die weitere Regelung der Lehrerausbildung auch späterhin auch einiges von rechtswegen zu wissen zu bekommen. Deswegen haben wir den Passus in unserem Antrag dahin ergänzt, daß es zu dem Satze: „Die weitere Regelung der Lehrerausbildung obliegt dem Unterrichtsministerium" weiter lautet: „und ist dem Landtag zur Kenntis zu bringen." Wir möchten immerhin von diesen Dingen etwas sehen und möchten wissen, was weiter aus der Lehrerbildung wird. Das kann man aber nur zu wissen bekommen, wenn die Regierung verpflichtet ist, dem Landtag davon Kenntnis zu geben.

Das sind die Anträge, die wir gestellt haben. Auch wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß bei der gegebenen Mehrheit diese Anträge angenommen werden. Das kann uns aber nicht hindern, daß wir unsere Auffassung grundsätzlich zum Ausdruck bringen und Sie zwingen, das, was uns für selbstverständlich bei dem Lehrerbildungsgesetz erscheint, Ihnen aber nicht opportun ist, wenigstens abzulehnen und sich ohne weiteres durch die Abstimmung dazu zu bekennen, daß Sie in diesem Falle — wenn ich zu den Sozialdemokraten spreche — genau wie Sie auf Ihre eigene Parteiopposition pfeifen, durch die Annahme dieses Gesetzes Ihr eigenes Kulturprogramm ablehnen und offen den Ruf des Reaktionärs übernehmen.

Mich wundert nicht die Haltung des Zentrums und auch damit nicht die Haltung der Sozialdemokratie. Ich habe die Zusammenhänge ja bereits erläutert. Aber ich habe noch einige Worte über andere Herren aus dem Landtag zu sagen und da sind es insbesondere einige Leute, die früher den Landbund zierten und nun eine Reise gemacht haben nach dem rechten Flügel. Der eine Herr der Gesellschaft, der selbst Lehrer und Fachmann ist, verzichtet darauf, überhaupt eine eigene Meinung zu haben (Zurufe). Der andere ist selbst Akademiker, der sich sagt: Ich weiß, was für Schäden das Wissen im Volke anrichten kann, ich wünsche keine Hochschulbildung der Lehrer. Und der Herr Klaiber sagt: Wir verlangen, daß jeder bei uns auf dem Dorfe, der irgendwelche Kenntnisse über Dünger und Viehzucht und andere landwirtschaftliche Dinge vermitteln will, auch entsprechende Bildung mitbringt, selbstverständlich Hochschulbildung — unter dem tun wir es nicht —! Jeden anderen würden sie ablehnen und behaupten, er versteht nichts davon. Aber wo es sich darum handelt, daß die Kinder der Bauern einen Lehrer zur Bildung bekommen, ist merkwürdigerweise jeder gut als Lehrer, auch dann, wenn er nicht das höchste Wissen in der Ausbildung sich erworben hat, was man sich erwerben kann. Das ist eigentlich ein Widerspruch. Man kann wohl sagen, daß die wirtschaftliche Lage der Bauern beeinflußt werden könnte durch die geistige Verfassung der Bauern. Wenn diesen Leuten eine bessere Bildung mitgegeben worden wäre, wären sie wohl weitgehend maßgebend auch Meister ihres Geschickes, ihrer Existenz, während sie heute gewissermaßen wie in einer Katastrophe sich damit abfinden müssen, was über sie bestimmt wird, sei es vom Reichstag, von der Reichsregierung oder von der badischen Regierung. Sie selber sind nicht Herr und Meister ihres Seins und man darf doch wohl daraus die Folgerung ziehen, daß da mitsprechend ist für die Existenz jeder Schicht das Maß von Bildung, das man ihr auf den Lebensweg mitgegeben hat.

Und bei allen Lobpreisungen, die hier über die Volksschullehrer gefallen sind — und sie sind zum Teil, je älter sie waren,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

um so höher geschätzt worden — bei allen Lobpreisungen bleibt nun die eine Tatsache bestehen, daß unser Musterländle in bezug auf die Ergebnisse der Erziehung in der Volksschule durchaus nicht so hoch gepriesen werden kann. Letzten Endes gehören ja auch wir noch zum Volk und wir bewegen uns sehr viel im Volk und haben sehr viel mit dem Volke zu tun und können sehr rasch feststellen, wie groß das Maß von Bildung ist, das sich am Ende der Volksschule nun als Packen ergibt, den der einzelne mit auf den Lebensweg bekommt. Ich hatte schon einmal — ich erinnere mich daran, da ich jetzt den Abg. Habermehl sehe —, im Ausschuß die Behauptung aufgestellt, die mir dort niemand abnehmen wollte: daß sich das badische Volk in bezug auf die Beherrschung eines Gegenstandes, der eigentlich etwas sein sollte, was man gut beherrscht, nämlich in bezug auf die Beherrschung der deutschen Sprache, — daß sich die badische Volksschule da nicht gut sehen lassen könne etwa neben der Schweiz und neben anderen deutschen Ländern. Da hat man sich aufgeregt und hat gesagt, das sei übertrieben, das sei durchaus nicht der Fall. Und dann waren es Sie, Herr Habermehl, der, glaube ich, als Vorsitzender des Arbeitsnachweises für Kaufleute in Ihrer Industrie hier bestätigte, daß Sie auch schon zu Hunderten jahraus, jahrein solche Briefe bekommen hätten, die an sich schon als Briefe zeigten, daß es ein Grauen sei, wie diese Leute mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuß ständen. Wenn es nun schon in der Sprache, d. h. auf dem Gebiet, in dem man sich täglich bewegt, in dem der Unterricht erteilt wird, nicht möglich ist, diese Sprache so zu beherrschen, daß man nachher behaupten kann, daß man, weil man Deutscher sei, auch Deutsch sprechen und schreiben könne, wie soll es dann erst auf den anderen Gebieten sein, die man als Lehrgebiete herangebracht bekommt! Und da muß ich sagen: Nach meiner Kenntnis der Dinge ist es auf anderen Gebieten nicht viel besser, sei das nun Geographie oder seien es irgend welche anderen Gebiete.

Die Volksschule von heute gibt durchaus ein sehr mäßiges Wissen, und da ich nicht annehmen kann, daß etwa die Qualität der Volksschulkinder eine so fragwürdige ist, und ich andererseits auch nicht anerkennen kann, daß etwa die Lehrqualität der Volksschullehrer eine so fragwürdige ist, bleibt natürlich nur die einzige Lösung übrig, daß die Ausbildung der Volksschullehrer in den positiven Teilen des Wissens, die sie übermitteln, aber insbesondere in der Methode, in der sie das Wissen den Kindern übermitteln, heute nicht mehr genügend ist. Und das ist in der Tat der Fall.

Das ist ja nach meiner Auffassung auch der Grund, weshalb die Volksschullehrer selber seit Jahrzehnten und ohne Unterschied sogar der Konfession und der politischen Einstellung darnach streben, eine erhöhte, verbesserte Ausbildung zu erhalten, und daß sie sich das heute, und zwar mit Recht nur bei der Möglichkeit vorstellen können, auch erziehungswissenschaftliche Themen an der Hochschule zu hören und in Verbindung mit diesem in besonderen Lehrerbildungsanstalten praktisch ausgebildet zu werden. Wenn man die Auffassung hat, daß die Volksschule für Deutschland eine so ungeheuere Bedeutung hat, weil sie neun Zehntel des Volkes als einzige Stelle das gesamte Wissen vermitteln soll, das für das ganze Leben dieser Menschen und für die Höhe oder Nichthöhe der gesamten Nation ausschlaggebend ist, dann muß man zu dem Schluß kommen, daß man keine Konzessionen machen darf an Konfessionen, und daß man für die Volksschullehrer auf alle Fälle grundsätzlich die beste Ausbildung erstreben muß.

Es war für mich tatsächlich etwas Tragisches, zu sehen, daß in dieser Frage — nicht etwa die Vertreter des Bürgertums versagten, denn daß das Zentrum seinem Weltanschauungsinteresse nachgeht — das war etwas Logisches —, sondern das Tragische lag darin, daß die Partei, die bisher die Forderung nach dem Fortschritt verkörperte, die Sozialdemokratie, hier zusammenbrach und ihre Kulturprobleme preisgab und damit den Weg frei machte für das Zentrum, frei machte für die Konfession. Ich habe irgendwo — ich weiß nicht, in welcher Presse — etwas gelesen, daß der Herr Minister Remmele in seinen Darlegungen so etwas vom „römischen Schnitt" an sich gehabt habe. Es war etwas Eigenartiges, daß das bei mir gleich die Ideenverbindung hervorrufen mußte: Wenn schon, dann wohl weniger vom Quirinal als vom Vatikan! Ich weiß nicht, ob es ein Ruhm und ein Lob für ihn ist, daß man sagen kann, daß er dann, statt den Weg frei gemacht zu haben für das deutsche Volk, in Wirklichkeit den Weg frei gemacht hat für Rom. Rom hat immer schon — so sagt Heine, Herr Dr. Schofer! — die Welt beherrschen wollen, und als es keine Legionen mehr schicken konnte, da schickte es Dogmen, und die Dogmen haben ihren Weg durch die Welt gemacht und wir kämpfen heute noch einen verzweifelten Kampf gegen die Dogmen an.

Die einzige Hoffnung, daß wir diese römische Herrschaft vom Leibe bekommen, ist heute Sowjetrußland (Lachen beim Zentrum). Ja, Sie lächeln Herr Dr. Föhr; aber vielleicht erleben Sie einmal, daß Sie drüben etwas sehen können, was Wissenschaft und was Bildung heißt. Es haben jetzt deutsche Volksschullehrer und deutsche Wissenschaftler Gelegenheit gehabt, in Sowjetrußland die Probleme der Bildung praktisch zu studieren. Es war eine Jahrhundertfeier der Moskauer Universität, zu der aus Deutschland, ich glaube, mehr als 100 Wissenschaftler gekommen waren, Leute, die alles anders als revolutionär eingestellt waren. Der deutsche Wissenschaftler ist mit wenigen Ausnahmen reaktionär und zwar herzlich reaktionär. Aber wenn Sie Gelegenheit genommen haben, etwa in der deutschen Presse das jähe Erstaunen dieser Herren über das zu verfolgen, was sie drüben sahen, wie hoch dort die Wissenschaft geschätzt wird und welche Opfer die Sowjetregierung für die Forschung, für die Förderung der Wissenschaft aufbringt, dann werden Sie vielleicht zum Nachdenken gekommen sein, daß da drüben doch vielleicht so etwas ist wie — wie soll ich sagen? — wie eine neue Verjüngung der Menschheit, daß dort nicht, wie in Europa, die Degeneration auf allen Gebieten das Kennzeichnende ist, sondern daß es dort noch ein Aufwärts gibt.

Ich habe Gelegenheit genommen, eine ganze Anzahl der Stimmen von deutschen Volksschullehrern zu lesen, die ebenfalls in Sowjetrußland waren, um dort das Problem der heutigen russischen Schulen und deren Methoden zu studieren. Auch das sind zum übergroßen Teil, zu 90 Proz., bürgerliche Leute gewesen, und unter den bürgerlichen Leuten zum Teil herzlich konservative; aber auch diese sind sehr nachdenklich und mit einem großen Respekt vor Sowjetrußlands Schulung und vor Sowjetrußlands Einstellung zur Wissenschaft zurückgekommen. Es ist ja auch logisch, daß ein Staat wie Sowjetrußland nur dann damit rechnen kann, daß er, aufgebaut auf dem Prinzip des Kommunismus, bestehen wird, wenn seine Grundlage die ist, daß die Gesamtheit des riesigen russischen Volkes soweit als nur möglich auch alle Schätze der Wissenschaft und der Bildung für sich erhalten kann. Nur dann kann Rußland rechnen, daß es weiter existiert und daß es weit über sich hinaus als neue Welt in die alte Welt hineinstrahlt.

Deshalb setzen wir mit Recht voraus, daß Rom einmal gewesen ist der Wegweiser für die Welt. Wir sind davon

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

überzeugt, daß die Lehrerbildungsvorlage nach dieser römischen Orientierung mit sozialdemokratischer Hilfe für Baden nicht die letzte Lehrerbildungsvorlage gewesen ist, sondern wir sind überzeugt, daß Kultur und Fortschritt in der Welt nicht untergehen, selbst wenn die Demokraten und ihre Grundsätze untergehen und die Sozialdemokraten dazu, daß trotzdem der Fortschritt als eine lebendige Kraft seinen Weg unentwegt weiter gehen wird. In erster Linie setzen wir dies deshalb voraus, weil die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit Naturnotwendigkeit dazu führt, daß die breiten Volksmassen entsprechend der wirtschaftlichen Verschiebung selber die Kulturfaktoren, die Regierungsfaktoren werden, und sie wissen, daß für sie die Beherrschung der Gesellschaft nur möglich ist, wenn sie selber Wissenschaft und Bildung in erster Linie beherrschen. Und das zu erringen wird unser unablässiges Bemühen sein, und weil wir für eine reine Wissenschaft und eine reine Bildung eintreten, deshalb sind wir gezwungen, diese Vorlage abzulehnen und hoffen es zu erleben, daß in Deutschland einmal und mit anderen Faktoren die Frage der Bildung und Wissenschaft für die Volksschule auch anders geregelt werden wird.

Abg. Dr. **Schofer** (Zentr.):

Wir wollen wieder aus Rußland zurückkehren in den Sitzungssaal des Badischen Landtags und der Aufgabe uns widmen, die uns gestellt ist. Es ist ein Lehrerbildungsgesetz und damit eine Vorlage von großer Wichtigkeit zu verabschieden. Die letzten 60 Jahre waren in diesem Hause mehr wie einmal Zeuge von wichtigen Schul-Vorlagen; ich erinnere an die Jahre 1868, 1876, 1910, 1918, um nur einige zu nennen. Jedesmal — das erzählt uns die Geschichte und sagt uns die einfache Erfahrung — haben sich heftige Kämpfe um einzelne Positionen der betreffenden Vorlagen erhoben. Selbst Minister Jolly konnte nicht alles erfüllen was die Anstürmenden verlangt haben. Er kam selber in die Lage, gegen sein eigenes Gesetz stimmen zu müssen. Auch die Herren Minister von Dusch und Exzellenz Hübsch haben in verschiedenen Dingen Widerspruch erfahren. Das Haus selber war nie einig: gegensätzliche Meinungen sind jeweils bei dieser Gelegenheit scharf hervorgetreten. Heftige Kämpfe wurden vielfach ausgefochten.

Daß nun auch jetzt bei der Schulvorlage, die den Namen des Herrn Minister Remmele trägt, dieselbe Erscheinung zutage tritt, kann darum nicht befremden. Es wird kaum einen Minister geben, der eine Schulvorlage von der Bedeutung bringt, der ein einziges, zustimmendes Haus findet. Aber eines findet man bei den Debatten doch, was verbindet, und das ist die hohe Wertschätzung, die von allen Seiten dem Institut der Volksschule und den Schulen überhaupt entgegengebracht wird. In dem Punkt sind nicht nur die verschiedenen Parteien dieses Hohen Hauses immer einig gewesen; wenn man die Geschichte der Schule überhaupt durchgeht, so findet man bis ins Altertum hinein, wo die ersten Anfänge einer geordneten Schule zu verzeichnen sind — freilich aufgebaut auf einen privaten Charakter — immer die hohe Wertschätzung Ich habe mir dieser Tage ein Büchlein aus meiner Bibliothek herausgeholt, das sich mit dem alten Pythagoras beschäftigt; der alte Pythagoras war nicht nur ein guter Mathematiker, er war auch ein tüchtiger Philosoph und ein großer Schulmann. Geleitet von griechischer Weisheit damaliger Zeit, wird auf die Frage, was ist die Grundlage jedes Gemeinwesens? — hier kurz und bündig die Antwort erteilt: „Die Erziehung der Jugend!" Ich mache darauf aufmerksam, es heißt nicht: intellektuelle Ausbildung, Wissensvermittlung, nein, vor der intellektuellen Ausbildung und als Ziel der intellektuellen Ausbildung steht das Ethos, die Erziehung! Das Ethos stand den alten und namentlich den großen Philosophen weitaus an erster Stelle, und im Ethos selbst die Religion. Ich möchte einmal gerade dem Herrn Vorredner anraten, diese Alten, die Großen, wie Pythagoras und Plato, einen Aristoteles zu lesen, dann wird er ganz anders von der Religion und von dem, was diese Philosophen als Religion erkannten und dem Volke dargestellt und uns überliefert haben, — dann wird er ganz anders davon sprechen. Man kann sich nur wundern, wie über diese überragenden Dinge, über die die größten Geister mit einem Ernst geforscht, gesprochen und geschrieben haben, man mit dieser leichten Handbewegung hinweggehen kann. So etwas kann nur jemand machen, der die gewaltigen Fragen nicht kennt und dennoch über diese Menschheitsprobleme spricht und urteilt, ohne sie zu kennen; das ist aber nach meinem Dafürhalten unverantwortlich. Zur Illustration dieser seiner Darlegungen, seiner Antwort, gibt der genannte griechische Philosoph folgende Erläuterung, die äußerst interessant ist: „Niemals tragen die Weinstöcke brauchbare Frucht, wenn sie nicht richtig gepflegt werden, noch geraten die Pferde gut, wenn man sie als Fohlen vernachlässigt; im Beschneiden und Pflegen der Reben zeigen die Leute viel Verstand und Sorgfalt, aber um die Bildung der Sitten kümmern sie sich nicht oder in verkehrter Weise, und doch waltet im Gemeinwesen nicht der Weinstock und der Wein, sondern der Mensch und des Menschen Seele. Die Pflanzen vertrauen wir jemand, der es verdient, und ein Gärtner ist uns nicht weniger als zwei Minen wert, die Knaben aber übergeben wir einem illyrischen oder thrakischen Sklaven, der nichts wert ist."

Hier also schon der Hinweis für die auch uns geläufige Wahrheit, daß die entscheidende Bedeutung für den Staat, für das Gemeinwesen ist: Die Heranbildung, und zwar die Erziehung der Jugend. Darin sind wir einig. Je besser die Erziehung ist, und je tiefer sie greift, und je weiter ihre Resultate kommen, um so besser wird das Fundament der Gesellschaft, des Staates! In dem Punkt sind wir einig, und das ist erfreulich.

Wer aber diese Wertschätzung hat für die Erziehung der Jugend, der muß mit logischer Konsequenz eine ebensogroße Wertschätzung, wenn nicht noch eine höhere Wertschätzung haben für den, dem die Jugend anvertraut ist. Dieser hat die Zukunft des Staates in seiner Hand, die Zukunft des Volkes, die Zukunft der Familie, die Zukunft der Gesellschaft. Gerade deswegen ist die größte und peinlichste Aufmerksamkeit einer Heranbildung der Erzieher des Volkes zu widmen. Man wird aber hier auch für die Erzieher des Volkes selbst die Konsequenz ziehen müssen, und man wird so sagen müssen, daß dann auch der Erzieher nicht außerhalb der Schule, außerhalb der anvertrauten Jugend, außerhalb der großen Aufgaben dieser Jugend sein Gedanken- und Willenszentrum finden darf, nein, sein Gedanken- und Willenszentrum muß liegen in der Jugend, in der Schule, in den Kindern, die ihm anvertraut sind. Wir haben heute morgen von dem Herrn Kollegen D. Mayer nach der Richtung doch sehr ernste Klagen vernommen. Er sprach von einem „Radikalismus", der stellenweis bei der Lehrerschaft eingezogen sei, und von einem „Radikalismus", der das Willens- und Gedankenzentrum der Erzieher wegziehe vom Mittelpunkt der Schule und hinauslenke auf ganz andere Dinge. Wenn dem so wäre, dann könnte jedenfalls kein Freund der Schule und kein Freund der Jugend dabei mitmachen, sondern müßte vielmehr warnend seine Stimme

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

erheben. Er meinte dann, in Baden würde dieser „Radikalismus eine gedämpftere Sprache" sprechen! er bemerkt aber, wenn die Führer des Radikalismus hinauskämen, verstünden sie es auch draußen, die gleiche Sprache zu sprechen, ich kann noch hinzufügen, und wenn von draußen welche hereinkommen, vernimmt man die nämliche Sprache. Wir haben in Freiburg eine solche Sache erlebt; auch sonst hört man die Sprache dieses Radikalismus, die nicht mehr viel davon wissen will, daß das Zentrum des Denkens und Wollens der Volkserzieher in der Mitte der Schule, der Kinder, ihres Wohles und Heiles ist (Zuruf des Abg. Hofheinz:). Ich habe keinen Namen genannt, wenn Sie einen nennen wollen, ist das Ihre Sache, ich habe grundsätzlich gesprochen. Dazu glaube ich nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zu haben und dieser Pflicht genüge ich (Zuruf des Abg. Dr. Föhr).

Nun neben dieser Übereinstimmung in der Wertschätzung der Schule und des Lehrerstandes besteht die große Meinungsverschiedenheit über wichtige erzieherische Lebensfragen, die hier zur Debatte kommen. Das ist immer so gewesen, ist auch heute so und kann uns darum nicht verwundern. Wenn nun hier jeweils ein Schulgesetz zustande kommen sollte in der Vergangenheit, so weit nicht absolute Mehrheitsverhältnisse vorhanden waren, wie 1868 und 1870, war man darauf angewiesen, bestimmte Wege einzuschlagen, aber die bestimmten Wege konnten nicht die sein, wie jene, welche bei den absoluten Mehrheitsverhältnissen gegangen wurden, wo einfach diktiert wurde, sondern dann hieß es, durch Verständigung einen Weg suchen und dieser Weg der Verständigung war einst bei den gegebenen Verhältnissen dieses Hauses geradezu eine Notwendigkeit. Entweder auf eine Lösung verzichten oder zwischen einer bestimmten Mehrheit eine Verständigung suchen. Das ist auch die Lage von heute!

Die Vorlage, die wir haben, ist diesen Weg gegangen; dann kommen die Kommissionsbeschlüsse, die vor uns liegen, auf dem gleichen Weg; der Bericht des Herrn Kollegen Rückert setzt diesen Weg der Verständigung fort. Daß das Betreten dieses Weges der Verständigung es nicht notwendig macht, auf grundsätzliche Forderungen auf der einen wie auf der anderen Seite zu verzichten, braucht nicht extra gesagt zu werden. Ich glaube, wer aufmerksam die Reden des Herrn Ministers, der der sozialdemokratischen Partei angehört, wer vollends die Rede des Herrn Kollegen Maier-Heidelberg am letzten Freitag nachmittag gehört hat, weiß, daß die grundsätzliche Einstellung der Sozialdemokratie in einer Reihe von wichtigen Fragen eine diametral entgegengesetzte von uns ist. Man weiß auch, selbst wenn man die Reden nicht gehört hätte, daß die Sozialdemokratie allgemein und grundsatzmäßig auf dem Boden der Staatsomnipotenz steht, der Schulomnipotenz des Staates, kraft ihrer Vergangenheit, kraft ihrer grundsätzlichen Einstellung und Anschauung. Es ist nicht von ungefähr, daß Karl Marx ein Schüler von Hegel gewesen ist und der Hegel'schen Philosophie es eigen ist, die Staatsomnipotenz als ein Postulat zu lehren. Die äußeren und historischen Zusammenhänge zeigen genug. Wir wissen, daß die Sozialdemokratie hinsichtlich der religiösen Fragen eingestellt ist auf die Weltlichkeit der Schule und in Sachen der Berufsbildung der Lehrerschaft grundsätzlich die Meinung vertritt, daß die Universitätsbildung, Abitur und Universitätsbildung schließlich letzten Endes das richtige wäre. Von dieser ihrer Meinung hat die Sozialdemokratie nichts weggegeben, sie hat ihre Grundsätze festgehalten und zum Ausdruck gebracht, hat aber gesagt, alle diese Dinge sind nicht zu realisieren mit einemmal. Hier in dieser Stunde ist praktische Arbeit zu leisten. Darum ist eines und das andere zurückzustellen. Genau so konnte man unseren Standpunkt aus der Rede des Herrn Kollegen Eggler entnehmen und, soweit man ihn etwa nicht entnehmen konnte, will ich das Entsprechende extra sagen: Es sind eine Reihe von Forderungen, die wir zu erheben verpflichtet sind kraft unserer Grundsätze, in dem Gesetze nicht erfüllt. Wir mußten sie zurückstellen. Ich erinnere daran, daß wir die Staatsomnipotenz nicht anerkennen, wir sehen in ihr eine Verirrung und können deswegen der Schulomnipotenz des Staates nicht beipflichten (Zuruf des Abg. Dr. Engler: Hört, hört!). Ich glaube, Herr Dr. Engler, das ist Ihnen nicht neu, das wissen Sie so gut wie ich (Zuruf des Abg. Dr. Engler: Ich habe gemeint, das wäre so ein Grundsatz! — Heiterkeit). Selbstverständlich, daraus habe ich nicht abgeleitet, daß jetzt eine große Boxerei gegen die Stellung des Staates zur Schule heraufbeschworen werde. Ich glaube, wir haben anderes zu tun, als derartige philosophische Fragen zu erörtern und zu sagen, wieweit sie hier praktisch verwertet werden können.

Wir sind auch in der Frage der Religion und der Konfession anderer Meinung. Das wissen Sie, daß wir der Anschauung sind, die konfessionelle Schule und die konfessionelle Lehrerbildung sei das Richtige; dieser Standpunkt hat uns aber nicht veranlaßt, Anträge, die wir noch im Spätjahr gestellt haben, zu wiederholen. Weil wir gesagt haben, wenn etwas zustande kommen soll, — und es muß etwas zustande kommen — muß die Hand zur Verständigung geboten werden.

Endlich die Universität und das Abitur! Wir sind nun einmal der Meinung — ich werde das warum nachher noch ausführen —, daß ein derartig sprunghaftes Vorgehen nicht im Interesse der Lehrerschaft und nicht im Interesse der Schule liegt. Wir waren der Meinung, ein Schritt nach dem anderen und deswegen kam meine Fraktion kraft der Beschlüsse, die unsere Partei gefaßt hat, nach reiflicher Überlegung zu dem Standpunkt, die mindeste Vorbildung in der Primareife zu sehen. Wir stellen uns damit auf den Boden der Eingabe des Lehrervereins vom Jahre 1917 und glaubten so, fortschrittlich zu sein und nicht rückschrittlich.

Sie sehen also gegenteilige Auffassungen grundsätzlicher Natur dort wie hier, aber im Interesse einer gemeinsamen Arbeit auch den Willen der Verständigung; ich glaube, wenn der Weg der Verständigung beschritten wird, sollte man dagegen keine Rekriminationen erheben, sondern im Gegenteil sagen, hier wird praktische Arbeit geleistet. Wir sind auch der bestimmten Meinung, daß vollends in der gegenwärtigen Zeit nach einem 4jährigen verlorenen Kriege, nach einer Staatsumwälzung, einer Inflation, bei einer wirtschaftlichen Depression, wie wir sie gegenwärtig durchmachen, bei den Mißerfolgen von Genf, in einer solchen Zeit die Politik der Verständigung als das Richtige anzusehen ist. Wir sind weiter der Meinung, daß es nicht im Interesse des Staates und des Vaterlandes und des Volkes liegt, jetzt bestimmten Erinnerungen aus der Kulturkampfzeit in dem Sinne Raum zu geben, daß man alle damals gestellten Anträge kopiert und heute reproduziert.

Wir hatten den Wunsch, daß von diesem Geist der Verständigung alle Fraktionen erfaßt würden. Daß das aber eine Hoffnung ist, die man — so wie nun einmal die Dinge gelaufen sind — begraben muß, das ist leider Tatsache; das ändert aber nichts an der Auffassung, daß die Verständigung eine richtige Stellungnahme zu dem gewesen wäre, was heute dem Staate frommt und was wir eigentlich unserem Volke schuldig sind.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Nun muß ich eine Anzahl der strittigen Punkte im einzelnen behandeln! Ich sprach soeben von der Hochschulbildung. Man hat ja wieder von seiten der Demokraten, der liberalen Volkspartei und der Kommunisten dieselben Anträge auf Hochschulbildung (Zurufe: Stimmt nicht!). Stimmt nicht, also, aber von seiten der Demokratie, nicht wahr? und von seiten der Kommunisten! — ich bitte um Entschuldigung, ich habe den Sachverhalt augenblicklich nicht mehr recht im Gedächtnis gehabt; es war also nicht böser Wille, ich habe nur im Augenblick mich nicht richtig erinnert. Bei den vielen Anträgen — das muß ich schon sagen — ist es schwer, zu wissen, welche Namen darunter stehen (Abg. Dr. Glockner: Von unserer Seite sind es sechs!). Sechs Anträge? „Herr halt ein mit deinem Segen!" (Zuruf von Kommunistischer Seite: Segen vom Zentrum!). Das Zentrum hat zu der ganzen Schulvorlage meines Wissens keinen einzigen Antrag gestellt (Auf erneute Zurufe:). Wir hatten im letzten Winter eine ganze Reihe von Anträgen gestellt (Zurufe: Also!). Wir hätten, wie ich Ihnen sagte, eine ganze Reihe von Anträgen stellen müssen, wenn wir nicht von dem Gedanken ausgehen wollten, die Hand zur Verständigung zu bieten und also zu sehen, daß etwas zustande kommt.

Nun also zur Hochschulbildung! Wir werden die dazu wiederholten Anträge ablehnen; ich will Ihnen auch sagen, warum: Die Schule ist eine Anstalt, die eine besondere Art, einen besonderen Charakter, ein besonderes Leben hat und dementsprechend auch besonders behandelt werden muß! Da gilt als erstes Grundgesetz — das jeder, der etwas von der Schule versteht, anerkennt — die Stetigkeit in der Entwicklung. Nirgends ist sprunghaftes Vorgehen so leicht von Schaden wie gerade in der Schule; in Anwendung des eben genannten Grundgesetzes muß darum die Entwicklung in Schulfragen eine schrittweise sein; was aber die Vorlage bietet, ist ein sehr bedeutender Schritt nach vorwärts. Noch im Jahre 1917 hätte die badische Lehrerschaft gejubelt, wären damals ihre Wünsche in einem Umfange erfüllt worden, wie sie nun tatsächlich heute zur Erfüllung zu kommen bereit sind!

Wir haben es aber abgelehnt, außer dem ersten Schritt gleich auch noch den zweiten und den dritten zu machen und damit das Grundgesetz der Stetigkeit zu verletzen und dadurch eine Gefahr für die Schule heraufzubeschwören. Bei dem, was der Herr Minister über die Länder gesagt hat, die die Hochschulbildung für die Lehrerschaft eingeführt haben — zum Teil war er ja auch persönlich in diesen Ländern —, kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß diese Länder bereits unter der Verletzung des Gesetzes der Stetigkeit zu leiden haben; ich will damit noch nicht sagen, daß die Schule schon zu leiden habe.

Ein zweites Gesetz, das wir zu respektieren haben, betrifft die Einheit und Geschlossenheit im Schulwesen und namentlich auch in der Lehrerbildung. Nun weiß aber doch jederman, daß hier gerade von der Universitätsbildung her und wegen der Eigenart dieser Bildung bestimmte Gefahren drohen. Das Charakteristikum dieser Forschungsinstitute, dieser Träger der Wissenschaft ist doch das Spezialistentum; man braucht nicht viel von den Universitäten zu wissen, um das feststellen zu können. Das ist in gewissem Sinne auch ganz in Ordnung, auf der Universität, soweit die Forschung in Betracht kommt; aber doch macht sich bereits jetzt schon auch auf der Hochschule dieses Spezialistentum insofern sehr unangenehm fühlbar, weil eben die Synthese fehlt. Und sie fehlt — ich will auch das dazwischen hinein sagen —, weil man in der Philosophie durch Jahrzehnte hindurch die Metaphysik perhorreszierte, statt daß man sie gepflegt hat. Weil die Synthese nicht da ist, weil das Spezialistentum herrscht — eben darum wird eine dort, auf der Hochschule zu holende Ausbildung sehr leicht die Gefahr mit sich bringen, daß das Spezialistentum in das Institut der Volksschule herüberkommt und daß es dabei letzten Endes eine bedenkliche Zerstörungsgefahr mit sich bringt. Was das heißen kann, dafür will ich Ihnen ein Buch zitieren, das ich sonst sehr hoch schätze; es ist das vom früheren Herrn Staatspräsidenten Dr. Hellpach geschriebene Buch „Die Wesensgestalt der deutschen Schule". Ich sage es ausdrücklich: Ich habe trotz Verbot des Arztes in kranken Tagen das Buch nachts fast in einem Zuge gelesen, so sehr lebhaft hat dieses Buch mich interessiert, weil hier ein Mann die Fragen, die im Vordergrunde des modernen Schullebens stehen, mit einer gewissen visionären Genialität gesehen und dargestellt hat.

Ich billige lange nicht alles, was darin steht (Zuruf von demokratischer Seite: Das glaube ich!); aber ich habe doch auch viel Schönes und Gutes darin gefunden (Abg. Dr. Föhr zur demokratischen Fraktion gewendet: Sie billigen auch nicht alles!). Allein schon die Tatsache, daß jemand bestimmte Probleme sieht und sie faßt, ist ja schon ein großer Fortschritt. Solche Fortschritte ästimiere und schätze ich auch dann, wenn ich inbezug auf den Lösungsversuch entschieden anderer Meinung bin. Ich wiederhole also: Ich schätze dieses Buch, trotz seiner verschiedenen Mängel: ich habe ja dem Herrn Autor selbst gelegentlich eines oder das andere davon gesagt. Wenn ich nun die erste Auflage aufschlage — ob die zweite die Stellen auch enthält, das weiß ich nicht —, begegne ich bezüglich der Volksschule zwei Sätzen, die lauten:

> „Die Hochschulbildung und der Klassenlehrer schließen sich gegenseitig aus.
>
> Die Hochschulbildung ist nötig, ist „fällig"; der Klassenlehrer ist unnötig, ist „überfällig".

Das sind für die Volksschule bedenkliche Sätze! Also: „Auf die Hochschule! Abschaffung des Klassenlehrers — und dafür den Fachlehrer!" Das heißt die Volksschule als Erziehungsinstitut aufgeben, sie zum Wissensinstitut, zu einer Art höheren Schule machen! Das wär nach meinem Dafürhalten eine große und schwere Schädigung der Volksschule; wenn ich das ausspreche, so weiß ich mich weithin einig mit praktischen Lehrern, die draußen im Berufe stehen. Hier liegt aber eine Gefahrenzone, die sehr, sehr ernst zu nehmen ist. Daß der Herr Staatspräsident Dr. Hellpach in diesem Buche das so klar und prägnant ausgesprochen hat, das ist und bleibt ein Verdienst; daß er aber die Gefahren für die Volksschule nicht gesehen hat, ist ein Mangel seines Buches (Abg. Hofheinz: Herr Dr. Schofer, er sieht total falsch! — [Auf Zurufe von Zentrumsseite]: Jawohl, es handelt sich bei diesen unteren Gruppen und bei den Studien, die hier beantragt sind, niemals um Fachstudien historischer, sprachlicher, mathematischer oder naturwissenschaftlicher Art! Das mußte er wissen! — Glocke des Präsidenten). Es ist unausbleiblich, Herr Kollege Hofheinz: Wenn Sie auf die Universität gehen und dort Philosophie, Pädagogik usw. studieren wollen, dann müssen Sie diese Fächer studieren, wie sie dort geboten werden: nämlich von Männern, die eben Forscher sind und die sie in einer Weise bieten, wie sie selbst es für gut finden — und da werden Sie unvermerkt hier in ein Spezialistentum hineinkommen. Erst heute morgen ist ja von dem Herrn

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kollegen D. Mayer-Karlsruhe sehr ernst gerügt worden, daß das Spezialistentum noch künstlich durch die Seminare bei den jungen Leuten gezüchtet werde. Wenn vollends auf dem Weg mit dem Anreiz der Experimental-Psychologie oder der Individual-Psychologie, hineingestellt in die Schule, die Kinder mehr und mehr zum Objekt des Forschens als des Unterrichts gemacht würden, wäre das eine böse Geschichte. Sie müssen ja nicht glauben, daß ich irgend etwas an Abneigung gegen die philosophischen Fächer hätte; ich sehe die Dinge als Gefahr für die Schule und fürchte sie und spreche sie darum auch aus.

Nun kommen natürlich noch die mehr praktischen Fragen; das ist zunächst die Frage: Wird das Hochschulstudium uns eine an Anzahl und Qualität entsprechende Lehrerschaft bringen können? Die Erfahrungen in Sachsen und Thüringen sind schon mit Rücksicht auf das zahlenmäßige Ergebnis geradezu katastrophal; das kann nicht geleugnet werden. Und zweitens kommt noch die Frage der Qualität. Nach menschlichem Ermessen ist es unausbleiblich, daß, wenn diese Art der Ausbildung gefordert wird, daß dann höchstwahrscheinlich nicht die Intelligentesten dem Beruf sich zuwenden, sondern daß die Gefahr besteht, daß der Lehrerberuf zur Zuflucht derer wird, die für andere Berufe glauben nicht die nötigen Kräfte aufbringen zu können. Wenn das wäre, würde diese Entwicklung leicht sehr schwere Schädigungen des Ansehens des Lehrerstandes und eine noch viel größere Schädigung der Volksschule mit sich bringen. Wer es aber gut meint mit dem Lehrerstand, mit der Schule, muß einen hochintelligenten Lehrerstand wünschen, muß wünschen, daß gerade die Besten hier dieser so wichtigen Arbeit zugeführt werden.

Es kommt aber noch ein Drittes und das ist die soziale Seite der Sache: Man sollte glauben, in einer Zeit, in der so viel über soziale Werte gesprochen wird, habe man gerade für diese Seite der Frage ein besonderes Augenmerk. Auch das ist noch ohne weiteres zu verstehen, daß, je höher die Anforderungen gestellt werden, um so länger das Studium dauert, desto teurer ist es und um so weniger wird es möglich sein, daß Bauersleute, Handwerker, Arbeiter, kleine Beamte, selbst die Lehrer auf dem Lande ihre Kinder dem Lehrerberuf zuführen können. Es würde dadurch gerade dieser Zugang inhibiert; darin läge aber eine Schädigung des Standes und der Schule. Gewiß, auch der, welcher aus vornehmster Familie kommt, kann sehr wohl ein Verständnis haben für die armen Kinder, manchmal mehr wie andere; das weiß ich selbst sehr gut; aber im allgemeinen wird man sagen müssen, daß das eigene Erleben in der eigenen Familie ein Erleben ist, das nicht durch eine gute Schule ersetzt werden kann.

Nun haben wir in der Lehrervorbildung durch die geplante Regelung schon ein Moment, das nicht eine Förderung, sondern eine Schädigung darstellt. Bisher ging der Lehrer unserer Volksschule so ziemlich durch die ganze Volksschule hindurch, er erlebte sie ganz; jetzt nur noch zu einem kleinen Teil; er ist nur vier Jahre in der Volksschule und ist dann der Volksschule enthoben und geht durch die höhere Schule. Das wird für ihn in der mächtigen Schule des Lebens ein Manko werden für seine Ausbildung. Daran ist nicht zu zweifeln. Das müssen wir aber in Kauf nehmen, um ein anderes zu erzielen, was nach meiner Meinung bedeutender und wichtiger ist. Ich werde nachher darüber noch sprechen.

Ich glaube auch, daß das soziale Moment auch noch nach einer anderen Seite gefunden werden muß und das ist der Wille in der Lehrerschaft, auch das letzte Dorf, in die letzte Gegend zu gehen und dort den einsamen, weltverlassenen Kindern den Unterricht zu geben; ich glaube, die Erfahrung der letzten Jahre, namentlich der jüngsten Zeit, sind da nicht besonders ermutigend. Man hörte, daß für die Städte und die Umgegend der Städte hundertweise die Anmeldungen kommen, — für Buchholz 120 Anmeldungen — während kaum ein Bewerber gefunden wird, wenn es sich um weltentlegene Gegenden handelt; in einem Falle habe sich auf zwei bis drei Ausschreiben nicht ein einziger Bewerber gemeldet. Das soziale Moment, das hier in Erscheinung tritt, bedarf unbedingt der Korrektur, mag die Ursache liegen, wo sie will. Ein Gesetzgeber, der hier die Hand dazu bietet, daß diese bedenkliche Seite der Sache noch größer wird, ein solcher Gesetzgeber ist auf dem Holzwege (Zuruf: Sehr richtig!).

Nun haben natürlich diese Dinge — Hochschulstudium — auch ihre finanzielle Wirkung. Herr Kollege Maier-Heidelberg hat am letzten Freitag über diese Seite geredet. Auch andere Herren haben darüber gesprochen. Ich möchte diese Frage auch, aber nur kurz, berühren. Es ist selbstverständlich, wenn der Staat eine höhere Bildung von irgend einer Kategorie der Beamtenschaft fordert, daß ihm die Gegenrechnung präsentiert wird in dem Verlangen einer höheren Gehaltseinstufung. Das ist eine Sache, die nicht auffallen kann, die aber der Gesetzgeber von vornherein ins Auge fassen muß.

Nun habe ich heute von irgend jemand die allgemeine Zeitung von Chemnitz vom 19. März zugeschickt bekommen. Ich zitiere wörtlich: „ein weiterer Antrag des Abgeordneten Knaus" — in dem Parlament von Sachsen — „verlangt ungesäumt die Besoldungsordnung in dem Sinne zu ändern, daß die akademisch vorgebildeten Volks- und Berufsschullehrer ihrer Vorbildung entsprechend eingestuft werden. Trotzdem die Regierung wegen der finanziellen Auswirkungsmöglichkeiten sich dem Antrag energisch widersetzte, wurde der Antrag doch angenommen. Dagegen stimmten nur die Deutschnationalen, während die Koalitionsparteien in Widerspruch zur Stellungnahme der Regierung dem Antrag zustimmten."

Ich habe dieser Mitteilung nichts hinzuzufügen, sondern will nur darauf hinweisen, daß diese Momente ernster zu nehmen sind, als die, wenn etwa Hinterländer Katholiken nach Freiburg oder Hanauer Studenten nach Heidelberg an das Lehrerseminar fahren müssen. Das bischen Fahrgeld steht in gar keiner Relation zu dem, was hier gefordert wird; und die erweiterte Forderung — Hochschulstudium — steht in keiner Relation hinsichtlich der Leistung der Eltern, zu dem, was das Fahrgeld ausmacht nach der einen oder anderen Stadt. Mit derartigen Argumenten kann man die Beschlüsse des Ausschusses deswegen nicht bekämpfen. Wir haben, da wir die Hochschulbildung ablehnen, uns ausgesprochen für Lehrerbildungsanstalten, und das ist es ja auch, was die Gesetzesvorlage auf Grund dessen, was im letzten Herbst sich ergeben hat, vorsieht: Lehrerbildungsanstalten.

Ich darf hier ein Wort sagen — ohne mich speziell auf die Lehrpläne einzulassen — was wir dazu denken. Wir glauben, daß in den Lehrerbildungsanstalten die systematischen Fächer, die pädagogischen, die philosophischen Fächer, nach Art der Hochschulen geboten werden sollen, in Vortrag und in Kolloquien. Wir sind aber der Meinung, daß diese Anstalten, wenn sie etwas werden sollen, gerade für diese systematischen Fächer eigene hochqualifizierte Lehrer haben sollten, die dann vielleicht an der Hochschule sich habilitieren mögen, aber den Schwerpunkt ihrer Leistungen in den Lehrerbildungsanstalten haben, damit tatsächlich die zukünftigen Lehrer in diesen Wissenschaften ausgebildet werden, so wie

es die Schule verdient. Ich fürchte, wenn nur nebenamtlich diese Dinge beherzigt werden, daß dann nicht das herauskommt, was wir wünschen müssen. Wir erwarten auch, daß jede dieser Anstalten — wenn ich so sagen soll — etwas Rassiges habe. Wir haben früher Gymnasien und Lyzeen gehabt, die weit über die Grenzen unserer badischen Heimat hinaus einen Ruf hatten durch ihre wissenschaftliche Qualifikation, und so dächte ich, daß diese Lehrerbildungsanstalten erstklassige Anstalten würden, besorgt von Männern, die in der Wissenschaft einen Ruf haben und ihren Stolz darein setzen, diesen Anstalten treu zu bleiben und Wert darauf legen, in ständigem geistigem Konnex mit ihren Schülern zu bleiben durch Herausgabe, sagen wir einmal, einer Monatsschrift, die zu einem billigen Preis dem jungen, draußen stehenden Lehrer zur Verfügung gestellt wird, sodaß hier auch die Möglichkeit der Weiterbildung gegeben wird auf dem Fundament, das sie aus dem Elternhause, dem Vaterhause für die Lehrerbildung mitgenommen haben. Ich möchte weiter der Meinung sein, daß es Aufgabe der Regierung wäre, den Lehrern immer wieder an den Anstalten durch Hochschulkurse — ich will die Einrichtung einmal so nennen — für die Weiterbildung eine Möglichkeit zu schaffen und damit ein gewisses hohes Niveau zu bewahren und die freudige Arbeit an dem Größten und Schönsten zu sichern; es soll Aufgabe dieser Lehranstalten sein, Lehrerpersönlichkeiten zu bilden (Sehr richtig! Sehr gut! beim Zentrum).

Nun muß ich über die „Lehrerpersönlichkeit" etwas sagen, was ich darunter verstehe.

Zur Lehrerpersönlichkeit gehört in erster Linie der Beruf. Es gibt zwei Lebensaufgaben, zwei Lebensbeschäftigungen, die einen besonderen Beruf, eine besondere Veranlagung, die ein besonderes Sichhingezogenfühlen und Vereigenschaftetsein fordern; das ist der Beruf des Seelsorgers und das ist der Beruf des Lehrers. Denn letzten Endes — das haben schon die Alten, die großen Philosophen von Griechenland gesagt — ist der Lehrer in gewissem Umfang ein Seelsorger. Infolgedessen eine Berufung, eine Neigung! Da diese Neigung, dieser Beruf nun vielfach nicht schon in frühen Jahren festgestellt werden kann, sondern da dieser Beruf sich vielleicht erst später geltend macht — positiv oder negativ —, ist es sehr zu begrüßen, daß die Entscheidung jetzt später liegt, und ebenso auch die Möglichkeit der Rückkehr, wenn man sieht, daß man am unrechten Platz ist, nicht erschwert ist. Das ist der große Fortschritt, den die jetzige Regelung in sich schließt. — Ein Anderes. Daß man in der Schule nicht jeden brauchen kann, auch wenn er noch so talentiert ist, sonst noch so befähigt ist, sonst ein noch so glänzender Mensch ist, daß man ihn vielleicht nicht brauchen kann in der Schule, das ist eine alte Sache. Ich zitiere wieder den alten Pythagoras, der gesagt hat: Nicht aus jedem Holz läßt sich eine Herme schnitzen (das sind die Götterbilder). Nicht aus jedem Holz, nicht aus jedem jungen Studenten, auch nicht aus jedem noch so begabten, kann man einen Volksschullehrer machen, so wenig wie einen Geistlichen. Darum ist es von größter Wichtigkeit, daß diese Dinge sehr ernst von den jungen Leuten genommen werden, aber auch ernst genommen werden von denen, die sie zu letten haben.

Das zweite, was nach meinem Dafürhalten zur Lehrerpersönlichkeit gehört, ist ein gewisses Fertigsein mit sich selbst, wenn man anfängt, anderen für das nächste, das weitere und das höchste Lebensziel als Führer zur Seite gesetzt zu werden (Sehr richtig! beim Zentrum). Darum begrüße ich es auch, daß das Fertigsein mit der Vorbereitung für den Lehrerberuf etwas hinausgeschoben wird. Ich glaube auch, daß man gut daran tut, wenn dem jungen angehenden Lehrer noch eine geraume Zeit eine gewisse Führung durch die ältere Lehrerschaft zuteil wird. In meiner Jugend war der Hauptlehrer an der Schule der Vater der jungen Lehrkräfte, die ihm anvertraut worden sind, und ich glaube, dieses Verhältnis sollte in etwa wieder zurückkehren. Ganz besonders aber wäre es, glaube ich, wünschenswert — gerade mit Rücksicht auf das, was ich vorhin als Verwandtes zwischen Seelsorger und Lehrer in ihrer Aufgabe bezeichnet habe — daß wir es mit einer religiösen Persönlichkeit in der Schule zu tun haben. Denn letzten Endes handelt es sich um Führung zum Lebensziel, und nicht umsonst haben darum die Alten— ich zitiere wiederum den alten Griechen — gerade auf dieses Moment den größten Wert gelegt: „Man muß die Jugend von Anfang an lehren, die Götter und die Gesetze zu ehren; denn sichtlich hat der Menschen Schaffen und Leben an der Frömmigkeit und Gottesfurcht seinen Halt und sein Steuer". Man hat bei dem alten Pythagoras vielfach Stellen zu verzeichnen, die geradezu übersetzt werden könnten in das Bibelwort: „Der Weisheit Anfang ist die Gottesfurcht." Weil aber diese Dinge so sind, darum sind wir der Meinung: In die Schule hinein eine Lehrerpersönlichkeit, eine religiöse Lehrerpersönlichkeit!

Weil das so ist, darum stehen wir auch auf dem Standpunkt der konfessionellen Lehrerausbildung. Nun muß ich über dieses Kapitel einiges sagen.

Da gebe ich dem Herrn Kollegen D. Mayer unbedingt recht: Diese religiöse Lehrerpersönlichkeit fordert nicht die Kontroversfragen, sondern schaltet sie eher aus; was sie fordert, ist vielmehr das Eingetauchtsein dieses Lehrers in die großen ewigen Wahrheiten, die uns durch die Offenbarung gegeben sind, und in das, was Tertullian sagt: „anima naturaliter christiana", die Kenntnis dieser Seite der Kindesseele. Gerade Pythagoras sagt es wieder, daß Gott in der reinen Kindesseele am tiefsten wohnt. Was dieser Heide da sagt, ist etwas, was kein christlicher Autor schöner sagen könnte (Sehr richtig! beim Zentrum). Ich zitiere die Heiden, weil sie bei den Christen ab und zu mehr Respekt genießen als die Kirchenväter (Heiterkeit).

Simultane — konfessionelle Lehrerbildungsanstalt. Ich nehme an, daß die Dokumente, die vom Regierungstisch am Freitag durch den Herrn Minister vorgelegt worden sind, doch eine etwas klarere Situation geschaffen haben (Widerspruch des Abg. Dr. Glockner). Ich sehe sie so an. Für mich war manches neu. Ich habe es vermutet — und ich bin froh, daß der Herr Minister die Dokumente vorgetragen hat —, daß am Anfang des Rastatter, des Ettlinger, des Meersburger Seminars und des Karlsruher evangelischen Seminars ein Regierungsakt des Großherzogs und eine juristische Tat der Regierung steht und damit die juristische Fundamentierung dieser Seminare als konfessionelle gegeben ist (Abg. Dr. Glockner: Das Gegenteil werde ich Ihnen nachher nachweisen!). Da können Sie nachweisen, was Sie wollen — das ist auf Grund der Dokumente meine Überzeugung! (Heiterkeit) und es gibt noch andere und juristisch gebildete Leute, die auch diese Überzeugung haben. Ich habe in diesem Hohen Hause immer gefunden, daß Juristen in derselben Frage diametral entgegengesetzte Meinungen haben können (Sehr richtig!); nun hat mein seliger Vorgänger einmal in einer Frage konstatiert, daß alle Juristen einig sind, und da hat er gesagt: „Das ist verdächtig!" (Große Heiterkeit). Meine Überzeugung ist, daß der Großherzog und die Regierung damals

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

konfessionelle Lehrerseminare eingerichtet haben, und weder in der Großblockzeit noch zu irgend einer Zeit ist dieser juristische Akt revoziert worden, man hat daran herumgedoktert, um den Nationalliberalen mit ihrer Kulturkämpferei so ein bißchen etwas zu geben. Man hat im Jahre 1875 das Seminar Karlsruhe II geopfert. Die rasende See wollte ihr Opfer haben! Sie bekam es, und dann war es wieder etwas ruhig. Hinterher sind sie wieder gekommen im Großblock, weil die Jungliberalen keine Ruhe gegeben haben und erst wieder die alten Kulturkämpfe kopieren und ihre Politik propagieren und da draußen wieder ein bißchen Tamtam machen wollten. Daraus sind jene Aktionen im Großblock erfolgt. Der Herr Minister Dusch hat ihnen aber gesagt, daß er es nicht macht, und die Erste und Zweite Kammer sind in dem Punkt nie einig geworden, geschweige denn, daß die Regierung so etwas wie Simultanisierung der drei Anstalten gemacht hätte. Die Folge ist, daß heute wie ehedem die drei Lehrerseminare als konfessionelle existieren.

Das ist meine Deduktion, meine Beweisführung, und das sind die Grundlagen, die für meine Anschauung maßgebend sind, und ich weiß, daß auch heute verschiedene Juristen auf diesem Standpunkte stehen, und das genügt mir, und das auch dann, wenn nunmehr Herr Dr. Glockner alle Finessen anwenden wird, um das Gegenteil herauszubekommen (Abg. Dr. Glockner: Dazu braucht es nicht vieler Finessen), also gut, das ist mir gleich. Also so ist es (Abg. Dr. Glockner: Man muß die Sache lesen) (Zuruf: Quellenmäßig). Geben Sie mir einmal die Akten, die der Herr Minister vorgelesen hat. Ich habe sie nirgends gesehen, ich habe sie erbeten (Zuruf des Abg. Dr. Glockner). Gut, es ist recht, aber da können Sie machen, was Sie wollen (Abg. Dr. Glockner: Zum Verlesen bin ich noch nicht gekommen). Also das ist meine Meinung. Ich will einmal sagen, wohin die ganze Aktion gegen die konfessionellen Anstalten hinausgeht. Das ist das Interessante. Sie wollen ja alle so fromm und brav sein. Nun hat aber Herr Dusch Ihnen gesagt, wo es hinaus will, und Herr Rohrhurst hat es Ihnen auch gesagt. Ich muß es Ihnen jetzt schon vorlesen. „In Wirklichkeit", hat Herr von Dusch gesagt am 10. Februar 1910:

> „In Wirklichkeit geht ja die Sache ganz wo anders hinaus. Es geht gegen den Religionsunterricht der Lehrer. Das ist wohl die Spitze des ganzen Antrags. Es soll eine Etappe dahin sein, daß künftighin, wie das ja kürzlich gelegentlich der Beratung des Kultusbudgets ausgesprochen worden ist, den Lehrern der Religionsunterricht abgenommen wird."

Das ist der Zweck der Übung gewesen, und heute kann doch wohl der Antrag kaum einen anderen Sinn haben. Nun habe ich im Haushaltsausschuß darauf aufmerksam gemacht, daß im Jahre 1876 gerade diese Position von hohem Wert war, daß einigermaßen die Simultanschule als noch erträglich hingenommen werden konnte. Wenn Sie aber eine um die andere dieser dort gegebenen religiösen Sicherungen abbauen, so machen Sie selbst mehr und mehr die gemischte Schule zur Unerträglichkeit (Abg. Dr. Glockner: Ich habe ja gesagt, daß wir gar nicht abbauen wollen). Wenn Sie einmal „grundsätzlich" soweit sind, gehen Sie zur weiteren Tat über. Da kenne ich mich zu gut aus, und da traue ich bestimmten politischen Richtungen nicht über den Weg. Dagegen ist die einzige Sicherung noch ein starkes Zentrum, und wenn nicht ein starkes Zentrum da wäre, dann hätten Sie es schon lange gemacht (Abg. Dr. Föhr: Denken Sie an die Hochschule) (Abg. Dr. Mattes: Denken Sie an die Sicherungen nach der anderen Seite; auch die werden abgebaut). Sie können beruhigt sein, Herr Doktor, dort wird nicht abgebaut. Wir wollen nur Gerechtigkeit! Soviel zu dem Punkt.

Ich will Ihnen jenes Zitat von Rohrhurst nicht vorlesen, aber es ist sehr charakteristisch, und daß es einigen Wert hat, das zeigt ja, daß der Herr Kollege Obkircher deshalb nach Heidelberg gefahren ist (Abg. Obkircher: Nicht allein deshalb). Wegen anderer Sachen auch; aber das war der nähere Anlaß. Ich hätte Ihnen sagen können, wie Sie es billiger hätten haben können. Sie hätten sich nur die betreffende Nummer der „Badischen Landeszeitung" geben lassen können — ich habe sie hier zitiert —, dort hätten sie den ganzen Artikel nachlesen können; der Herr Kollege hat mir dann die Bestätigung gegeben im Haushaltsausschuß, daß das Wort Rohrhursts gefallen ist. Ja, ich glaube, der Herr Abg. Rohrhurst ist ein sehr gescheiter Mann und ein tüchtiger Schulmann, und wenn dieser Herr die fraglichen Dinge so würdigt, dann ist es auch so. Sie liegen heute um kein Haar anders, als sie damals gelegen sind, und Sie müssen mir schon gestatten, daß ich diese Dinge deshalb auch so würdige, wie ich sie sehe, und wie sie auch Ihr Führer Rohrhurst gesehen hat (Abg. Dr. Mattes: Das ist eine unbeweisbare Unterstellung). Ja, also wie ich die Dinge sehe; wie Sie sie darlegen dementsprechend, das ist dann Ihre Sache, da unterstelle ich Ihnen gar nichts, sondern so sehe ich sie, und darnach stelle ich mich ein, und dazu habe ich meine Gründe. Ich kenne nämlich die Vergangenheit und weiß, was von bestimmten Strömungen zu halten ist.

Wir hätten gewünscht, daß man den Zugang von der Obersekunda zur Lehrerbildungsanstalt aus noch viel mehr möglich gemacht hätte. Ich will auch sagen, warum. Wir haben draußen auf dem platten Lande und in den kleinen Städten 30 oder 36, siebenklassige und sechsklassige höhere Schulen, die vielfach von Landwirtssöhnen, Handerwerkersöhnen, Söhnen von Kaufleuten, von mittleren und kleinen Beamten und Arbeitern besucht sind, vielfach Studenten, die zu den talentvollsten und besten gehören. Wenn diesen jungen Leuten die Möglichkeit gegeben wird, von dort aus die Lehrerbildungsanstalten zu besuchen, dann steht der Zugang und der Aufstieg diesen Klassen offen; wenn dagegen die Leute bei den heutigen finanziellen Verhältnissen ihre Kinder noch in ein Gymnasium oder Realgymnasium oder Oberrealschule in eine Stadt weiter schicken müssen, so können sie das vielfach nicht tragen, nicht praestieren, und infolgedessen wird ihnen der Zugang zum Lehrerberuf versagt sein (Zurufe: Sehr richtig). Es ist etwas Unsoziales, was durch die Abiturforderung gewollt wird.

Nun hat ja dort drüben außerordentlich viel Sorge bereitet die Zulassung zur Prüfung von solchen, die nicht durch die Staatsanstalt gegangen sind. Nur zur Prüfung, nicht zur Staatsanstellung! Auf der einen Seite fordert man für Privatlehranstalten, die ja verfassungsmäßig möglich sind — wir können sie ja gar nicht hindern, — staatlich geprüfte Lehrpersonen; auf der anderen Seite verwehrt man aber diesen, diese Lehrpersonen selber heranzubilden. Denken Sie einmal, ich wäre noch in Sasbach und hätte jetzt die Kaprize, ich wollte mich in Sasbach dann vollends ausbilden, privatim, um Lehrer zu werden, und dann an der Anstalt tätig zu sein. Da wären Sie der Meinung, da muß noch ein großes Gesumms gemacht werden, ob man den zur Staatsprüfung zuläßt oder nicht, zur staatlichen Abstempe-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

lung, weiter nichts. Das hat selbst Herr Jolly als „eine geistige Despotie" bezeichnet. Ich meine, deren soll man sich in einem republikanischen, demokratischen Staat, vollends, wenn man Demokrat ist, nicht schuldig machen (Zurufe: Bravo). Wir haben einmal hier einen Demokraten gehabt, der war aber ein wirklicher Demokrat, er hat Muser geheißen, der hat diese jollyschen Sachen ausgegraben. Dort drüben, wo Herr Hofheinz sitzt, hat er gesessen, und von dort aus hat er uns diese Lehre gegeben. Er hat gesagt, das seien „politisch und ethisch richtige Forderungen". Ich bedaure nur, daß Herr Muser nicht wieder drüben sitzt und diese Wahrheit verkündet, vorab in seiner Partei. Es wäre Zeit, daß wieder einmal Demokraten kämen, und diese demokratisch freiheitlichen Darlegungen in einer Fraktionssitzung der sechs Männer vortrügen (Heiterkeit).

Ich kann mir ja auch denken, woher die Sorgen kommen. Mein Gott, wir wissen es ja, es ist kein Geheimnis. Es gibt in Offenburg droben eine Klosterschule. Die Nonnen bilden da ihre eigenen Lehrerinnen, die sie an der Anstalt brauchen, selbst heran und wollen sie examinieren lassen, damit sie staatlich abgestempelt sind, wie das Gesetz es will. Und es sollen, glaube ich, dort droben in Villingen, Herr Goerlacher, Schulbrüder sein, und diese Schulbrüder möchten auch ihre Lehrer staatlich abgestempelt haben, weil das Gesetz oder die Verordnung es so will. Und nun wollen Sie das den Leuten, die gute Staatsbürger sind, verwehren, und das nennen Sie Freiheit, gleiches Recht! Nein, ich will Ihnen sagen, wie ich das nenne, das nenne ich Kuttenangst (Lachen in der Mitte). Nehmen Sie mir es nicht übel, ich habe es gesagt.

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen. Wir werden nicht notwendig haben, die Anträge noch im einzelnen zu besprechen; der Hauptsache nach sind sie besprochen. Nur für eines bin ich dem Herrn Abg. Dr. Glockner außerordentlich dankbar, daß er die namentliche Abstimmung beantragt hat. Die können wir nämlich auch brauchen (Heiterkeit). Also damit ist auch uns geholfen. Nur hätten wir nicht diesen Akt notwendig gehabt; wir hätten das Ergebnis auch so im einzelnen merken können. Aber es ist recht und es ist gut, wenn es so gemacht wird. Wir werden die Liste auch nehmen und werden sehen, wie gestimmt wird. Dann werden wir draußen ohne Gefahr des Irrtums sagen können: so ist es gegangen. Also in dem Punkt: alle Wünsche sind erfüllt, es freut mich; alle einigenden Momente machen mir Freude, namentlich wenn die Herren von der Deutschen Volkspartei ab und zu doch einmal im einen oder anderen Punkte mit mir einig werden. —

Ich selbst war so glücklich, wie der Herr Kollege Eggler gestern von sich gesagt hat, einen ausgezeichneten, erstklassigen Lehrer in meiner Jugend droben im Oberbühlertal in der einfachen Landschule gehabt zu haben. Ich will den Namen nennen, Stefan Weinig; er liegt auf dem Gottesacker in Baden-Baden begraben. Ich könnte nur wünschen, daß das ganze badische Land in jeder Schule so einen Mann und solche Männer stehen hätte. Je älter ich werde, desto dankbarer werde ich diesem Mann sein für das, was er uns nicht nur an Wissen mitgegeben hat, sondern für das, was er uns mitgegeben hat, durch seine treue, gewissenhafte Erziehung, die er uns hat angedeihen lassen. Ich bin nicht der Einzige, der so über ihn denkt. Alle, die durch seine Schule gegangen sind, soweit ich sie kenne, — der Herr Kollege Geppert, der diesem hohen Hause lange angehört hat, war ebenfalls sein Schüler — werden diese pietätvolle Dankbarkeit gegen diesen ausgezeichneten Schulmann teilen. Daraus schließe ich, daß die Lehrerbildung der Vergangenheit viel Gutes in sich barg und geeignet war, dem Volke das zu bieten und zu geben, was es vorwärts führte.

Wir machen wieder einen gewaltigen Schritt vorwärts, nicht alles ist geklärt, nicht alles ist so sicher. Man kann nur wünschen und namentlich von Seite derer, die die Verantwortung für dieses Gesetz tragen, daß nach 10 und 20 Jahren gesagt werden kann, es war ein Gesetz zum Wohle der Schule, der Lehrer und zum Wohle des Volkes (Lebhafter Beifall beim Zentrum).

Abg. **Marum** (Sozdem.):

Ich freue mich zunächst, daß, wie die heutigen Verhandlungen ergeben haben, die angeblich vergewaltigten Parteien der Minderheit so lebendig sind. Ich entnehme daraus — ich sehe, daß Sie eifrig zugehört haben — ich entnehme, daß es mit der Vergewaltigung nicht so schlimm gewesen ist, und daß die Verhandlungen am letzten Freitag nachmittag nichts geschadet und nicht gehindert haben, den Bericht des Herrn Kollegen Rückert so eifrig zu lesen, wie es im Interesse der Sache gelegen ist und daß Sie nicht gehindert sind, an den Verhandlungen so teilzunehmen, wie es im Interesse der Vorlage erwünscht ist.

Ich hätte mich eigentlich nicht zum Worte gemeldet und bin wirklich der Auffassung, daß bei dieser Vorlage der Worte genug gewechselt sind. Die Stellungnahme, die meine Fraktion zu diesem Gesetzentwurf einnimmt, ist von dem ersten Redner, unserem Fraktionskollegen Maier-Heidelberg, so ausführlich und eindeutig dargelegt worden, daß es eigentlich nicht notwendig wäre, noch einmal zur Sache durch einen anderen Redner sprechen zu lassen. Ich hatte mich auch nur einzeichnen lassen, weil ich angenommen hatte, daß von seiten der Redner der Opposition in der allgemeinen Beratung eine so, ich möchte sagen, prononcierte Stellungnahme entsprechend dem, was in der Presse und im Ausschuß und hier im Plenum geschah, erfolgen werde, daß es notwendig sei, ausführlich darauf zu entgegnen. Ich bin enttäuscht darüber; die Rede, die der Herr Abg. Hofheinz hier gehalten hat, ist sehr zahm gewesen, und ich muß die Auffassung vertreten, daß auch der Herr Abg. Hofheinz einer läßlichen Sünde bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs sich schuldig gemacht hat (Heiterkeit), als er nicht eifrig genug und nicht grundsätzlich genug vielleicht den Standpunkt, den er vertreten will, hier vertreten hat. Immerhin aber ist es doch vielleicht angebracht, wenn ich in einigen wenigen Punkten den Standpunkt, den wir gegenüber dieser Gesetzesvorlage und gegenüber den Anträgen auf Änderung einnehmen, hier noch genauer präzisiere und zwar sind es zwei Streitfragen, die im wesentlichen im Vordergrund der Debatte stehen und die hier zu behandeln sind. Einmal die Frage der Hochschulbildung und des Abiturums und sodann die Frage der Simultanität. Ich möchte dazu einige Bemerkungen machen.

Was zunächst die Frage des Abiturums angeht, so ist unsere Auffassung die, daß das Abiturium ein Ziel ist als Vorbildung für die Lehrer, ebenso wie die Hochschulbildung, auf das hingestrebt und hingearbeitet werden muß. Ebenso aber sind wir der Überzeugung, daß dieses Ziel zurzeit noch nicht zu erreichen ist. Nun machen wir aber nicht die Politik von kleinen Kindern, die sagen, wenn ich etwas nicht ganz jetzt schon erreichen kann, verzichte ich überhaupt, sondern wir glauben, der Sache und insbesondere auch der Sache der Ausbildung der Lehrer mehr zu dienen, wenn wir das Ziel etappenweise zu erreichen suchen und insbesondere jetzt in der

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Zeit der Schwächung des Staates durch den verlorenen Krieg nicht alle Blüten gleich zu einer Reife bringen wollen, wenn wir überzeugt sind, daß es noch zu kalt ist, um diese Blüten zum Reifen zu bringen.

Wir leben heute in einer Zeit, in der man sich den Luxus nicht gestatten kann, alle Ziele, die man auf dem Gebiete der Lehrerbildung hat, sofort durchzuführen. Wir leben leider infolge des verlorenen Krieges in wirtschaftlichen Verhältnissen, in denen es nicht möglich ist, und in denen man darauf verzichten muß, geliebte und für richtig erachtete Kulturfortschritte zur Durchführung zu bringen, und als solchen Kulturfortschritt, dem wir zustreben, den wir aber noch nicht zur Durchführung bringen können, betrachte ich das Abiturium für die Volksschullehrer. Wenn wir sagen, heute noch nicht, weil es heute noch nicht möglich ist, haben wir damit das Ziel in gar keiner Weise aufgegeben, sondern wir sind der Meinung, daß wir diesem Ziel weiter zustreben und wir glauben, daß auch die Regierungsvorlage und der Gesetzentwurf, so wie er jetzt gestaltet ist, durchaus ein Schritt nach vorwärts auf diesem Wege ist. Dabei verkennen wir gar nicht, daß insbesondere in der heutigen Zeit auch erhebliche Bedenken gegenüber der Frage des Abiturums heute schon bestehen.

Ich habe selbst akademische Bildung genossen und ich freue mich darüber, aber ich möchte dringend warnen vor einer Überschätzung der akademischen Bildung. Man kann auch ein sehr tüchtiger und ein sehr gebildeter Mensch sein, auch wenn man nicht durch die Hochschule gegangen ist (Allgemeines: Sehr richtig!) und ich glaube, es liegt eine Überschätzung der formalen Bildung darin, wenn man glaubt, nur durch die staatliche Abstempelung und nur dadurch, daß man die Staatsexamina gemacht hat, beweise man seine Tüchtigkeit. Vor einer solchen Überschätzung der formalen Seite des Abiturums und der Hochschulbildung möchte ich warnen. Es sind insbesondere gerade aus den Kreisen der Arbeiterschaft außerordentlich gebildete Männer emporgestiegen im deutschen Reich, die nicht abgestempelt waren mit dem Abiturium und mit der Hochschule und von denen niemand behaupten wird, auch Herr Hofheinz nicht behaupten wird, daß sie etwa nicht gebildet gewesen seien (Auf Zuruf): Ich sage, Sie werden es nicht behaupten. Ich sage also, man muß sich davor hüten, daß man einer solchen Überschätzung der akademischen Bildung sich schuldig macht und ich bedauere es in diesem Zusammenhang insbesondere, daß es gerade ein Teil der Lehrer ist, der eine hochmütige, möchte ich wohl sagen, Einschätzung der Nichtabiturienten und der Kreise des Volkes, die von unten her in den Lehrerberuf kommen, gezeigt hat, eine hochmütige Beurteilung, die durchaus abträglich, bedauerlich und beklagenswert ist.

Ich habe eine Eingabe des Vorstands der badischen Lehrerinnen vom 28. Februar vor mir, die allen Mitgliedern des Hauses zugegangen und die schon verschiedentlich angeführt und besprochen worden ist. Es handelt sich um eine Eingabe, die auch Hochschulbildung und Abiturium verlangt und im Zusammenhang damit sich dann gegen die Unentgeltlichkeit der Lehrerbildung wendet. Dabei wird dann die Wendung gebraucht:

> „Da die Lehrerinnen überwiegend aus den Städten kommen, so steht zu befürchten, daß durch die unentgeltliche Ausbildung völlig ungeeignete Elemente in den Beruf eindringen,"

(Rufe: Hört, hört! links)

> „die niemals vom erzieherischen Standpunkt aus als Volksbildnerinnen wirken können."

(Rufe beim Zentrum: Hört!).

Das ist eine Ungeheuerlichkeit (Sehr richtig! beim Zentrum und links); das ist wirklich etwas, was einen an der Qualifikation dieser „Damen" zu Volksbildnerinnen zweifeln läßt; es ist etwas, was einen außerordentlich skeptisch machen kann gegenüber der Auffassung, als ob jemand nur dann, wenn er das Abiturium hat, ein „geeigneter Volksbildner" werden kann und als ob man nur dann ein solcher „geeigneter Volksbildner" werden könne, wenn man das Abiturium mit eigenem Gelde erworben hat.

Was mich bei der ganzen Sache auch weiterhin bedenklich gemacht hat, das ist die Tatsache, daß durch das Abiturium und durch die Hochschulbildung eine Verlängerung und eine Verteuerung des Weges zur Ausbildung eintritt, die im Interesse der Auffrischung unseres Lehrpersonals und im Interesse der Heranziehung von neuen Kräften gerade aus den sogenannten „unteren" Schichten, aus den lebendigen Schichten des Volkes, außerordentlich bedauert werden muß. Wir sind der Auffassung, daß die Kinder der Besitzenden, um einmal dieses Schlagwort zu gebrauchen, selbstverständlich in gar keiner Weise von dem Zugang zum Lehrberuf ausgeschlossen sein sollen; aber unsere Auffassung geht dahin, daß die Kinder der Besitzlosen mehr als bisher zum Lehrerberuf herangebildet werden sollen und daß ihnen die Möglichkeit dazu, Lehrer zu werden, eröffnet, nicht aber erschwert werden soll: durch eine verlängerte und verteuerte Ausbildung jedoch entsteht gerade für die Kinder der Arbeiter die Gefahr einer solchen Erschwerung des Zugangs zum Lehrberuf — und das macht mich außerordentlich bedenklich (Abg. Hofheinz: Es ist aber eine Verlängerung im Interesse der Sache und —). Sie können mir ja nachher erwidern! Ich habe Sie heute morgen auch ruhig angehört; für kurze Zwischenrufe bin ich sehr gerne zu haben — aber nicht für Dissertationen in Gestalt von Zurufen (Heiterkeit).

Und nun das dritte, was ich hinsichtlich des Abiturums noch sagen wollte; es ist das folgende. Die Lehrer sagen: Nur durch Abiturium und Hochschulbildung würden sie die geeignete Vorbildung zum Lehrerberuf erlangen. Wer — wie gerade wir — wünscht, der Lehrer solle soziales Verständnis, insbesondere für die Lage der Kinder haben, die er zu unterrichten hat, wer mit mir der Auffassung ist, der Lehrer müsse sich einfühlen können in die Lage der Kinder wie auch der Eltern dieser Kinder und er müsse gerade für die soziale Lage der Proletarierkinder Verständnis haben, der wird auch mit mir sagen können: ich habe bis jetzt nicht die Erfahrung gemacht, daß die mit dem Abiturium versehenen Mittelschullehrer ein höheres soziales Verständnis gezeigt haben als die Volksschullehrer. Ich habe im Gegenteil die Erfahrung machen können, daß gerade diejenigen Lehrer, die an der Volksschule unterrichten und bei denen der Klassenunterschied zwischen den Unterrichteten und den Lehrern nicht so groß ist, mehr soziales Verständnis besaßen, als diejenigen Lehrer, die das Abiturium gemacht und sich an der Universität vorgebildet hatten. Es wird also insbesondere gerade derjenige, der haben will, daß die Lehrer soziales Verständnis besitzen, auch Verständnis für das Gewicht der Gründe haben, die dagegen sprechen, daß man jetzt auf einmal rein, pure das Abiturium durchführt.

Damit ich aber nicht in den Verdacht komme, ein heimlicher Gegner des Abiturums und der Hochschulbildung zu sein, möchte ich hier ausdrücklich nochmals folgendes feststellen: Für uns bleiben Abiturium und Hochschulbildung als Ziel durchaus aufrecht erhalten — und wir akzeptieren diesen Gesetzentwurf nur deshalb, weil er eine Etappe auf diesem Wege darstellt. Ich spreche das also ausdrücklich aus, damit in

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

dieser Beziehung keine falsche Auffassung hinausgetragen wird.

Ich sage weiter: ich kann das auch deswegen ruhig aussprechen, weil ich immer noch die Hoffnung habe, daß bis zu dem Augenblick, in dem für die Lehrer das Abiturium pure und die Hochschulbildung durchgeführt ist, doch auch die Hochschulen des Landes etwas anders eingerichtet sein werden (Minister des Innern Remmele: Sehr richtig! — Weitere Zustimmungsäußerungen), so daß man dann eher die Verantwortung dafür übernehmen kann, daß diejenigen Lehrer, die die Kinder des Volkes zu unterrichten haben, auf den Universitäten ausgebildet werden. —

Was mich aber bei dieser Frage erstaunt oder was mich sogar amüsiert hat, das ist der Antrag, der von seiten des Herrn Abg. Bock und der Kommunisten gestellt worden ist. Ich verstehe es ja, wenn von anderen Seiten und Parteien als Vorbildung für den Lehrer Abiturium und Hochschulreife verlangt worden sind; aber daß der Herr Abg. Bock ausdrücklich in einem Antrag (es ist der Antrag Nr. 100 i) verlangt:

> „Zum Eintritt in eine Lehrerbildungsanstalt wird zugelassen, wer das Reifezeugnis einer Höheren Schule erworben hat,"

das berührt mich etwas komisch. Demgegenüber muß ich wirklich sagen: Wenn man die Gesetze der Sowjetrepublik betrachtet und wenn man sieht, auf welchem Standpunkt gerade hinsichtlich der Volksbildung die Gesetze dieser Republik stehen, dann wird man es als lächerlich empfinden, daß ausgerechnet die Kommunisten sagen: Lehrer kann nur derjenige werden, der vom Staate abgestempelt ist und mindestens eine höhere Lehranstalt des „bürgerlichen" Staates neun Jahre lang besucht hat (Zuruf von kommunistischer Seite: „Lehr- und Lernfreiheit"!) Ich habe hier das Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei Rußlands, und dieses führt hinsichtlich der Volksbildung unter Ziffer 12 unter anderem folgende Forderungen auf:

> „Heranbildung eines neuen Lehrkörpers, der von den Ideen des Kommunismus durchdrungen ist
>
> Allseitige Staatshilfe auf dem Gebiete des Selbstunterrichts und der Selbstentwicklung der Arbeiter und Bauern,"

und unter lit. i dieser Ziffer 12 heißt es:

> „Ermöglichung leichten Zutritts zu den Hörsälen der Hochschule für alle Lernbegierigen und vor allem für Arbeiter."

Im ganzen Kommunistischen Programm aber steht nichts davon, daß nur derjenige an die Hochschule darf, der das Abiturium gemacht hat (zur kommunistischen Gruppe gewendet:); und bei dem Verfasser des „ABC des Kommunismus", Bucharin, würden Sie übel ankommen, wenn dieser erfahren würde, daß Sie den Standpunkt vertreten haben, nur derjenige solle die Möglichkeit haben, sich auf den Lehrerberuf vorzubereiten, der mindestens das Abiturium einer bürgerlichen Oberrealschule oder eines bürgerlichen Gymnasiums erworben hat. Verlangen sie — die Kommunisten —, wie eben in diesem „ABC des Kommunismus" zu lesen ist, doch sogar, daß

> die höheren Schulen, „weil sie im Besitze der Ausbeuterklassen waren", in Gestalt der zahlreichen Gymnasien, Realschulen, Institute usw. beseitigt werden müssen.

(Hört, Hört!). Auf der einen Seite also verlangen Sie Beseitigung dieser höheren Schulen; auf der anderen Seite sagen Sie: Lehrer kann nur werden, wer das Abiturium einer solchen Schule besitzt: das ist Konsequenz; das wirkt so komisch, daß es nur aus dem Unverstand zu erklären ist (Zurufe von verschiedenen Seiten — Heiterkeit).

Damit verlasse ich diese Frage des Abiturums und wende mich nun zur zweiten Frage, nämlich zur Frage der Simultanität. Diese hat bei der Beratung des Gesetzentwurfes eine erhebliche Rolle gespielt — nach meiner Auffassung zu unrecht: denn diese Frage hat mit dem Gesetzentwurf überhaupt nichts zu tun gehabt, und es ist lediglich eine Ablenkung von der Hauptfrage gewesen (Abg. Dr. Engler: Sehr richtig!), wenn die Frage der Simultanität hier hereingetragen worden ist (Sehr richtig!). Das kam daher, daß in der Begründung des Gesetzentwurfes das ominöse Wort steht, die Anstalten in Freiburg und Heidelberg sollen konfessionellen Charakter haben. Der Herr Minister wird es mir nicht übel nehmen (Minister des Kultus und Unterrichts Remmele: Aha, jetzt weiß ich schon, was kommt!), wenn ich meine Auffassung dahin präzisiere: Es hätte nichts geschadet, wenn diese Worte nicht in der Begründung gestanden wären (Zurufe des Abg. Dr. Glockner). Damit wäre aber allerdings an der Sachlage gar nichts geändert; es wäre höchstens Ihnen eine erwünschte Gelegenheit genommen, anzurennen gegen irgend etwas; das wäre der ganze Unterschied. Aber, Herr Abg. Dr. Glockner, ich habe die feste Überzeugung: Wenn diese Worte nicht gewesen wären, gegen die Sie anrennen, dann hätten Sie einen anderen Happen gefunden, auf den Sie sich — und zwar mit demselben Eifer — gestürzt hätten. Ich bin sicher, Sie hätten sich genau so viel Zähne ausgebissen, wie Sie sich jetzt ausbeißen werden (Heiterkeit — Zuruf des Abg. Dr. Glockner) — nicht bei meiner Rede, sondern bei der Beurteilung der ganzen Frage der Simultanität.

Jetzt ist es aber nun doch einmal notwendig, daß man über die Frage der Simultanität etwas sagt. Ich habe es auch gar nicht zu scheuen; denn der Standpunkt, den meine Fraktion in dieser Frage einnimmt, ist so klar und läßt sich, wenn man ihn nicht verdreht, nach außen hin so gut vertreten, daß ich gar nichts zu verbergen habe, und daß ich die Verantwortung für diesen Gesetzentwurf nach außen hin durchaus tragen kann.

Unser Standpunkt hinsichtlich der Schule und hinsichtlich der Lehrerbildung ist der, daß wir nicht grundsätzlich für Simultanität eintreten und zwar deswegen, weil wir entsprechend unserem Programm für die sogen. freie Schule eintreten, eine Ausbildung der Lehrer und Gestaltung der Schule, bei der der Religionsunterricht ausgeschaltet und durchaus den religiösen Körperschaften selbst überlassen ist (Zuruf bei den Kommunisten: Dann werden Sie wohl unserem Antrag zustimmen!).

(Zu den Kommunisten gewendet): Das verstehen Sie nicht (Heiterkeit). Das ist unser Standpunkt, und wir haben noch nie einen Hehl daraus gemacht in der Beratung dieses Hauses, daß wir diesen prinzipiellen Standpunkt vertreten. Herr Dr. Schofer war vorhin selbst so liebenswürdig, daß er den Standpunkt der Sozialdemokratie etwas näher erläutert hat. Es wäre besser gewesen, wenn Sie mir das überlassen hätten (Heiterkeit). Ich habe wenigstens nicht die Absicht, den Standpunkt des Zentrums hinsichtlich der konfessionellen Schule zu erläutern (Heiterkeit). Aber Sie haben durchaus recht gehabt, insofern als Sie sagten: wir Sozialdemokraten wären Anhänger der freien Lehrerbildung und Sie seien Anhänger der konfessionellen Lehrerbildung, daß wir aber so nicht zusammenkommen. Es nützt aber nichts, daß jeder seinen prinzipiellen Standpunkt deklamiert und deklamatorisch hier vor-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

trägt, sondern wir müssen uns auf einem bestimmten Boden finden, wenn wir gemeinsam etwas schaffen wollen. Und dieser Boden, auf dem wir uns finden, ist die Aufrechterhaltung des tatsächlich bestehenden Zustandes in Baden. Da will ich dem Herrn Dr. Glockner eines gleich sagen: daß es überflüssig ist, daß er meinetwegen große Bücher wälzt und im Landtage Vorlesungen hält. Meine Eigenschaft ist es nicht, Bücher zu wälzen. Wer mich kennt, weiß, daß ich einen Horror vor Bücherlesen habe.

Ich will Ihnen folgendes sagen: Unser Standpunkt geht dahin, daß wir für Aufrechterhaltung des tatsächlich bestehenden Zustandes sind. Ich werde nachher noch feststellen, daß wir in vielen Fragen einig gehen, der Unterschied liegt wo anders. Nach meiner Auffassung kommt es gar nicht darauf an, welches von altersher der Rechtszustand ist, sondern es kommt darauf an, welches ist der tatsächlich bestehende Zustand, den wir seit Jahrzehnten etwa haben.

Der tatsächlich bestehende Zustand ist aber seit Jahrzehnten — das können Sie nicht bestreiten — der, daß wir Lehrerbildungsanstalten — oder bisher Seminare — hatten, in denen Schüler verschiedener Bekenntnisse nebeneinander waren, und in denen nur Schüler eines Bekenntnisses (Zuruf) — einen Konzessionsschulzen ausgenommen — sich befanden; es waren wesentlich in den verschiedenen Seminaren nur Schüler von katholischem oder evangelischem Bekenntnis, von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen. Das ist der tatsächlich bestehende Zustand; und dieser tatsächlich bestehende Zustand wird nicht geändert, sondern aufrecht erhalten und das können Sie nicht bestreiten (Zurufe). Herr Dr. Glockner! Ich frage Sie — die Erklärung des Ministers liegt vor — auf Ehre und Gewissen, ob Sie behaupten können, daß dieser tatsächlich bestehende Zustand durch den Gesetzentwurf abgeändert werden soll — nach der Gesetzesvorlage abgeändert werden soll? — Sie schütteln den Kopf, das genügt mir durchaus. Es ist also dann eine Übertreibung, um nichts Schlimmeres zu sagen, wenn in der Wahlkreiskonferenz der Demokraten nach der Oberländer Zeitung, einem demokratischen Blatt, der Herr Kollege Dees sich ausgedrückt hat: „Die Konsequenz der Zentrumspolitik zeigt sich jetzt in dem reaktionären Lehrerbildungsgesetz, das die Sozialdemokratie unter Bruch mit ihren vornehmsten Traditionen und Verleugnung ihrer kulturpolitischen Ziele unterstützt. Es sei unglaublich, daß heute ein sozialdemokratischer Kultusminister zur Konfessionalisierung der Lehrerbildungsanstalten seine Hand bietet und damit die erste Bresche in die badische Simultanschule lege." Das ist nicht richtig, Herr Dr. Mattes, wie Sie bei Ihren Weltanschauungsfreunden sich erkundigen können, und eine Verdrehung des Tatbestandes. Tatsächlich also muß Herr Dr. Glockner zugeben, daß durch diesen Gesetzentwurf an der Konfessionalisierung der Lehrerbildungsanstalten gegenüber dem bestehenden Zustand aber auch nicht ein Jota geändert wird, und es ist eine Böswilligkeit, zu behaupten, daß durch den Gesetzentwurf hinsichtlich der Konfessionalisierung etwas geändert wird. In der Begründung steht auch nur, was bisher bestanden hat, und daran soll nichts geändert werden (Zurufe). Ich werde Ihnen nachher noch etwas anderes dazu sagen. Ich sage also, das Gesetz bringt tatsächlich keine Änderung des bestehenden Zustandes (Zurufe). Nun sagen Sie, das Gesetz nicht, aber die Begründung. Herr Dr. Glockner! Sie sind ein viel zu guter Jurist (Präsident Dr. Baumgartner: Herr Abg. Marum, ich möchte Sie doch bitten, Ihre Reden an das ganze Haus zu halten und nicht bloß an einzelne Abgeordnete) — ich möchte sagen, der Herr Dr. Glockner ist doch ein viel zu guter Jurist, als daß er behaupten könne, daß die Begründung eines Gesetzes formelle Rechtskraft schaffe.

Aber die Begründung in diesem Gesetz enthält auch keine Änderung gegenüber dem bestehenden Zustand, auch nicht im allermindesten, wie er seit Jahrzehnten tatsächlich besteht. Dieser wird vollkommen aufrecht erhalten. Wir hätten dem Entwurf nicht zugestimmt, wenn hinsichtlich der Konfessionalisierung eine Verschlechterung gegenüber dem bestehenden Zustand eingetreten wäre. Das hätten wir nicht getan. Dagegen hätten wir uns mit Erfolg gewehrt, dazu wären wir Manns genug gewesen — auch ohne die Demokraten. Wir sehen aber auch ein, daß angesichts der politischen Kräfteverteilung — jetzt kommt die politische Dynamik — nichts anderes zu erreichen ist als die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes. Nun hat man in einer Zeitung der Deutschen Volkspartei versucht, mich lächerlich zu machen, weil ich das Wort „politische Dynamik" gebraucht habe. Ich habe es nicht erfunden, aber ich muß wirklich sagen: Ich finde an diesem Wort nichts Schlechtes, es trifft nach meiner Ansicht den Kern. Man kann zweierlei tun, entweder richtet man sich nach dem politischen Kräfteverhältnis, oder man will mit dem Kopf durch die Wand gehen (Heiterkeit), eines von beiden. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die mit dem Kopf durch die Wand wollen, wir wollen nur, was möglich ist nach Sachlage, und die Sachlage ist die, solange das Zentrum 28 Stimmen hat, solange das Zentrum die Stärke hat in Baden, ist es eben nicht möglich, in diesen Dingen eine Verbesserung des bestehenden Zustandes herbeizuführen gegen den Willen des Zentrums (Zurufe). Sie wollen doch nicht behaupten, oder glauben wollen, daß es etwa Ihnen gelungen wäre im Zusammengehen mit dem Zentrum, mehr zu erreichen, als es uns möglich war (Lachen beim Zentrum, Zurufe). Herr Dr. Mattes! Ich schätze Sie außerordentlich hoch ein, ich freue mich immer über Ihre politische Aktivität und Ihr Verständnis, aber es wäre eine Selbstüberschätzung, wenn Sie glauben würden, daß Sie angesichts der politischen Kräfteverteilung in Baden mehr erreicht hätten, wenn Sie mit dem Zentrum in der Regierung gewesen wären, als wir erreicht haben (Dr. Mattes: Ich traue eben der großen sozialdemokratischen Partei mehr zu!). Ich glaube, das ist nur ironisch gemeint, wenn Sie hier derartiges sagen.

Nun wird uns aber zum Vorwurf gemacht, wir hätten Grundsätze verraten. Es ist ja Herr Dees gewesen und es sind auch andere Herren gewesen, die den Vorwurf erhoben haben, wir hätten bei diesem Gesetz Grundsätze aufgegeben, Grundsätze deswegen, weil wir gegen den Antrag der Demokraten und der Volkspartei im Ausschuß gestimmt haben, durch welche die grundsätzliche Simultanisierung ausgesprochen werden sollte. Ich traue dem Verhältnis des Herrn Dr. Mattes und des Herrn Dr. Glockner und der anderen Mitglieder dieser beiden Fraktionen zu, daß sie durchaus verstanden haben, aus welchem Gesichtspunkt heraus man gegen einen Antrag stimmt und daß man gegen einen Antrag, den man prinzipiell für richtig hält, unter den gegebenen Umständen auch stimmen kann. Das haben Sie auch schon so und so oft getan, das kommt im parlamentarischen Leben so und so oft vor; und zwar deswegen kommt es vor, weil die Parlamente eben Parlamente und keine Debattierklubs sind (Heiterkeit). Hier handelt es sich nicht darum, theoretische Debatten zu führen, die ohne jede Resonanz nach außen hin sind, sondern hier handelt es sich darum, praktisch zu arbeiten und Gesetze zu machen; und da ist man genötigt, wenn man etwas erreichen will, zugunsten des erreichbaren Guten auf das noch

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Bessere eben im Augenblick zu verzichten. Dazu sind Sie im parlamentarischen Leben auch schon manchmal gezwungen gewesen. Ich weiß, Sie haben vernünftigerweise darnach gehandelt, aber niemand hat Ihnen deswegen den Vorwurf gemacht, daß Sie damit Grundsätze aufgegeben hätten.

Aber ich kann mich noch auf ganz andere Zeugen berufen. Wenn wir schuldig sind der Preisgabe von Grundsätzen, dann, bitte Herr Dr. Glockner, schlagen Sie an Ihre eigene Brust zuerst! — nicht an Ihre Brust persönlich, sondern versehen Sie dieses Amt des An-die-Brust-Schlagens bei dem früheren Herrn Staatspräsidenten Hellpach! Der ist dann noch in viel höherem Maße als wir schuldig der Preisgabe von Grundsätzen. Sie haben also den Standpunkt vertreten, daß in der Tat — de jure et de facto, hat Herr Kollege Obkircher gesagt — in Baden lediglich simultane Seminare seien und daß die konfessionellen Seminare lediglich noch geduldete Überreste seien; de jure und de facto seien in Baden lediglich simultane Lehrerseminare gewesen (Zuruf Dr. Engler: Auf deutsch!). Es heißt: rechtlich und tatsächlich seien in Baden lediglich simultane Lehrerseminare gewesen (Abg. Dr. Engler: Dann merkt man, daß es nicht stimmt! — Große Heiterkeit).

Ich will diesen Standpunkt einmal einen Augenblick als richtig annehmen. Wie ist dann in Baden vorgegangen worden? Es sind in Baden seit dem Jahre 1919, und zwar durch die Verordnung vom Jahre 1924, eine ganze Reihe von Seminaren abgebaut worden. Wir hatten ursprünglich 6 Seminare, von denen tatsächlich drei simultan waren, während drei tatsächlich einen konfessionellen Charakter gehabt haben. Konfessionellen Charakter hatten das Seminar in Ettlingen, das Seminar in Meersburg und das Seminar I in Karlsruhe. Das letztere war evangelisch, die beiden ersteren katholisch. Als es sich um die Aufhebung von Seminaren handelte, da sind auf Vortrag des Herrn Ministers Hellpach aufgehoben worden: das katholische Seminar in Meersburg.... (Auf Zuruf des Abg. Dr. Glockner:) In der Verordnung des Staatsministeriums steht es, im Schulverordnungsblatt steht es. (Auf einen weiteren Zuruf des Abg. Dr. Glockner:) Also dann will ich sagen: Das seinem Charakter nach, mit Ausnahme eines einzigen Konzessionsschulzen (Große Heiterkeit) von Katholiken besuchte Seminar in Meersburg ist aufgehoben worden (Zuruf des Abg. Dr. Glockner). Es ist aber weiter aufgehoben worden nicht etwa das katholische Seminar Ettlingen, das aufhebungsreif gewesen wäre, wenn man die simultanen Anstalten in Baden erhalten will, sondern das Seminar in Ettlingen ist bestehen geblieben. Und es ist auch nicht etwa das von Evangelischen, mit Ausnahme eines einzigen Katholiken, besuchte Comeniusseminar I hier aufgehoben worden, sondern dieses Seminar ist auch bestehen geblieben; vielmehr ist das simultane Seminar II in Karlsruhe von dem Herrn Hellpach aufgehoben worden (Lebhafte Rufe: Hört! hört! beim Zentrum und bei den Sozialdemokraten) und dieses Seminar II in Karlsruhe ist aufgehoben worden, trotzdem, technisch betrachtet, das Seminar II das bessere war gegenüber dem Seminar I (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Also ganz offenbar wollte — darüber könnte man ja Auskunft erlangen — der Herr Minister Hellpach das evangelische Seminar I nicht aufheben (Abg. Dr. Schofer: Hört!), sondern er wollte dieses Seminar bestehen lassen, und er hat anstelle dieses Seminars I, das eigentlich, technisch betrachtet, aufzuheben gewesen wäre, das simultane Seminar II aufgehoben. Ich habe aber nicht gefunden, daß deswegen beim Herrn Scheel in der „Neuen Badischen Landeszeitung" oder beim Herrn Dees in seinen Wahlkreiskonferenzreden behauptet worden wäre, der Herr Hellpach sei ein Reaktionär, er trage die Verantwortung für eine reaktionäre Verordnung, durch die ein simultanes Seminar aufgehoben worden sei.

Ich persönlich mache dem Herrn Staatspräsidenten a. D. Hellpach aus dieser politischen Tatsache keinen Vorwurf. Es wären andere Vorwürfe gegen ihn zu erheben; ich will es in diesem Zusammenhang nicht tun. Aus dem Umstand, daß er hier einmal negativ etwas getan hat, mache ich ihm keinen Vorwurf. Aber, wenn man Vorwürfe gegen uns erheben will, dann habe ich das Recht, zu sagen: Wenden Sie sich an den Herrn Hellpach! der hat in diesen Dinge sich eher der Sünde schuldig gemacht, als wir es tatsächlich getan haben. Warum Herr Hellpach das konfessionelle Seminar hat bestehen lassen? Herr Dr. Glockner, Sie sind nachher in der Lage, die Antwort darauf zu geben, weshalb Herr Hellpach, trotzdem das Seminar I besser eingerichtet ist als das Seminar II, das evangelische Seminar hat bestehen lassen, aber das simultane Seminar in Karlsruhe aufgehoben hat: und weshalb er das Seminar in Ettlingen, das wesentlich katholisch war, bestehen ließ und das simultane Seminar hier in Karlsruhe aufgehoben hat. Vielleicht finden Sie die Antwort darauf! (Auf Zuruf des Abg. Dr. Glockner:) Nun, ich bin sicher, daß Sie es wissen könnten. Ich kenne zwar das Geheimnis Ihrer Fraktionssitzungen nicht, aber ich nehme doch an, daß Ihr Nachbar, der Herr Kollege Hofheinz, den Herrn Staatspräsidenten a. D. Hellpach darüber befragt hat, weshalb er sich dieser Sünde schuldig gemacht hat (Abg. Hofheinz: Haben Sie eine Ahnung! — Heiterkeit). Ich nehme an, daß Herr Hofheinz den Herrn Hellpach über manches befragt hat. Ich nehme zwar an, daß Herr Hellpach Sie über noch viel mehr befragt hat! (Große Heiterkeit). Ich glaube, ich täusche mich nicht. Ich glaube, es sind sehr enge Verbindungen — was natürlich Ihr gutes Recht ist — in diesen Dingen zwischen dem früheren Herrn Minister Hellpach und Ihnen gewesen, so daß Sie in der Lage waren, durchaus Auskunft von dem Herrn Minister darüber zu erhalten.

Man macht uns zu Unrecht den Vorwurf, daß wir hier von unseren Grundsätzen irgend etwas aufzugeben haben, daß wir hier hinsichtlich der Konfessionalität eine Verschlechterung des bestehenden Zustandes befürwortet hätten. Ich wiederhole: unser Standpunkt ist der — und der ist auch zur Durchführung gekommen — daß hinsichtlich der Konfessionalität der tatsächlich bestehende Zustand aufrecht erhalten bleibt und daß daran nichts geändert, insbesondere nichts verschlechtert werden soll. Das ist erreicht worden.

Damit komme ich aber zu einem anderen Punkt, nämlich zu der Beantwortung folgender Frage: Um was handelt es sich überhaupt bei allen diesen Dingen bei dem heutigen Gesetzentwurf? Bei diesen Dingen handelt es sich gar nicht um eine technische und um eine weltanschauliche Frage, sondern hier handelt es sich um eine politische Frage (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Herr Abg. Dr. Glockner und meine Herren von der Demokratischen Fraktion, das möchte ich mit aller Bestimmtheit sagen. Ich wiederhole hier: wir sind weltanschaulich und schultechnisch in diesen Fragen von Ihrer Partei und Ihrer Auffassung lediglich dadurch unterschieden, daß wir in unseren Zielen radikaler sind und weiter gehen als Sie. Sie wollen nur die Simultanität, wir wollen mehr noch: wir wollen die freie Schule, und hinsichtlich der Einstellung zu der Frage der Nützlichkeit der konfessionellen oder simultanen Lehrerbildungsanstalten stimme ich mit Ihnen durchaus darin überein, daß simultane Lehrerbildungsanstalten und rein simultane Lehrerbildungsanstalten besser sind als konfessionelle.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Darum handelt es sich hier aber gar nicht, sondern hier handelt es sich um eine politische Frage. Ich bin vorhin schon in gewissem Umfange darauf zu sprechen gekommen. Entweder man deklamiert seine Grundsätze im Parlament, setzt sich dann wieder nieder und freut sich über die schöne Rede, die man gehalten hat, und die man in den Zeitungen dann lesen kann, oder man macht Politik. Das ist der Unterschied. Entweder man hält Reden, treibt Agitationspolitik, oder man treibt Realpolitik! (Zurufe des Abg. Haas). Und ich glaube, Sie werden es mir nicht zum Vorwurf machen können, Herr Abg. Haas, daß ich das anders gemacht habe, im Gegenteil, ich bin stolz darauf, daß wir hier in diesem Hause insbesondere seit sieben Jahre lediglich Realpolitik getrieben haben, und daß wir uns bemüht haben, in der Politik es so zu machen, daß wir nicht mit dem Kopfe durch die Wand wollen, sondern lediglich das durchführen, was zeitlich möglich ist. Man könnte es allerdings vielleicht so machen, wenn man die Mehrheit hat oder wenn man etwa mit Ihnen, der Volkspartei, den Kommunisten und vielleicht den Deutschnationalen zusammen ein Gesetz machen würde, — es würde zwar, glaube ich, ein schöner Wechselbalg werden (Heiterkeit). Ich möchte sagen, man könnte es vielleicht so machen, daß man heute oder im Schwunge der Begeisterung nach 1919 auf diesem Gebiet drei Schritte vorwärts geht, um dann aber wieder gezwungen zu sein zwei Schritte wieder zurück zu machen nach Art der Echternacher Spingprozession.

Das schätzen wir nicht, sondern es scheint mir viel vernünftiger, einen Schritt vorwärts zu tun und keinen Schritt zu unternehmen, von dem wir überzeugt sind, daß wir ihn nach einem Jahre wieder zurückmachen müssen (Zuruf). Der Antrag unserer Partei im Reichstag geniert uns gar nicht, sondern ich will Ihnen hier verraten, daß dieser Antrag von unseren Parteigenossen dort erst gestellt worden ist nach Rücksprache mit uns, und daß wir diesem Antrag durchaus zustimmen. Und wenn Sie etwa dafür sorgen wollen, daß durch Reichsgesetzgebung das Abiturium eingeführt wird, gut, dann sorgen Sie dafür, wir sind bereit, mitzuhelfen. Wir wollen dann aber einmal sehen, wenn im Reichstag dieser Antrag zur Verhandlung kommt, ob Sie tatsächlich die Abstimmungsliste des Reichstags als das Rhodus betrachten, wo Sie springen müssen, oder sie dort nicht etwa Haare in der Suppe finden und sich zurückziehen.

Ich sage also, es handelt sich darum, ob man Politik macht oder ob man Agitationspolitik macht. Und wir sind der Auffassung gewesen, daß man zurzeit nur das durchführen kann, was in dem Gesetz enthalten ist. Wir könnten es uns auch viel leichter machen, wir könnten uns bequem auf die Bank der Opposition zurückziehen, wie Sie es getan haben, die Herren von der Demokratie, sei es nun, daß sie es aus Verantwortungsbewußtsein oder aus Scheu vor der Verantwortung getan haben, ich lasse das völlig dahingestellt. Die einen sind dieser, die anderen jener Meinung. Wir könnten das auch machen, das wäre eine angenehme Politik. Aber wir sind der Auffassung, daß wir mit die Verantwortung für die Geschicke des Landes tragen, und daß wir demgemäß unsere Politik einzustellen haben, daß wir lediglich auf realem Boden Politik machen. Was würde es uns nützen, wenn wir jetzt mit der Opposition ein solches Gesetz machen wollten? Ich habe mich voriges Jahr schon auf den Standpunkt gestellt und stelle mich dieses Jahr wieder auf den Standpunkt, daß wir für dieses Gesetz eine Mehrheit schaffen müssen; und wenn ich mir eine Mehrheit für ein Gesetz schaffe, dann muß ich auch in einem Gesetzentwurf manches schlucken, was mir vielleicht nicht so bequem den Hals hinuntergeht. Herr Glockner, Sie haben sieben Jahre hindurch auch diesen Standpunkt vertreten, und ich bin sicher, Sie haben ebenso wie wir auch manchem Gesetze innerhalb dieser sieben Jahre zugestimmt (Abg. Dr. Glockner: Gewiß!), das Ihnen nicht so angenehm war; Sie haben es aber getan, weil Sie mit mir und mit uns allen der Auffassung waren, wenn man zusammen in einer Koalition ist, dann muß man eben die Politik machen, die von allen Koalitionsgenossen vertreten werden kann. Und, Herr Dr. Glockner, in diesem Sinne möchte ich sagen, tragen Sie und Ihre Partei mit die Verantwortung dafür, daß dieses Lehrerbildungsgesetz kam (Abg. Dr. Glockner: Oho!) (Zurufe von der Sozdem.: Jawohl!). Sie tragen mit die politische Verantwortung dafür, dadurch, daß Sie ohne jeden Grund sich der Regierungsbildung versagt haben (Abg. Dr. Glockner: Das ist Ihre Auffassung). Dadurch haben Sie mit die Verantwortung dafür übernommen, daß wir gezwungen waren, wenn wir nicht ein Durcheinander in Baden schaffen wollten, mit dem Zentrum allein eine Regierung zu bilden. Sie haben also durch Ihre Taktik uns gezwungen, gemeinsam mit dem Zentrum allein eine Regierung zu bilden. Das war uns selber nicht angenehm, es war auch dem Zentrum nicht angenehm, aber wir haben es getan, weil wir es nicht mehr ertragen konnten, daß damals Wochen hindurch das Land ohne Regierung blieb. Sie tragen aber jetzt auch mit die Verantwortung dafür, daß wir das Gesetz zusammen mit dem Zentrum machen müssen.

Nun ist aber das Gesetz tatsächlich gar nicht so schlecht (Abg. Dr. Glockner: Na!). Herr Dr. Glockner jetzt möchte ich Sie einmal ehrlich fragen — ich bin überzeugt, Sie geben mir auch ehrlich die Antwort auf Ehre und Gewissen —: Ist dieses Gesetz gegenüber dem bestehenden Zustand ein Rückschritt, oder ist es ein Fortschritt? (Zwischenruf des Abg. Dr. Glockner, weitere Zwischenrufe, Präsident: Ich bitte um Ruhe).

Herr Glockner, ich habe Lehrer genug gefragt, auch in meiner eigenen Partei und habe sie gefragt: Wenn ich Euch jetzt vor die Frage stelle, sollen wir das Gesetz zur Ablehnung bringen und es bei dem bisherigen Zustand lassen; welcher Zustand ist der bessere, der bisherige, oder der nach dem Gesetz? Da haben mir alle zur Antwort gegeben: Das Gesetz stellt einen Fortschritt dar gegenüber dem tatsächlich bestehenden Zustand. Und das kann auch kein Mensch ernstlich bestreiten, und auch von Ihnen, Herr Dr. Glockner, nehme ich an, daß Sie das nicht bestreiten und auch von Ihnen, Herr Dr. Mattes nehme ich an, daß Sie das nicht bestreiten (Abg. Dr. Mattes: Es frägt sich nur, um welches Gebiet es sich handelt). Daß dieses Gesetz ein Fortschritt ist gegenüber dem bestehenden Zustand und keine Verschlechterung ist auf dem Gebiete der Konfessionalität!

Aus diesen Gründen muß ich Ihnen sagen, sind wir durch die Reden der Opposition nicht überzeugt worden. Ich möchte aber noch eine Bemerkung machen, und zwar betrifft sie auch die Konfessionalität. Ich habe im Ausschuß schon Gelegenheit genommen über den Charakter der sogenannten konfessionellen Anstalten den Herrn Minister um eine Auskunft zu ersuchen; die Auskunft ist in dem Bericht enthalten, es wäre mir aber erwünscht, wenn sie auch hier öffentlich vor dem Lande gegeben würde; ich habe damals — Seite 14 des Berichts — in Betreff des konfessionellen Charakters der Anstalten festgestellt, daß nach meiner Auffassung auch in den konfessionellen Anstalten die Erziehung der Lehrer sowie der Lehrplan so sein muß, daß man immer dabei die Tatsache im Auge behält, daß die Kandidaten später an Simultanschulen zu unterrichten haben. Es muß also auch in den konfessionellen Anstalten der Geist der badischen Simultanschule bei der Er-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

ziehung in vollem Maße zum Ausdrucke kommen. Und über diese Frage hätte ich gerne auch hier eine Auskunft. Wenn aber diese Auskunft, wie ich nicht anders erwarte, ebenso ausfällt wie in der Kommission, so werden wir unter Ablehnung jedes Abänderungsantrags dem Gesetze unsere Zustimmung geben.

Ich wiederhole aber, auch wenn wir etwa jetzt die Anträge hinsichtlich der grundsätzlichen Simultanität und hinsichtlich der Hochschulbildung zur Ablehnung bringen, so ist damit durchaus nicht gesagt, daß wir Gegner der Simultanität, Gegner der Hochschulbildung, Gegner der freien Schule sind, wie es in dem Antrag des Herrn Abg. Bock ausgedrückt ist, sondern wir sind nur der Meinung, daß unter den gegenwärtigen Umständen und bei der augenblicklichen Beratung und nach dem Wort von der politischen Dynamik — unter den gegenwärtigen Umständen diese Anträge nicht angenommen werden können.

Wir hoffen, daß das Gesetz angenommen wird, und wir sind der Meinung, daß dann ein Zustand geschaffen ist, der zwar keine endgültige Lösung der ganzen Frage darstellt, der aber immerhin in den gegenwärtigen Zeitläuften als eine Lösung für einige Jahre — so fassen wir es auf — und als ein Schritt zu dem Ziele, dem wir zustreben, angesehen werden kann, und wir glauben nicht, daß wir vor ernsthaften Politikern es zu scheuen haben, daß wir die Verantwortung für diesen Gesetzentwurf übernehmen (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Der Präsident gibt folgende inzwischen eingekommene

Anträge

der Abg. D. Mayer-Karlsruhe und der Bürgerlichen Vereinigung bekannt:

Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, dem § 44 Abs. 2 Satz 2 des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes erhält folgende Fassung:

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts ist ermächtigt, ausnahmsweise zu dieser Prüfung auch solche Bewerber(innen) zuzulassen, die auf einem anderen als dem in Absatz 1 bezeichneten Weg sich ihre Ausbildung angeeignet haben.

Der Abg. D. Mayer-Karlsruhe, Behringer, Habermehl, Lang, Richter, Dr. Schmitthenner.

In § 45 ist der zweite Halbsatz (nach „hat") zu streichen.

Der Abg. D. Mayer-Karlsruhe und der Bürgerlichen Vereinigung:

Dem § 45 wird als Absatz 2 zugefügt:

Um die Ergreifung des Volksschullehrerberufs zu erleichtern, werden Aufbauschulen im Rang der höheren Lehranstalten eingerichtet, denen Heime anzuschließen sind.

Die Anträge erhalten die Nummer und Bezeichnung 100o, 100p, 100q und werden mit zur Beratung gestellt.

In der allgemeinen Beratung erhalten weiter das Wort

Abg. **Obkircher** (D. Vp.):

Der Herr Abg. Marum hat zu Beginn seiner Rede seinem Erstaunen darüber Ausdruck gegeben, daß die sogenannten Oppositionsparteien, d. h. die Parteien, die voraussichtlich nicht für das Gesetz stimmen, ihre Stellung zu dem Gesetz nicht so prononciert zum Ausdruck gebracht haben, daß er an sich Anlaß hätte, dazu noch das Wort zu ergreifen. Er hat aber dann so ziemlich alles behandelt, was uns Anlaß zu Beanstandungen und zur Ablehnung des Gesetzes gibt. Es ist nicht umsonst, daß jetzt schon in der Presse in einer doch immerhin ungewöhnlichen Weise über dieses Lehrerbildungsgesetz, verhandelt und geschrieben wird, und zwar in Angriffen gegen die Parteien, die nicht für das Gesetz eintreten werden, die in ihrer Form nicht mehr als das bezeichnet werden können, was zulässig ist.

Ich habe hier einen Artikel aus der „Freiburger Tagespost" mit der Überschrift „Sabotageversuche der nationalliberal-kommunistischen Oppositionsgemeinschaft — Großblock in neuer Form". Der Artikler kann kein Abgeordneter sein, ich würde das Abgeordnetenhaus beleidigen, wenn ich das annehmen würde (Zuruf bei der Deutschen Volkspartei: Sehr gut!), es kann also nur ein anderer Mann sein, der aber immerhin von einem Abgeordneten instruiert sein muß, denn der Artikler ist sehr genau unterrichtet über die Vorgänge im Haushaltsausschuß. Dieser Artikler zerbricht sich zunächst einmal des längeren sehr geistreich den Kopf darüber, wer der tatsächliche Führer der Deutschen Volkspartei sei, denn es sei merkwürdig, daß in der zweiten Lesung des Haushaltsausschusses nicht der Herr Abg. Dr. Mattes, sondern der Abg. Obkircher die Stellung seiner Fraktion vertreten hat. Es heißt dann „Der mißerfolgerprobte Führer" — der mißerfolgerprobte Führer ist Dr. Mattes, wobei der Artikler dies Wort, das Dr. Mattes selbst einmal von einem anderen früheren Abgeordneten gebraucht hat, anwendet —. „Der mißerfolgerprobte Führer" scheint bald Herrn Obkircher, dessen Erfolge allerdings auch noch nicht erwiesen sind, Platz machen zu müssen" . . . usw. Dann weiter: „Im Haushaltsausschuß hatte bei Beratung des Lehrerbildungsgesetzes Herr Dr. Mattes die Kulturkämpferei zu ungeschickt betrieben. Er wurde vermutlich deswegen durch den als Bruder des bekannten Kulturkämpfers Obkircher auf diesem Gebiete erfahrenen Abgeordneten Staatsanwalt Obkircher aus Freiburg ersetzt." Es wird also da ganz munter und nett erklärt, daß wir nach einem Führer suchen, der besonders erfahren ist in Kulturkämpfen und dabei habe ich im Haushaltsausschuß in der zweiten Lesung mit allem Ernst, der mir zu Gebote steht, die Erklärung abgegeben, daß uns nichts ferner liegt, als der Wunsch, in die Kämpfe zurückzukehren, die früher vor Jahrzehnten die Bevölkerung und das Land Baden zerrissen haben. Dann sollte man auch in der Presse nicht mit derartigen Vorwürfen kommen, die in eine so hämische Form gekleidet sind. An anderer Stelle des genannten Artikels ist von den Rowdymethoden dieser parlamentarischen Obstruktion die Rede, die zwar einem Abg. Bock recht gut anstehen würden, aber dem Herrn Obkircher und dem Herrn Glockner ihrer Stellung nach nicht. Ich muß sagen, ich habe gewiß keine allzugroße Gemeinschaft mit dem Herrn Abg. Bock (Zuruf des Abg. Bock: Gar keine!). Aber so unanständig wie dieser Artikel, ist seine Kampfesweise nicht (Zuruf: Sehr gut!). Wenn ich nun den Standpunkt der Partei noch einmal grundsätzlich vertrete, tue ich das nicht, wie Herr Kollege Engler scherzhaft von sich sagte, weil ich als Jurist davon nichts verstehe, sondern ich rede als Politiker und weil diese Frage unendlich wichtig, hochwichtig vom Standpunkt der allgemeinen Politik und für die ganze kulturelle Entwicklung des badischen Landes ist.

Was ist die Aufgabe der Erziehung, um auch darauf mit ganz kurzen Worten zurückzukommen? Wir wollen den Kindern und sollen den Kindern zunächst möglichst umfassende Kenntnisse beibringen, wir sollen sie zu Pflichtgefühl, Pflichtbewußtsein, Pflichterfüllung gegen Familie und Allgemein-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

heit erziehen, zur Arbeitsamkeit, zu moralisch und sittlich empfindenden Menschen, die gefestigt sind im harten Kampf des Lebens, wir wollen sie aber auch erziehen zum Verständnis für Andersdenkende, zur gegenseitigen Duldsamkeit, zur Toleranz, so wie wir die Toleranz verstehen und das ist die Aufgabe der Schule an sich.

Um diese zu erreichen, um die Kinder zur gegenseitigen Duldsamkeit zu erziehen, braucht der Lehrer noch nicht einer bestimmten Kirchengemeinschaft anzugehören. Sittlich hochstehende Menschen können auch fern von jedem Kirchenglauben an sich stehen, aber für die überwiegende Mehrzahl ist der Glaube an Gott und an ein Jenseits, an eine über allem Irdischen stehende Macht, der wir verantwortlich sind für unser Tun, unentbehrlich und deshalb ist die Religion und ist für die Kinder der Relegionsunterricht in der Schule eine absolute Notwendigkeit, die durch nichts ersetzt werden kann und der Erzieher und Lehrer wird sich dieses hervorragenden Erziehungsmittels nicht begeben wollen. Er wird sich dessen bedienen müssen, um sein Ziel wirklich zu erreichen. Deshalb legt die übergroße Zahl der Lehrer großen Wert darauf, den Religionsunterricht selbst zu erteilen und auch den allgemeinen Unterricht von christlichem Geiste durchwehen zu lassen.

Wenn dieser Unterricht gut sein soll, muß er frei sein von konfessioneller Einseitigkeit und Gebundenheit und, wenn ich das einmal sagen darf, von Überheblichkeit. Ein Land von der konfessionell starken Mischung wie Baden, muß besonders darauf achten, daß diese Grundlage in der Schule gewahrt wird und aus dieser Erkenntnis heraus ist die simultane Volksschule in Baden entstanden, die aber die Religion als Pflichtfach aufgenommen hat und diese Simultanschule hat gutes geleistet und hat sich im Volke eingelebt und das Volk will auch heute nichts anderes, wenn es nicht gegenteilig beeinflußt und bearbeitet wird. Es ist kein Herzenswunsch des Volkes, die Simultanschule ersetzt zu bekommen durch eine konfessionelle Schule (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei). Man soll das Volk in Ruhe lassen, dann ist es ganz zufrieden mit der Simultanschule. Aber heute (Abg. Dr. Engler: Da sind wir ja einig!) — sind wir einig? aber es scheint mir: nur einig im Grundsatz — in der Praxis jedoch nicht (Erneuter Zuruf von Abg. Dr. Engler) —, also heute handelt es sich um die Ausbildung derjenigen Lehrer, die an diesen gemischten Volksschulen unterrichten sollen.

Zunächst zur Frage der allgemeinen Vorbildung ein Wort: Der Zustand, den wir bisher gehabt haben, ist unhaltbar, weil eben die dem Lehrer gestellten Aufgaben heute — nach dem Krieg und bei der durch unsere Verhältnisse bedingten mangelnden Erziehung, bei den allgemein und besonders auch psychisch schwierigen Verhältnissen der Eltern und Schüler — ungemein viel umfangreicher, größer und schwerer geworden sind. Die Lehrer haben selbst schon längst die in dieser Beziehung bestehenden Mängel ihrer Ausbildung empfunden. Über eine so große Bewegung — über eine Bewegung, die durch einen ganzen Stand hindurchgeht — kann man nicht einfach mit einer Handbewegung hinweggehen, indem man sagt: „Die wollen ja diese höhere Ausbildung in der Hauptsache doch nur deshalb haben, weil sie dann höher in den Gehaltstarif eingestuft werden wollen!" Bei dem einen oder dem anderen mag dieses Motiv mitbestimmend gewesen sein; wenn jedoch ein so großer Stand sich in dieser Weise, geradezu leidenschaftlich einer Bewegung hingibt, und wenn er das mit der Forderung begründet, daß seine Mitglieder eine höhere Ausbildung haben müssen, um ihrer Aufgabe gerecht zu werden, dann muß daran schon ein wahrer und berechtigter Kern sein; dann muß es sich um ein von den Lehrern selbst tief empfundenes Bedürfnis handeln.

Dazu kommt noch ein weiterer Grund; der liegt in der Unmöglichkeit für diejenigen Lehrer, die nun einmal unter dem bisherigen Ausbildungsgang Lehrer geworden waren, einen anderen Beruf zu wählen. Denn sie hätten eben einfach nicht die für solch einen anderen Beruf nötige Vorbildung. Diese Tatsache zwingt einfach dazu — und sie hat auch uns und mich gezwungen — zu erkennen und anzuerkennen: So wie bisher geht es nicht weiter! es kann nicht weiter gehen, ohne daß man den Lehrern diejenige Allgemeinbildung gibt, wie sie eben nur die höheren Schulen vermitteln können.

Ich identifiziere mich keineswegs mit allen Forderungen der Lehrer; es sind ganz gewiß viel übertriebene dabei. Weiter verschließe ich mich auch nicht der Notwendigkeit, daß der Zugang zum Lehrerberuf vom Lande her ermöglicht werden muß. Hier liegt ganz gewiß ein sehr wichtiges soziales Moment; denn sehr wertvolle Kräfte für den Lehrerstand kommen von „unten herauf" und kommen gerade auch vom Lande.

Ferner verschließen wir uns auch nicht der Notwendigkeit, daß die Ausbildung für die Eltern tragbar gemacht werden und finanziell ermöglicht werden muß; ebensowenig verschließen wir uns der Rücksicht, die wir auf die Staatsfinanzen, auf die Steuerkraft des Staates zu nehmen haben: Deshalb vertreten wir denn auch in der überwiegenden Mehrzahl unserer Fraktion durchaus nicht die Forderung des Hochschulstudiums. Wir sind nicht der Meinung, daß für die Lehrer das Hochschulstudium unbedingt nötig ist. Für den Beruf des Lehrers brauchen wir schließlich keine Gelehrten, sondern Männer, die mit guten Kenntnissen ausgerüstet (Sehr richtig!), vor allem aber gute Erzieher sind, Männer, die es auch — und das ist sehr wesentlich! — wirklich verstehen, ihren Schülern während der Entwicklungsschwierigkeiten Freund und Berater sein zu können: dazu aber ist die Hochschule kein Erfordernis. Ich bestätige eine Äußerung, die im Laufe des Tages heute schon gemacht worden ist: Man macht durchaus die Erfahrung, daß viel häufiger unter den Volksschullehrern Leute zu finden sind, die in engem Konnex, in enger Verbindung mit ihren Schülern stehen, als unter den Lehrern der höheren Schule; wenn diese Lehrer ein viel tiefer eindringendes Verständnis für ihre Schulkinder zeigen, so mag der Grund vielleicht noch darin liegen, daß der Volksschullehrer zugleich auch Klassenlehrer ist, daß er den Schüler ganz ununterbrochen zu unterrichten und immer mit ihm zu leben hat, während die Lehrer an den höheren Schulen als Fachlehrer nur in einzelnen Fächern unterrichten.

Wenn wir also sagen, daß die Hochschule nicht unbedingtes Erfordernis für den Lehrer ist, so sprechen wir mit umso größerem Nachdruck aus: Ohne die Allgemeinbildung, wie eine höhere Schule sie vermittelt, also ohne das Abitur, geht es nicht! Bis zur Obersekunda sind die höheren Schulen nun doch einmal nur Lernschulen — und erst von da ab, in der Prima wird auf den von dieser Lernschule vermittelten Lernstoff aufgebaut: Dort erst erfolgt die eigentliche Krönung dieser Art von Bildung.

Nun sieht der vorgelegte Gesetzentwurf allerdings das Abitur als Regel vor; aber es steht schon die Hintertüre offen, durch welche die Primareifen hereinkommen dürfen — und daran wird auch durch den sozialdemokratischen Antrag, der nunmehr vom Haushaltsausschuß angenommen worden ist, nichts geändert —: Sehr bald aber wird diese Hintertüre dann das Hauptportal sein, durch das die Mehrzahl der späteren Lehrer in den Lehrberuf hineinkommt. Denn es werden sich doch wenig Eltern finden, die — wenn sie die Möglichkeit

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

haben, schon mit drei Jahren nach Abschluß der Schule ihre Kinder zu Lehrern werden zu lassen — dann ein viertes Jahr dreingeben werden; das wird sich ja schon aus finanziellen Gründen verbieten. Der Vorkurs, wie er hier vorgesehen ist, kann das zweite Primajahr nicht ersetzen. In diesem Vorkurs müssen die Schüler überfüttert werden; es kann gar nicht anders sein. Nichts aber ist schädlicher als ein derartiger Unterricht; und niemand ist bedauerlicher als Menschen, die eine Bildung in sich hineingepfropft bekommen haben, mit der sie nichts anzufangen wissen, so daß sie Halbgebildete sind, die wirkliche „Bildung" nicht genossen haben.

Nun wird freilich eingewendet: Ja, wir werden nur die Gutbefähigten nehmen. In einem solchen Vorkurs — der von dem Herrn Abg. Bock ganz richtig als „Quetsche" bezeichnet worden ist — werden es also, wie man glaubt und hofft, die „Gutbefähigten" schon schaffen. Da muß man zunächst die Frage aufwerfen: was heißt denn „gut befähigt"? was soll bei der Wertung als Maßstab dienen? Sollen vielleicht da allein die Noten ausschlaggebend sein? Das wäre ein großer Irrtum? (Abg. Schreck: Gut katholisch soll einer sein!). Während der Ausschußberatungen haben wir immer gehört: „Selbstverständlich werden wir nur „gute" Abiturienten für den Lehrerberuf nehmen — nur Leute mit der Note „gut"! selbstverständlich werden wir aus der Obersekunda nur Gutbefähigte, „also wohl nur Leute mit der Note gut" übernehmen!" Dabei bedenkt man nicht, daß es der Zahl nach so viele Leute, soviel Abiturienten und soviel Obersekundaner mit „Gut" gar nicht gibt, als notwendigerweise in den Lehrerberuf hineinkommen müssen. Man bedenkt weiter nicht, wie man doch allgemein die Erfahrung macht, daß diese sogenannten Musterschüler, diese Leute mit der Note gut, im Leben beileibe nicht immer die Tüchtigsten sind; ich bin durchaus nicht der Überzeugung, daß das, diese Note „gut", wirklich die Voraussetzung dafür bildet, daß jemand ein guter Lehrer wird.

Dann ist aber weiter noch auf einen Umstand hinzuweisen. Sobald wir dann die Zöglinge der eben bezeichneten Art durch den Vorkurs hindurch- und in die eigentlichen Ausbildungskurse an den Lehrerbildungsanstalten hineingebracht haben, dann haben wir doch in der Tat zwei Kategorien von Lehrern: Die einen sind die sog. Primareifen — die anderen sind Abiturienten. Es wird schon ungemein schwer, wenn nicht überhaupt unmöglich sein, dann diese zwei Kategorien zusammen zu unterrichten. Denn die einen (die aus dem Vorkurs Hervorgegangenen) sind eben wirklich nicht in gleichem Maße allgemein ausgebildet wie die Abiturienten; es wird also, um das nochmals zu betonen, sehr schwer sein, diese beiden Arten zusammen zu bringen und zusammen zu unterrichten. Und dieser Unterschied wird durch das ganze Leben hindurchgehen: durch das ganze Lehrerleben hindurch werden die einen die „Minderen" sein — es ist schon gesagt worden, daß sie dann vielleicht die Lehrer „für das Land" sind —; die anderen, das werden eben die Abiturienten, die „Besseren", sein.

Darum versprechen wir uns nichts von diesen Vorkursen. Wenn man denn doch schon einmal mit Recht, wie das ja auch die Regierungsvorlage tut, das Abitur primär als notwendige Voraussetzung ansieht, dann muß man eben auch die Hintertüre entschieden ganz zumachen und muß sagen: dann soll das Abitur auch die einzige Voraussetzung sein.

Wenn ich — der ich ja nicht Schulfachmann bin — das ausspreche, so sage ich es nicht nur von mir aus, sondern ich habe mich darüber mit Schulfachleuten unterhalten: darunter gerade auch mit den von seiten des Chefs der Zentrumspartei so sehr geschätzten Herrn Rohrhurst, der ganz gewiß von den Dingen etwas versteht, der die allergrößten Bedenken gerade gegen diesen Vorkurs zum Ausdruck gebracht hat. Aus diesen Erwägungen erklärt sich unser Antrag auf Strich des Absatzes zwei des § 45. Wir halten das für eine ganz unglückliche Lösung und sind der Meinung, daß das Abitur die einzige Voraussetzung sein müßte.

Nun werden natürlich Bedenken erhoben, die dahin gehen, daß es dann vom Lande an Zugang fehle, daß es den Eltern, die draußen auf dem platten Lande und in den kleinen Städten leben, wo nur siebenklassige Schulen sind, aus finanziellen Gründen nicht möglich sein wird, ihre Söhne Lehrer werden zu lassen. Dagegen ist zu sagen: Dem begegnet unser Antrag, der die Aufnahme von solchen Primanern in die Heime verlangt, deren Erziehungsberechtigte erklären, daß ihre Söhne in den Lehrerberuf eintreten wollen. Wenn gesagt wird, das gehöre nicht in das Gesetz hinein, so sind wir der Meinung, gerade, weil die Bedenken erhoben werden, soll schon in dem Gesetz ausgesprochen werden, daß diese Bedenken nicht bestehen, daß es den Eltern draußen auf dem Lande möglich sein wird, ihre Schüler aus der Sekunda heraus in die Prima von höheren Schulen in den Städten zu tun, ohne daß ihnen erhebliche Kosten erwachsen.

Nun sagt man weiter: Die Kosten des Staates müßten berücksichtigt werden. Gewiß, ich berücksichtige die auch, und wenn ich mir das überlege, sage ich: Für die Ausbildung sind die Kosten bei unserem Voranschlag geringer, denn der Vorkurs fällt völlig weg. Die Kosten werden allerdings abgeladen auf die Eltern, aber die müssen eben mit in Kauf genommen werden und werden durch unseren Antrag erleichtert, falls er angenommen werden würde.

Dann wird gesagt, es entständen zu große Kosten durch die Einstufung. Darin ändert sich nichts gegenüber dem Vorschlag der Regierung. Es werden später einmal alle, ob sie den Vorkurs oder das Abitur gemacht haben, völlig gleich eingestuft werden müssen.

Nun zu den Lehrerbildungsanstalten: Wenn die Schüler aus dem Abitur herauskommen, sollen sie in die Lehrerbildungsanstalt in den zweijährigen Kurs kommen. Wir sind völlig einverstanden mit diesem Teil des Gesetzentwurfs; wir halten das für völlig richtig und zweckmäßig. Ich muß sagen, ich strauchle auch nicht an der Unentgeltlichkeit. Ich halte sie für richtig und die Einwendungen, die hiergegen erhoben worden sind, scheinen mir nicht berechtigt zu sein. Man muß in der Tat den Zugang zum Lehrerberuf so viel wie möglich erleichtern, damit der Aufstieg von den ärmeren Klassen, von dem Lande, von der Arbeiterschaft in den Lehrerberuf ermöglicht wird. Soweit betrachten wir den Entwurf der Regierung als einen Fortschritt, den wir anerkennen. Aber nur insofern, denn in allem anderen, worauf ich jetzt zu sprechen komme, scheint mir der Gesetzentwurf gegenüber dem bisherigen Zustand ein bedeutender Rückschritt zu sein. —

Da komme ich denn auf das vielerörterte Gebiet der Simultanität. Gewiß, im Gesetz steht nichts darüber, aber in der Begründung steht der Satz, daß die zwei Anstalten konfessionell sind. Dieser Satz ist eben gefährlich und muß uns zu denken geben. Als der Herr Minister diesen Satz hineingeschrieben hat, hat er wohl nicht bedacht, welche Folgen das haben wird und wir — ich muß es sagen — sind ihm dankbar, daß er diesen Satz hineingeschrieben hat, daß er gezeigt hat, was beabsichtigt ist. Nun ist versucht worden, was im Haushaltsausschuß des längeren und breiteren erörtert worden ist, zu sagen, es handele sich nur um die Aufrechterhaltung des status quo, und auch der Herr Abg. Marum und

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Herr Dr. Schofer haben das ja auseinandergesetzt, es handele sich lediglich um den bestehenden Zustand.

Und es sind seitens des Herrn Ministers und der anderen Herren längere geschichtsentwickliche Darlegungen gemacht worden. Da geht es einem nun merkwürdig. Man hat dasselbe Material, das seitens der Regierung und von seiten der hier herrschenden Parteien verwendet wird, und doch kommt man zu einem gänzlich verschiedenen Ergebnis, obwohl man zeitlebens gewohnt ist, möglichst objektiv an eine Sache heranzugehen und nur das herauszulesen, was herausgelesen werden kann. Es wird gesagt, wir hätten de jure und de facto, rechtlich und tatsächlich schon konfessionelle Lehrerbildungsanstalten, solche mit konfessionellem Charakter gehabt. Nun will ich diese ganzen Verhandlungen vor dem Jahr 1876 und nach dem Jahr 1876 ganz gewiß nicht wiederholen, aber noch einzelne, besonders prägnante Tatsachen und Aussprüche muß ich doch noch einmal kurz darlegen. Bis zum Jahre 1876 haben wir ja keine gemischten Schulen gehabt. Was bis dahin war, spielt meines Erachtens überhaupt keine Rolle. Es ist klar, daß, wenn man konfessionelle Schulen hat, man auch konfessionelle Lehrerbildungsanstalten hat.

Im Jahre 1876 ist es anders geworden, und ganz logischer und konsequenterweise ist im Landtag 1876 der Antrag gestellt worden, daß auch die Lehrerbildungsanstalten simultan, d. h. gemischt gestaltet werden sollten. Der Herr Abgeordnete Kiefer hat damals davon gesprochen, daß es dem Geiste und Wesen der gemischten Schule entspräche, auch gemischte Seminare einzurichten. Es ist dann die bekannte Resolution gefaßt worden, die von dem Landtag angenommen worden ist. Und wenn wir damals schon die heutigen Verfassungsform gehabt hätten, wäre damals das schon erreicht worden, was jetzt erreicht werden sollte nach unserer Meinung (Zuruf). Wenn damals schon die heutige Verfassung gewesen wäre, wäre das damals für die Regierung Zwang gewesen, die Lehrerbildungsanstalten nicht nur de jure, sondern auch de facto, zu gemischten Anstalten zu machen. Es ist aber damals nicht geschehen. Der Minister Jolly hat es nicht für zweckmäßig gehalten, daß jedem Zögling freigestellt werde, in welche Anstalt er wolle. Dagegen hielt sich die Regierung für ermächtigt, in Seminare der einen Konfession auch Lehrer der anderen Konfession einzustellen. In diesem Sinne seien die Seminare gemischt. Also schon im Jahre 1876 — das hat Staatsminister Jolly damals erklärt — sind die Seminare gemischt (Zuruf beim Zentrum: In dem Sinn!). In diesem Sinne, daß sich die Regierung für ermächtigt hält, auch Lehrer anderer Konfessionen dort einzustellen.

Im Jahre 1877 hat dann der Vorstand der Oberen Schulbehörde, der spätere Minister Nokk erklärt, einen einseitig konfessionellen Charakter hätten die Seminare nie gehabt, im Gesetz sei nirgends der konfessionelle Charakter ausgesprochen, die Oberschulbehörde lasse daher die konfessionelle Bezeichnung fort. Es ist also damals schon die konfessionelle Bezeichnung fortgelassen worden. Und weiter, er werde auch bei eintretender Vakatur ohne erste Rücksichtnahme auf die Religion vor allem ein Augenmerk auf die Tüchtigkeit richten.

Dann kam bekanntlich der vielerörterte Antrag Ihrig und Gen. im Jahre 1908, bei dem Abg. Ihrig ausgeführt hat:

> „Wenn wir auch gesetzlich keine konfessionellen Seminare haben, so haben wir sie doch tatsächlich, weil z. B. Meersburg und Ettlingen keinen evangelischen Religionsunterricht haben . . "

Der Minister von Dusch, der ja mehrfach von Herrn Dr. Schofer zitiert worden ist, hat allerdings ausgeführt, er vermöge in dem Zustand, daß in Meersburg und Ettlingen vorwiegend katholische Schüler sind, eine Änderung nicht eintreten zu lassen, aus praktischen Gesichtspunkten, weil man ja sonst einen eigenen Religionslehrer einrichten müsse.

Der Antrag ist ja damals in der Kammer auch abgelehnt worden.

Aber schon im Jahre 1910 ist der Antrag Frank gekommen:

> „Die Regierung wird ersucht, bei allen badischen Lehrerseminaren den von ihr grundsätzlich anerkannten simultanen Charakter praktisch alsbald zum Ausdruck zu bringen."

Und der Abg. Frank, der die Dinge doch schließlich auch hat beurteilen können, hat dazu ausgeführt:

> „Die Regierung hat auf dem früheren Landtage schon erklärt, daß die Seminare selbstverständlich grundsätzlich konfessionell gemischte Seminare seien und sein sollten."

Und nun sagt derselbe Herr von Dusch, der zum Gegenbeweis gegen uns zitiert wird:

> „Wir erkennen dadurch an, daß es nicht dem Sinne unserer Gesetze entsprechen würde, wenn etwa grundsätzlich gewisse Seminare zu konfessionellen gestaltet würden."

Und dann hat er jenen berühmten Ausspruch getan:

> „Es geht gegen den Religionsunterricht der Lehrer (Sehr richtig! beim Zentrum). Das ist wohl die Spitze, die der ganze Antrag hat."

Das ist nun in gar keiner Weise maßgebend, was Herr Minister von Dusch damals vermutet hat (Widerspruch beim Zentrum). Es ist ihm damals von sämtlichen Parteien alsbald mit dem allergrößten Nachdruck, nicht zum wenigsten von dem Abg. Dr. Frank, erklärt worden, es sei nicht angängig, daß man einem Antrag etwas anderes unterstellt, als er sagt, und man verwahre sich gegen einen solchen Vorwurf (Abg. Seubert: Der Herr von Dusch hat Sie durchschaut!). Der Herr von Dusch, ist von Herrn Dr. Schofer gesagt worden, war gewiß kein Zentrumsmann. Das war er nicht, er war ursprünglich ein nationalliberaler Mann, und ich will durchaus nicht an sich seine liberale Gesinnung bestreiten. Aber ebenso sicher ist, daß Minister von Dusch damals sehr häufig im Gegensatz zu seiner Partei, zur Nationalliberalen Partei stand (Abg. Hertle: Zum Großblock!), und daß er eben schon damals gezwungen war, vielfach eine Stellung einzunehmen, die ihm das Wohlwollen der schon damals sehr mächtigen Zentrumspartei nicht verscherzt hat (Lachen und Ohorufe beim Zentrum). Ja, Sie lachen darüber; aber so jung bin ich nun auch nicht, daß ich an diese Dinge und an diese Vorgänge nicht noch eine sehr genaue Erinnerung hätte, und ich weiß sehr genau, wie oft man doch recht den Kopf schütteln mußte über gelegentliche Stellungnahme des Ministers von Dusch (Sehr richtig! in der Mitte). Und wenn der Herr Minister von Dusch damals auch diese Meinung gehabt hat, nun, so haben ihm sämtliche Vertreter der Partei sofort erwidert und sich dagegen verwahrt. Mit demselben Nachdruck verwahren wir uns heute gegen den Vorwurf (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei), daß unsere Stellungnahme zu dieser Frage irgendetwas mit der Frage des Religionsunterrichts in der Schule oder des Religionsunterrichts durch den Lehrer zu tun hat.

Der Direktor des Oberschulrats, von Sallwürk hat sich damals folgendermaßen geäußert — auch im Jahre 1910 —:

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

„Es ist von uns schon ausgesprochen worden, daß wir die Seminare als simultane Anstalten ansehen, und tatsächlich ist diesem Standpunkt auch Ausdruck gegeben worden in den Fällen, wo einmal in einer vorwiegend katholischen Gegend protestantische Zöglinge gelegentlich Aufnahme fanden . . ."

Es kehrt immer wieder wie ein roter Faden: In den Anstalten, deren Rekrutierungsgebiet vorwiegend katholisch bezw. evangelisch ist, wird man aus praktischen Gründen nicht wegen eines oder zweier oder dreier Protestanten, die in diese Anstalt wollen, einen eigenen Religionslehrer einstellen. Deshalb werden wir tatsächlich das vermeiden. Aber grundsätzlich, und auch gelegentlich hinsichtlich der Zöglingszuweisung, sind die Anstalten simultan. Und mit viel größerem Nachdruck noch wird immer betont: sie sind simultan vor allem hinsichtlich des Lehrpersonals an den Lehrerbildungsanstalten.

Wie der Abg. Frank sich damals zu dieser Frage geäußert hat, das kann ich vielleicht nachher in einem anderen Zusammenhang, wenn ich mich noch etwas mit der Sozialdemokratie beschäftigte, sagen.

Es ist dann die ganze Frage im Jahre 1910 in der I. Kammer verhandelt worden, und eben derselbe Minister von Dusch hat sich wörtlich geäußert:

„Der Lehrkörper ist also gemischt, und es hat das Ministerium nach der Resolution der II. Kammer vom vorigen Landtag ausdrücklich ausgesprochen, daß es sein Wunsch sei, daß der grundsätzliche Charakter der Seminare insoweit zum Ausdruck komme, daß nicht ausschließlich Lehrer einer Konfession dem betr. Lehrkörper zugewiesen werden."

Und der bekannte Abg. Wilckens, der den Bericht in der I. Kammer gemacht hat, hat sich dahin geäußert:

„Daß die Lehrerbildungsanstalten in unserem Land keine konfessionellen, sondern simultane Anstalten sind, ist nicht nur die Anschauung der Regierung, sondern auch diejenige der Kommission. Spricht auch keine gesetzliche Bestimmung diesen Charakter der Lehrerseminare ausdrücklich aus, so handelt es sich doch unter allen Umständen um einen Verwaltungsgrundsatz, der seit 1877 bei uns festgehalten worden ist und nach Einführung der gemischten Schule wohl auch vom Standpunkt der Natur der Sache aus, richtig erscheint."

Und dann jener bekannte und viel erörterte Antrag der Kommission, der im wesentlichen sagt, daß in unserem Land keine konfessionellen, sondern simultane Anstalten sind, daß gewisse praktische Erwägungen bei der Zuweisung von Zöglingen maßgebend sein können, daß vorwiegend katholische bezw. evangelische in den Anstalten sind, daß dagegen — und das ist der dritte Punkt, auf den ich Nachdruck legen will, weil er leicht verschwiegen wird — daß dagegen, auch insoweit die genannten drei Seminare in Betracht kommen, die konfessionelle Mischung des Lehrerseminars, wie solche zur Zeit schon stattfindet, beibehalten werden soll.

Das ist die geschichtliche Erkenntnis, die ich aus dem Studium der Akten gewonnen habe, und ich kann es nicht verstehen, wie man darnach davon reden kann, daß der status quo ein anderer sein soll als der:

1. Wir haben mindestens seit dem Jahre 1876 grundsätzlich keine Seminare mit einseitig konfessionellem Charakter (Sehr richtig! in der Mitte!).
2. Aus praktischen Gründen sind in den Anstalten in vorwiegend katholischen Gebieten überwiegend katholische Schüler, und umgekehrt, gewesen, um Religionslehrer zu ersparen.
3. Beim Lehrerpersonal sollte nur auf Befähigung Rücksicht genommen werden.

Wenn uns eine Statistik aus dem letzten Jahre oder aus diesem Jahre vorgelegt worden ist, aus der hervorgeht, daß das in der letzten Zeit anders war, so beweist das nur, daß wir schon einige Jahre eine Regierung haben, die natürlich ganz besonders großen Wert darauf legt, die Anstalten allmählich den konfessionellen Anstalten anzugleichen; sonst beweist das gar nichts.

Und wenn nun nach der Begründung des Gesetzes die Absicht dahin geht, konfessionelle Anstalten zu errichten, so ist das eben eine grundlegende Änderung des bisherigen Zustandes (Sehr richtig! in der Mitte). Denn bisher haben wir grundsätzlich keine Anstalten mit konfessionellem Charakter gehabt; wenn diese Neuerung auch nicht im Gesetze steht, so steht sie in der Begründung, und ich habe schon im Ausschuß darauf hingewiesen. Die Begründung ist Auslegungsmaterial für das Gesetz, und wir haben nicht für alle Zeiten den Herrn Minister Remmele, sondern wir haben auch einmal andere Minister, und immer, nach Jahrzehnten noch, wird es heißen: hier ist es zum ersten Mal in der Begründung des Gesetzes festgelegt, daß wir Seminare mit konfessionellem Charakter haben (Abg. Dr. Schofer: Das ist etwas Fürchterliches!). Herr Dr. Schofer, Sie haben die Einleitung meiner Rede nicht gehört, sonst hätten Sie vielleicht vernommen, aus welchen Gründen ich dazu komme, dagegen Stellung zu nehmen (Abg. Dr. Schofer: Ich werde es mir sagen lassen). Also es ist eine grundsätzliche Änderung (Zwischenruf des Abg. Dr. Schofer). Wenn Sie es hiermit zugeben wollen, daß es eine grundsätzliche Änderung ist, dann will ich das akzeptieren (Abg. Dr. Schofer: Nein). Das wollen Sie nicht (Abg. Dr. Schofer: Fällt mir nicht ein — Heiterkeit). Grundsätzlich ist aber noch etwas anderes geändert; grundsätzlich ist doch die Lehrerbildung geändert oder soll geändert werden, aber nach einer anderen Richtung. Grundsätzlich haben wir jetzt die ganze Lehrerbildung auf eine neue Basis gestellt. War haben die bisherigen Seminare aufgehoben, errichten drei neue Seminare, von denen eines katholisch in Freiburg und eines evangelisch in Heidelberg sein soll, und da fallen nun die praktischen Erwägungen, die die früheren Regierungen dazu gebracht haben, nach Meersburg und Ettlingen vorwiegend katholische Schüler zu tun, vollständig weg (Abg. Dr. Mattes: Sehr richtig!). Denn nunmehr liegen diese Anstalten in einem konfessionell gemischten Gebiet. In Freiburg kommen nicht nur die katholischen Gegenden des Schwarzwalds, des großen Amtsbezirks Freiburg, des Bezirks Staufen usw. in Betracht, sondern es kommt der ganze evangelische Kaiserstuhl, dann der evangelische Bezirk Emmendingen, das Markgräflerland usw. in Frage, und es wäre deshalb auch nach diesen früheren praktischen Erwägungen nicht zu verstehen, wenn man jetzt in Freiburg eine rein katholische, und in Heidelberg, wo die Dinge umgekehrt liegen, wo nicht nur evangelische Gegenden um Heidelberg herumliegen, sondern der ganze Odenwald, daß man dort eine evangelische Anstalt errichtet.

Also was damals aus praktischen Gründen, um Religionslehrer zu sparen, dafür gesprochen hat, es so zu gestalten, das ist heute in Wegfall gekommen, und deshalb ist es, wenn man nun heute trotz dieser Änderung sagt, wir wollen kon-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

fessionelle Anstalten errichten, ein grundlegender Unterschied gegen früher und eine ganz neue Situation.

Aber auch die Anstalt in Karlsruhe scheint mir als simultane Anstalt gefährdet zu sein. Ich kann daran nicht vorbeigehen. Ich habe im Haushaltsausschuß schon erklärt, man muß auch nach außerbadischen Ländern sehen, und da haben wir in Preußen gesehen, daß dem Antrag der Deutschen Volkspartei, wenigstens eine Anstalt simultan zu errichten, der Minister begegnet ist mit der Bemerkung, daß das nicht ginge, weil der preußische Episkopat damit gedroht habe, den Zöglingen aus simultanen Anstalten die missio canoncia nicht zu erteilen. Es liegt mir vollständig ferne, die Maßnahme des Episkopats irgendwie zu kritisieren. Ich stelle nur die Tatsache fest, und ich fürchte, daß, wenn wir eine simultane Anstalt in Karlsruhe haben, vielleicht eine ähnliche Erklärung abgeben wird, und dann haben wir in Karlsruhe jedenfalls auch keine wirklich gemischte Anstalt, sondern eine Anstalt, in der jedenfalls Katholiken nicht sind. Die fallen da weg, und für diese Anstalt kommen nur noch evangelische, dann Juden, Dissidenten in Betracht. Jedenfalls haben wir das nicht, was wir wollen, die konfessionell gemischte Erziehung, die wir bei unseren simultanen Volksschulen und bei der konfessionellen Mischung unseres Volkes als etwas unbedingt wünschenswertes und Notwendiges ansehen. Wie sagt doch Dr. Frank zu dieser Angelegenheit? Ich kann es auch nicht besser sagen, als er es zum Ausdruck gebracht hat: „Eine Regierung, die ernstlich der Meinung ist, die gemeinsame Erziehung der verschiedenen Konfessionen liege im Staatsinteresse, die kann einfach stichhaltige Gründe nicht mehr vorbringen, wenn man sie frägt: Warum erzieht Ihr denn die Lehrer nicht selber nach den gleichen Prinzipien, die Ihr bei den Schülern für richtig haltet? Wie sollen denn die Lehrer später die Grundlehren der Toleranz den Kindern einpflanzen, wenn sie selber mehrere Jahre getrennt von ihren Kollegen anderer Konfessionen erzogen werden? Hier verlangen wir, daß die Regierung Farbe bekennt." In der Tat, das scheint mir der richtige Standpunkt zu sein, den auch wir vertreten.

Wenn wir nun an der simultanen Volksschule festhalten wollen — und das wollen wir doch — dann müssen wir auch hier Front machen gegen den Versuch, die Lehrerbildungsanstalten zu konfessionellen Anstalten zu machen; täten wir es nicht, würden wir dazu schweigen, dann wären wir — ich will einmal ein Wort des Herrn Dr. Schofer, das er in anderem Zusammenhange gebraucht hat, anwenden — in der Tat Trottel (Heiterkeit). Und weil wir keine Trottel sein wollen, deshalb sind wir so frei und führen das an und stemmen uns dagegen, daß hier der Versuch gemacht wird, die Anstalten in der Weise umzugestalten (Abg. Dr. Schofer: Glauben Sie denn, wir seien Trottel?). Nein, Herr Dr. Schofer: Das glaube ich nicht (Abg. Dr. Schofer: Gut. Sie hätten es gerne, wenn wir es wären. — Vizepräsident Maier-Heidelberg: Ich glaube, diese Frage sollten wir außerhalb des Hauses erörtern). Ich entspreche dem Wunsche des Herrn Präsidenten und komme zu meinem Thema zurück.

Der Standpunkt der Zentrumspartei in dieser Frage ist ja natürlich ganz verständlich. Wenn man auf dem Boden der konfessionellen Volksschule steht und diese erstrebt und für richtig hält, dann bereitet man die konfessionelle Volksschule natürlich am besten dadurch vor, daß man zunächst einmal die Lehrerbildung konfessionell gestaltet. Aber dahin geht auch der Weg. Und wenn es dann soweit ist, daß wir konfessionelle Volksschulen haben, dann geht es an die höheren Schulen und schließlich an die Hochschulen. Weil wir das nicht wollen, deshalb sind wir so frei und sagen: Hier heißt es Achtung geben und dagegen auftreten. Wenn wir auch bei unserer zahlenmäßigen Schwäche das nicht erreichen, was wir wollen, so machen wir doch in gewissem Sinne hier Kulturgeschichte, und deshalb sollen die Dinge auch ausgesprochen werden (Zuruf vom Zentrum: Kulturkampf!).

Wir wollen es deswegen in dem Gesetz ausgesprochen haben und dahin geht unser Antrag (große Unruhe). Wenn die Herren mit dem Privatgespräch zu Ende sind, dann kann ich ja vielleicht weiter fahren (I. Vizepräsident Maier-Heidelberg: Das Wort hat immer noch der Herr Abg. Obkircher!).

Wir wollen es deshalb in dem Gesetz ausgesprochen haben, daß die Lehrerbildungsanstalten grundsätzlich simultan sind. Das ist die beste Sicherung für das, was wir wollen. Platonische Erklärungen eines Ministers, der ja sterblich ist — ich meine nicht, daß ich das hoffe, aber die Ministerherrlichkeit ist ja immerhin vergänglich — die genügen uns selbstverständlich nicht (Abg. Dr. Schofer: Sie könnten ja einmal sein Nachfolger werden!). Ich habe keinen Wunsch und kein Verlangen darnach (Unruhe — Glocke des Präsidenten).

Deshalb ist unser Antrag gestellt, und wenn der Antrag mit der Simultanität abgelehnt wird, dann behalten wir uns vor, den Versuch zu machen, daß in Form einer Resolution ausgesprochen wird, was wir wollen. Ich bin dann sehr begierig, ob die Sozialdemokratie bei ihrem grundsätzlichen Standpunkt, den sie ja hinsichtlich der Simultanität hat, dann die Möglichkeit hat, auch zur Resolution nein zu sagen.

Der Standpunkt der Sozialdemokratie, bei der ich nun angelangt bin, ist nun etwas anders zu beurteilen, als der der Zentrumspartei (Zuruf: Wir verzichten!). Ja, ob Sie verzichten oder nicht, das ist ganz gleichgültig. Ich weiß ja, daß Sie gebunden sind in Ihrer Abstimmung, und daß ich Sie nicht mehr überzeugen kann. Aber das, was wir sagen wollen, das sagen wir nicht für die heutige Minute und Stunde, sondern das sagen wir für die spätere Zeit, damit man auch einmal darauf zurückgreifen kann.

Also der Standpunkt der Sozialdemokratie, der ja durch die Redner dargelegt worden ist, ist der: Wir sind für Simultanschulen, ja sogar für konfessionslose Schulen und freie Schulen. Aber nach dem berühmten „Gesetz der Dynamik", nach den Machtverhältnissen usw. können wir nichts anderes erreichen. Ich habe vollständiges Verständnis für diese Situation. Die Situation ist auf eine kurze Formel gebracht, die: entweder machen wir das Gesetz so, oder die Regierungskrise ist da (Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei). Also ich verstehe das und ich verstehe sehr gut, daß man gelegentlich einmal Kompromisse schließen muß, in Steuerfragen, in Wirtschaftsfragen usw., aber wenn es sich doch um so wesentliche Grundsätze in kulturellen Fragen handelt, sollte man, bevor man sie aufgibt, doch etwas stärker sein (Zuruf des Abg. Dr. Engler: Wären Sie so stark wie die Zentrumspartei, könnte man es mit Ihnen machen! — Heiterkeit). Wenn Sie nicht so sehr gegen den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung gestimmt hätten, wäre Ihnen ein solches Gesetz jedenfalls nicht zugemutet worden. Dadurch, daß Sie sich dagegen gestemmt haben, haben Sie erreicht, daß das Gesetz vor Sie hingelegt wird und es heißt: Friß Vogel oder stirb! (Zuruf des Abg. Maier-Heidelberg: Sie wären ein letzter Bundesgenosse gewesen!) (Unruhe). Ich kann ja warten, bis sich die Herren fertig unterhalten haben.

Es geht aber nicht nur mir so, daß ich kein Verständnis für die Stellungnahme der Sozialdemokratie habe, es geht

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

sehr vielen Wählern der Sozialdemokratie selbst so. Ich habe hier die „Volkswacht" vom 9. März, wo über den scharfen Protest der sozialdemokratischen Lehrer berichtet wird. Schärfer können wir die Sozialdemokratie in dieser Haltung auch nicht beurteilen, als es hier geschehen ist. Nur weil ich schon ziemlich lang gesprochen habe, will ich davon absehen, das noch zu verlesen (Zuruf des Abg. Maier-Heidelberg: Lesen Sie es nur vor!). Es ist vielleicht ganz gut, wenn es in die Landtagsakten kommt (Zuruf des Abg. Dr. Schofer: Da steht schon manches drin!):

„In letzter Stunde richten wir an unsere gewählten Volksvertreter den ernsten Appell, sich darauf zu besinnen, daß es auch ein Kulturprogramm in der Sozialdemokratie gibt. Vor einem Jahr erst ist es in Heidelberg neu formuliert worden."

„Die Leistungsfähigkeit einer Schulart ist erster Linie abhängig von der Vorbildung und Auslese ihrer Lehrerschaft. Das ist eine Selbstverständlichkeit. Wer also die Volksschule haben will, in der 90 oder mehr Prozent unserer Kinder ihre Ausrüstung fürs Leben und ihre staatsbürgerliche Erziehung erhalten, die insbesondere die Schule der Kinder des arbeitenden Volkes ist, der muß sich auch entschließen, ihren Lehrern eine vollwertige Vorbildung angedeihen zu lassen, die sie befähigt, die schwierige und wichtige Aufgabe der Jugenderziehung zu erfüllen. Eine vollwertige wissenschaftliche Bildung aber ist heute nur unter drei Voraussetzungen möglich:

— Ich will dann nur noch das eine verlesen: —

1. Sie muß in ihrem weltlichen Teil, also in allen Fächern mit Ausnahme des Religionsunterrichts, unabhängig von kirchlichen Bedürfnissen und Ansprüchen, also interkonfessionell sein."

Das ist der Standpunkt ihrer Anhänger. Ich wundere mich, wenn Sie so überzeugt sind von der Richtigkeit Ihres Standpunkts, warum Sie gestern gefehlt haben, als die Versammlung in Karlsruhe war, obwohl Sie eingeladen waren, zu erscheinen, um die Stellung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion darzulegen. Da haben die Herren Marum und Maier-Heidelberg gefehlt. Sie werden ihren Grund gehabt haben. Sie können ihren Standpunkt nicht anders vertreten, als mit dem einen kurzen Satz: Nach den Gesetzen der Dynamik ist es nicht möglich, d. h. mit anderen Worten, wir wollen in der Regierung bleiben und deshalb nehmen wir das Gesetz an, wie es ist (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Sie machen keine Geschäfte damit!). Ich bin kein Kaufmann, der Geschäfte machen will, ich bin als Parlamentarier und Politiker dazu da, solche grundsätzliche Fragen zu erörtern und nicht Geschäfte zu machen (Zuruf des Abg. Maier-Heidelberg: Ausgerechnet von der Fraktionsdrehscheibe!). Wenn ein Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, die gerade im Begriff ist, ihre Grundsätze aufzugeben, von der Fraktionsdrehscheibe spricht, macht sich das besonders gut. Und nun frage ich, ob wir deshalb, weil wir diesen Standpunkt einnehmen, Kulturkämpfer und religionsfeindlich sind, schlimmer als die alten „Nazzen" und wie die Dinge heißen, die Dr. Föhr in der Freiburger Tagespost auseinandersetzt und wie Dr. Schofer es wiederholt. Es ist deswegen doch nicht wahr.

Wir kämpfen um eine Kulturfrage, aber wenn Sie sagen, wir wollten den alten Kulturkampf, meinen Sie damit etwas anderes, meinen Sie damit, wir wollten eine religionsfeindliche Politik, eine kirchenfeindliche Politik treiben. Das ist nicht wahr, das wollen wir nicht (Zuruf des Abg. Dr. Föhr: Die Alten haben es auch nicht zugegeben!). Es ist von Herrn Dr. Schofer sehr schön und gut und wahr davon gesprochen worden, daß wir seit jenen Tagen, als man kulturgekämpft hat, vieles erlebt haben, daß man gemeinsame Schicksale im Feld und in der Heimat über sich hat ergehen lassen, daß man dadurch zusammengekommen ist und daß man hoffen sollte, frei zu sein von solchen Kämpfen. Ich gebe Ihnen da vollständig recht. Auch wir haben diese Zeiten miterlebt, auch wir haben gehofft, daß man über vieles, was uns früher getrennt hat, hinauskommt, auch wir haben im Krieg und in der Heimat zusammengearbeitet zum gemeinsamen Wohl des Landes und Volkes, zusammen mit allen Schichten und Konfessionen. Ich persönlich habe mit sehr vielen katholischen Geistlichen zusammengearbeitet und zusammengewirkt. Es war eine Kriegsgemeinschaft, es war eine Schicksalsgemeinschaft und es war — das vielgenannte und vielmißbrauchte Wort — eine Volksgemeinschaft. Aber eine Volksgemeinschaft kann man nicht aufrecht erhalten, wenn man immer wieder eine konfessionelle Absonderung wünscht und treibt, sondern nur dadurch, daß man die verschiedenen Konfessionen zusammenführt, daß man die Gegensätze überbrückt, daß man zur Duldsamkeit erzieht und wir sind nun einmal der Meinung, daß die Simultanschule, die gemischten Schulen und deshalb die Lehrerbildungsanstalten auf dieser Grundlage dazu größere Gewähr bieten, als wenn die Kinder und die jungen Leute, die Lehrer werden wollen, absondert und abtrennt von den anderen (Zuruf des Abg. Dr. Schofer: Und vor allen Dingen keine alten Kulturkampfanträge abschreibt und einbringt!). Wir haben das nicht getan, wir haben nicht abgeschrieben, sondern Anträge gestellt, die notwendig sind und wir sind verpflichtet zu tun, was wir für richtig halten.

Der dritte Punkt, der uns zu Beanstandungen des Gesetzes Anlaß gegeben hat, der aber gerade so wichtig ist, wie der andere, das ist der § 44, Absatz 2, Satz 2, der sagt: „Es sind zur Prüfung auch solche Bewerber zuzulassen, die ihre Ausbildung auf andere Weise erworben haben, als durch den vorgeschriebenen Bildungsgang." Hier ist eben auch nicht der status quo eingehalten? Hier ist durch das Wörtchen „sind" eine ganz andere Bedeutung hineingekommen. Es hat bisher geheißen, „es können zugelassen werden", dagegen habe ich schließlich nichts, aber in den Worten „es sind zuzulassen" ist eine Bindung der Regierung ausgesprochen, die einmal sehr schädlich und sehr abträglich werden kann, immer vorausgesetzt, daß man auf dem Standpunkt steht, daß die Simultanschulen das notwendige und gegebene sind. Da wird nun gesagt, dadurch, daß wir durch unseren Antrag diese Bestimmung beseitigen wollen, daß wir, wenn die vollständige Beseitigung des Satzes nicht möglich ist, wollen, daß es dann wieder wie bisher heißt, „können" ausnahmsweise zugelassen werden, dadurch sollen wir eine Ausnahme ganz allgemein von anderen wissenschaftlichen Berufen verlangen, wir sollen Despotie getrieben haben, die Freiheit eingeschränkt haben und doch ist auch das nicht richtig (Zuruf des Abg. Dr. Schofer: Kuttenangst!). Ich komme auf die Kuttenangst zu sprechen, Herr Dr. Schofer. Nun, wenn wir damit eine Einschränkung der Freiheit eine Ausnahme wollten, dann besteht diese „Ausnahme" in allen wissenschaftlichen Berufen und in allen Laufbahnen für mittlere Beamte. Ich sehe mich vergeblich um bei den Juristen, den Ärzten, den Technikern: ob es irgendwie möglich ist, zu einem Examen zugelassen zu werden, wenn man nicht vorher einen ganz genau vorgeschriebenen Bildungsgang an den Hochschulen und nachher bei Behörden durchgemacht hat! Und ebenso verhält es sich bei den mittleren Beamten.

Also nicht das, was wir wollen, ist eine Ausnahme, sondern dasjenige, was hier — entgegen der bisherigen Rege-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

lung — festgestellt werden soll, ist als Ausnahme zu bezeichnen.

Und nun komme ich zu der Behauptung von der „Beschränkung der Freiheit": Ja, jede Freiheit, auch im freiesten Staat muß ihre Schranken haben! (Sehr richtig auf der rechten Seite — Zuruf vom Zentrum), sie muß ihre Schranken finden an den Lebensinteressen des Staats selbst (Erneuter Zuruf).

Soeben hat Herr Abg. Dr. Schofer wieder gemeint, es sei „Kuttenangst (Zuruf vom Zentrum: Ja!). Ich habe ihm schon einmal im Ausschuß und, wie ich glaube, neulich auch hier schon erwidert, es liege keine Kuttenangst vor — und zwar einmal deshalb, weil ich das Wort „Angst" nicht gerne auf mich angewendet haben möchte (Abg. Dr. Schofer: Ja, die Kuttenangst!). Es hat etwas, was mir nicht und, wie ich glaube, auch meinen Fraktionsfreunden nicht liegt. Wir haben also keine Angst, und vor allem haben wir keine Angst vor den „Kutten" — ein etwas despektierlicher Ausdruck! also sagen wir: Vor den Ordensgeistlichen haben wir durchaus keine Angst; diese wirken gewiß an ihrem Ort und an ihrer Stelle außerordentlich segensreich.

In jenem Artikel, den ich schon erwähnt habe, wird nun der Herr Abg. Dr. Föhr noch deutlicher, indem er sagt, es sei abgesehen „auf die Zöglinge aus klösterlichen Anstalten". Nun, wenn Sie denn so offen sind, dann sehe ich nicht ein, warum nicht auch ich ganz offen sein soll, und so wollen wir denn ganz offen über diesen Punkt reden. Wenn wir wünschen, daß unsere Lehrer nicht einseitig konfessionell ausgebildet sein sollen, dann müssen wir diejenige Entwicklung verhüten, von der wir fürchten, daß sie eben aus dieser Bestimmung sich ergeben könnte. Ich will Ihnen auch sagen, in welcher Weise diese Entwicklung verlaufen würde: Es wird (auf Grund dieser Bestimmung) sehr bald eine Reihe von katholischen Lehrerseminaren geben — vielleicht, das kann wohl sein, in Klöstern, vielleicht da und dort auch in Gestalt privater katholischer Lehrerseminare —; dort werden die Zöglinge ausgebildet (Abg. Dr. Schofer: Natürlich!); sie werden sich dann in großer Anzahl zur Prüfung melden und sie müssen zugelassen werden (Zuruf des Abg. Dr. Schofer), weil das Gesetz es vorschreibt. Ob der in Betracht kommende Minister nun Remmele oder sonst wie heißt, man muß sie zulassen! Dann aber haben sie natürlich auch Anspruch auf Anstellung. Bei dieser Entwicklung werden wir aber sehr bald mehr einseitig konfessionell ausgebildete, als solche Lehrer haben, die in den staatlichen Lehrerbildungsanstalten simultan ausgebildet worden sind. Eben das aber wollen wir nicht.

Wir wollen, daß in unserer Simultanschule, in unserer „gemischten" Schule Lehrer angestellt sind, die ebenfalls nicht einseitig konfessionell, sondern in gemischten Anstalten ausgebildet worden sind. Denn die logische Folge einer solchen Entwicklung wäre dann wieder die, daß wir auch konfessionelle Volksschulen bekämen — und wenn wir das nicht wollen, so müssen wir uns schon jetzt dagegen stemmen.

Der Herr Abg. Maier-Heidelberg hält das Zentrum „für viel zu klug, um etwas derartiges zu riskieren". Und weiter hält er — „wenn es doch so kommen sollte" — eine Änderung für möglich. Dagegen, Herr Kollege Maier, muß ich aber sagen: Ich halte das Zentrum für noch viel klüger (Heiterkeit), nämlich für so klug, daß es diese Entwicklung sehr genau sieht (Sehr richtig! bei den Kommunisten), und daß es diese Entwicklung auch will, daß es konsequent dahin treibt (Sehr richtig! bei den Kommunisten) und seine Absicht auch durchführt (Widerspruch bei der sozialdemokratischen Fraktion — Maier-Heidelberg: Nein, nur wenn Sie nicht auf dem Damme sind! — Heiterkeit). Wie brauchen Sie dabei (Heiterkeit — Zurufe). Und wenn Sie nun sagen (Zuruf des Abg. Dr. Schofer): „Falls das Zentrum etwas derartiges versuchen sollte, dann sind wir ja da, um das wieder abzuändern", so muß ich demgegenüber aussprechen: Es ist immerhin nicht sicher, ob man solche Änderungen dann auch wirklich durchführen kann; jedenfalls stehe ich auf dem Standpunkt (Abg. Maier-Heidelberg: Es ist kein Verfassungsgesetz und wir haben keinen Großblock mehr! — Zurufe und Heiterkeit). Ich sage: jedenfalls stehe ich auf dem Standpunkt: Warum sollen wir denn erst springen, wenn das Kind im Brunnen drinn liegt — statt daß wir vorher den Brunnen zudecken?! Deshalb unsere Anträge in dieser Beziehung! und deshalb, Herr Kollege Maier-Heidelberg, darf ich wohl noch einmal in dieser letzten Stunde an Sie die Frage richten, ob Sie sich denn wirklich diese von mir skizzierte Entwicklung so sorgfältig und genau überlegt und ob Sie die Folgen so ernst bedacht haben, um die Verantwortung dafür übernehmen zu können, daß Sie dieses Gesetz in seiner jetzigen Fassung, in seiner jetzigen Form annehmen können. Ich glaube (Abg. Maier-Heidelberg: Wir glauben halt noch an unsere Zukunft, Ihr aber habt scheint's wenig Hoffnung! — Heiterkeit — Glocke des Präsidenten), Sie sind schon bei einem bedenklichen Stillstand angekommen, und wenn Sie eine Politik wie diese heutige betreiben — daß Sie Ihre eigene Grundlage aufgeben —, dann werden Sie bald zum Verschwinden kommen (Zuruf von sozialdemokratischer Seite: Dann kommen die Leute zu Ihnen, dann können Sie ja froh sein).

Ich sage Ihnen — ob das Ihnen nun angenehm ist oder nicht —: Sie laden eine schwere kulturgeschichtliche Schuld auf sich, wenn Sie dieses Gesetz annehmen! — Sie werden es annehmen und Sie werden die Folgen erleben. —

Nun sagt der Herr Abg. Dr. Föhr in seiner so überaus liebenswürdigen Schreibweise (Heiterkeit, Abg. Dr. Schofer: Er ist bei Ihnen in die Schule gegangen! — Erneute Heiterkeit). Ich bin ja nicht Lehrer. Wenn er bei mir in die Schule gegangen wäre, so hätte er den Artikel nicht geschrieben; dessen kann ich Sie versichern. (Erneute Heiterkeit und Zurufe: Das glaube ich!).

„Die alten Nazzen" —

— so sagt der Herr Abg. Dr. Föhr —

> „sind wieder da und die Politik dieses Liberalismus kann man charakterisieren als steuerpolitische Bankrotteurpolitik und öde Kulturkämpferei, als Intoleranz und Unfreiheit, als Gewaltpolitik, wie sie dem alten Nationalliberalismus immer eigen war."

(Abg. Seubert: Sehr richtig!).

Lassen Sie mich abrücken von dieser Form des Kampfes. Vielleicht sollte ein Abgeordneter, auch wenn er in der Presse schreibt, eine etwas gemäßigtere Form wählen (Abg. Dr. Schofer: Und von Ihrer Presse in Mannheim?) Herr Abg. Dr. Schofer, Sie sprechen jetzt von „unserer" Presse in Mannheim. Ich habe auf die Mannheimer Presse gar keinen Einfluß. Wenn ich Artikel schreibe, so schreibe ich meinen Namen dazu; der Herr Abg. Dr. Föhr hat seinen Namen ja auch dazu geschrieben (Abg. Dr. Schofer: Ich schreibe meinen auch dazu!). Ich freue mich darüber. Ich finde es überhaupt sehr richtig, daß, wenn Abgeordnete Artikel schreiben, sie diese auch mit ihrem Namen zeichnen: Dann aber können Sie mir auch nicht „meine" Presse entgegenhalten, sondern höchstens Artikel, die ich selbst geschrieben und mit meinem Namen gezeichnet habe. Aus solchen

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

von mir herrührenden Artikeln aber werden Sie mir diese Form des Kampfes niemals nachweisen können.

Zur „steuerpolitischen Bankrotteurpolitik" lassen Sie mich doch etwas sagen. Die Vorlage der Regierung bringt ja an sich ganz sicherlich für den Staat gewisse Lasten. Dafür aber sind wir nicht verantwortlich; denn hier handelt es sich um eine Vorlage, welche die Regierung einbringt — und die Sie ja genehmigen wollen. Unser Antrag auf Strich der Vorkurse verbilligt die Ausbildung und verringert die Kosten des Staates (Zurufe beim Zentrum), weil der Vorkurs wegfällt. Die Einstufung in eine höhere Gehaltsklasse ist die Folge der Regierungsvorlage; sie wirkt sich aber erst in beiläufig acht Jahren aus (Zuruf vom Zentrum: Darin liegt's). Unsere übrigen Anträge in kultureller Hinsicht kosten den Staat keinen weiteren Pfennig Geld.

Es ist also ein von einem verantwortlichen Abgeordneten erhobener Vorwurf, wir trieben „steuerpolitische Bankrotteurpolitik", immerhin recht — nun, ich will einmal sagen: „recht abseits". Ich muß die Behauptung deshalb mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Ich komme zum Schluß. Mit Befriedigung haben wir seinerzeit in der Regierungserklärung den Satz gelesen, daß die Regierung den Frieden zwischen Kirche und Staat wolle. Wir waren vollständig damit einverstanden; nur darf der Friede nicht zum Nachteil der gegenseitigen Duldung der Angehörigen verschiedener Konfessionen und Weltanschauungen geschlossen werden. Freie — nicht konfessionell gebundene — Menschen sollen die Lehrer sein, und in diesem Sinne sollen sie auch unsere Jugend erziehen (Zuruf des Abg. Dr. Schofer). Das ist kein Angriff auf die Religion (Erneuter Zuruf des Abg. Dr. Schofer). Das ist kein Angriff auf die Religion, im Gegenteil.

Ich wiederhole zum Schluß: Wir kennen die Religion als ungemein wichtigen Erziehungsfaktor und als deshalb an der Schule unentbehrlich absolut an. Das ändert aber nichts an unserem Standpunkt. So verstehen wir die wahre Toleranz. Unsere Haltung ist diktiert von dem Grundsatz „Principiis obsta!". Wir wollen hier, wo eine Entwicklung beginnt, die wir nicht billigen können, für die wir nicht eintreten, mit aller Klarheit und Schärfe unsere Meinung zum Ausdruck bringen. Wir wollen deshalb keinen Kampf, aber wie Sie so frei sind, Ihre Meinung zu sagen, nehmen auch wir uns das Recht, unsere Meinung zu sagen. Wir sind am Beginn eines Weges, der in ein Land führt, in dem auch die Sozialdemokratie sich nicht wohl fühlen wird. Das ist das Land der konfessionellen Einseitigkeit, der konfessionellen Unfreiheit. Das wollen wir verhüten. Um das zu verhüten, ist schon einmal ein Gebilde entstanden, das war der Großblock, dieses Wahlbündnis, das seinerzeit nicht genug vom Zentrum als „Sünde wider den heiligen Geist" gekennzeichnet worden ist, als „das Bündnis der staatserhaltenden nationalliberalen Partei mit denjenigen, welche an der heutigen Gesellschaftsordnung rüttelten". (Das war die Sozialdemokratie.) Ein Vorgang von verhängnisvoller Tragweite". Ich zitiere Herrn Dr. Schofer aus seinem Buche „Großblock-Bilanz" (Abg. Dr. Schofer: Gut daß Sie es haben!) oh, ja, ich habe es genau studiert! Als ein mir persönlich nahestehender Politiker den Zweck dieses Großblocks auseinandersetzte, hat der „Badische Beobachter" dagegen gewettert und schrieb: „Daß es in Baden vollkommen ausgeschlossen ist, daß das Zentrum in einer Weise zur ausschlaggebenden Partei werden kann, wie in Bayern, kann ein A-B-C-Schütz in politischen Dingen wissen. Wenn also ein Politiker in hervorragender Stellung mit solchen Sprüchen um sich wirft, ist es ein Geflunker." Ich lese das in der Schofer'schen Großblock-Bilanz. Und wenn das Zentrum in Baden zur ausschlaggebenden Partei geworden ist, so ist es nicht durch die eigenen Kräfte geschehen, sondern mit Hilfe der Sozialdemokratie, die ihre eigenen Grundsätze dabei verleugnet hat. Ich sage das, obwohl der Herr Abg. Marum mit großen Tönen dagegen gewettert hat. Sie hat ihre eigenen Grundsätze verleugnet, ein tragisches Schauspiel, das sich auch einmal irgendwann an der Sozialdemokratie rächen wird (Zurufe bei den Kommunisten).

Und nun wirklich zum Schluß noch ein Wort zur Bürgerlichen Vereinigung. Ich bedaure lebhaft, daß die Bürgerliche Vereinigung, hinsichtlich der ich bisher den Wunsch gehabt habe, daß wir uns nicht unnötig angreifen, weil wir ja beide nicht in der Regierung vertreten sind — ich sage nicht Oppositionsparteien sind, denn ich sehe sie schon lange nicht mehr als Oppositionspartei an — mich dazu zwingt. Wir haben kein Interesse daran, unsere Gegensätze, die ja zweifellos bestehen, vor allem in der Reichspolitik, noch zu vergrößern. Ich bedaure deshalb lebhaft, daß Sie unsere Haltung, Herr D. Mayer, als „Quengeleien" bezeichnen und damit kurz abgetan haben. Sie haben den Satz in der Begründung über die Konfessionalität der Lehrerbildungsanstalten als harmlos bezeichnet. Wenn Sie das tun, bedaure ich Ihre Harmlosigkeit. Sie haben sich dagegen gewendet, daß wir persönliche Abstimmung in den Hauptpunkten verlangen und betrachten das als Quengelei, wenn wir, weil wir hier Kulturgeschichte machen, auch später noch wissen wollen, welche Abgeordneten die Sache richtig erkannt haben (Zuruf Abg. D. Mayer: Die Geschichte wird dieses Blatt herumschlagen und niemand wird es lesen!). Wir lesen Dinge, die im Jahre 1876, 1908 und 1910 ausführlich behandelt worden sind, ausführlich und mit großem Interesse, und wir werden später — vielleicht nicht selber, aber unsere Nachfahren —, nachblättern und werden sehen, wie die Deutschnationale Partei sich dazu verhalten hat. Es ist aber nicht nur wegen der Deutschnationalen Fraktion, sondern weil wir unser verfassungsmäßiges Recht gebrauchen und feststellen wollen, wie der einzelne Abgeordnete gestimmt hat. Es geht nicht an, daß man dann mit dem Vorwurf kommt, es seien Quengeleien." „Sie würden sich deshalb nicht an dem Versuch beteiligen", so hat er weiter gesagt, „das Zustandekommen des Gesetzes zu verzögern". Damit meinen Sie, daß wir die Absicht haben, nicht dafür zu stimmen, daß die Frist zwischen erster und zweiter Lesung abgekürzt wird. Das werden wir nicht tun, weil wir der Ansicht sind, daß ein Gesetz von solcher Bedeutung und Tragweite so wichtig ist, daß man wirklich die achttägige Frist zwischen den beiden Lesungen unbedingt einhalten soll, weil doch immerhin die Möglichkeit besteht, daß da und dort die Erkenntis von der Wichtigkeit der Frage noch aufdämmert, und in der zweiten Lesung ein ganz anderes Ergebnis herauskommt. Ich sage nicht, daß ich das glaube, doch ist es immerhin möglich, daß dem einen oder dem anderen während dieser Zeit eine besser Erkenntnis kommt. Deshalb werden wir von diesem Recht Gebrauch machen und nicht, weil wir etwa quengeln wollen.

Weiterhin haben wir im Ausschuß der Dringlichkeit des Gesetzes nicht zugestimmt. Nun, Sie wissen heute alle miteinander, daß dieses Gesetz nicht dringlich ist. Und wenn wir nicht der Meinung sind, daß dieses Gesetz dringlich ist und es außerdem für ein durchaus gefährliches Gesetz halten, so wären wir unlogische, unklardenkende Menschen, wenn wir dieses Gesetz, das wir überhaupt für verfehlt halten,

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

auch noch für dringlich erklären. Auch das werden Sie nicht als Quengelei bezeichnen können. Sie werden einsehen, daß unsere Haltung eine wohlerwogene und sorgfältig geprüfte ist, die man nicht mit einer Handbewegung abtun kann.

Ich bin am Schluß. Ich glaube, daß nunmehr dem Wunsch des Abg. Marum nach deutlicher Stellungnahme entsprochen ist, obwohl er mir nicht die Ehre gegeben hat, mich anzuhören — vielleicht liest er meine Rede nachher — (Zurufe) — er liest ja nichts, er hat es nicht nötig zu lesen, denn seine Ansicht steht ja fest. Seine Ansicht geht dahin, daß dieses Gesetz bewilligt werde, denn ohne das Gesetz „bleiben wir nicht an der Macht" (Beifall in der Mitte).

Im Verlauf obiger Ausführungen hat 1. Vizepräsident Maier vorübergehend den Vorsitz übernommen.

Der Präsident schlägt vor, hier abzubrechen und die nächste Sitzung morgen vormittag 9 Uhr abzuhalten.

Widerspruch erfolgt nicht.

Der Präsident schließt die Sitzung nach 8 Uhr.

Inhaltsverzeichnis:

	Spalte
Anzeige neuer Eingänge	1393, 1433
Fortsetzung der Beratung der 28. Sitzung (Änderung des Schulgesetzes vom 7. Juli 1910).	
Abg. Bock	1393
„ Dr. Schofer	1409
„ Marum	1422
„ Obkircher	1433

Verantwortlich für den Bericht über die Verhandlungen: B. Finner, Karlsruhe.
Druck der Karlsruher Zeitung.